DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: info@contraste.org

351 | 30. JAHRGANG Dezember 2013 | 4 50

AUS DEM INHALT:

ELIS.CORNER
Nach der Freilassung Gustl Mollats, wartet er weiter auf die für ihn gespendeten Gelder. Seite 2

HAMBURG: RIOT-COUTURE AUS DER ROTEN FLORA
Im Hamburger Schanzenviertel rumort es. Das dortige, seit 24 Jahren besetzte autonome Zentrum Rote Flora befürchtet einen neuen Verkaufsversuch des Besitzers. Jetzt veranstaltete die Solidaritätskampagne "Flora bleibt unverträglich" eine "Autonome Modenschau" in Pöseldorf, einem Stadtteil der Reichen Hamburgs. Seite 3

MONDRAGÓN – HUMANITY AT WORK
Auf der Doppelseite gibt es ein ausführliches Interview mit Ainara Udaondo and Frederick Freundlich von der Universität Mondragón zu aktuellen Fragen, Problemen und Herausforderungen des Genossenschaftsverbundes. Seiten 4-5

ELEVATE FESTIVAL 2013: DAS PRIVATE IST POLITISCH!
Das neunte Elevate Festival im Grazer Forum Stadtpark stand unter dem Motto „Open Everything?“ und thematisierte die Ambivalenz der neuen Technologien. Sie ermöglichen einerseits eine Demokratisierung von Wissen und eine Dezentralisierung der Produktion in bisher ungekanntem Ausmaß, gleichzeitig sind sie effektive Instrumente umfassender Überwachung. Seite 6

WINDENERGIEGENOSSENSCHAFTEN
Die Gründung von Windenergiegenossenschaften, an denen alle Mitglieder gleichermaßen beteiligt sind, sind selten. Andere Formen der Energiegenossenschaften werden genutzt. Seite 7

FAHRRADKURIERKOLLEKTIV FAHRWERK
Berlins einziges Fahrradkurierkollektiv Fahrwerk hat keinen leichten Stand. Seite 8

LANDWIRTSCHAFT
Bienenstöcke in der Stadt, Gemeinschaftsgärten im Hinterhof und Bauernhöfe im Kollektivbesitz – das Interesse an solidarisch produzierten Nahrungsmitteln wächst. Seite 9

▶ www.contraste.org

ALLE KÖNNTEN FLÜCHTLINGE SEIN

Flüchtlingsproteste und Solidarität

Foto: Beate Selders

Das Mittelmeer wird zum Meer des Todes. Die EU nimmt in Kauf, dass Flüchtlinge an ihren Außengrenzen sterben. Die Festung Europa kostet jedes Jahr Tausenden das Leben. Die Katastrophen der letzten Monate, der Untergang der Schiffe der Flüchtlinge, die in Europa ein besseres Leben suchten, waren noch vor kurzem in den Schlagzeilen. Im Moment, es scheint derzeit keine Tragödien größten Ausmaßes zu geben, nimmt die Berichterstattung wieder ab, das Interesse der Öffentlichkeit richtet sich wieder auf andere Themen, business as usal.

VON ANTONIA SCHUI/REDAKTION BERLIN ● Die Erfahrung, verfolgt zu werden, auf der Flucht zu sterben, nirgendwo Aufnahme zu finden oder ohne Papiere in einer feindlichen Umgebung zu leben ist jedoch nicht nur den „Anderen“, Menschen aus fernen Kontinenten, vorbehalten. Verfolgung und Vertreibung haben auch die europäische Geschichte geprägt, bis heute gibt es starke Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden Jüdinnen und Juden verfolgt und in Konzentrationslagern oder bei Massenerschießungen getötet. Viele der sechs Millionen Ermordeten hatten sich vor der Verfolgung nicht als jüdisch verstanden.

Auch Sinti und Roma, sogenannte Geisteskranke und „Asoziale“ sowie Menschen, die man mit einem rosafarbenen Winkel stigmatisierte, wurden während des Nationalsozialismus ermordet.

Einem Teil der verfolgten Personen gelang die Flucht, andere tauchten unter und überlebten mit falschen Papieren. Manche Staaten gewährten den Asylsuchenden, die Möglichkeit einzureisen und sich eine Zukunft aufzubauen. Diejenigen, die in die Illegalität gezwungen waren, überlebten, weil sich Nicht-Verfolgte solidarisch zeigten und sie unterstützen - im Wissen, dass sie sich durch ihr Handeln selbst in Lebensgefahr begaben.

Aktuelle Prozesse der Flucht, Vertreibung, Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen lassen sich sicherlich nicht mit der Verfolgung im Nationalsozialismus gleichsetzen.

Deutlich wird jedoch: Flucht und Vertreibung sind Erfahrungen mit denen ein jeder Mensch konfrontiert werden kann. Kriterien für eine vermeintliche Minderwertigkeit, die Diskriminierung, Verfolgung und Ausgrenzung rechtfertigen, sind leicht konstruiert, Rassismus prägt das vorherrschende Denken und die Gesetzgebung.

Dem gilt es eine aktive Solidarität mit Flüchtlingen entgegen zu setzen.

Die Beiträge des Schwerpunkts zeigen vielfältige Ansätze und Projekte, die in diesem Sinn handeln. Es wird deutlich, wie mensch auf unterschiedlichen Ebenen solidarisch sein kann. Sichtbar werden auch Projekte von und für Flüchtlingsfrauen. Auch wenn Flüchtlingsfrauen noch stärker als Männer von unterschiedlichen Formen der Diskriminierung betroffen sind, so lassen sie sich doch nicht auf einen Opferstatus reduzieren. Sie organisieren sich miteinander und kämpfen, auch gemeinsam mit internationalen Aktivistinnen, für ihre Rechte. ●

Schwerpunkt Flüchtlingsproteste und Solidarität:

Ein Interview mit Bethi Murithi: women in exile - Flüchtlingsfrauen werden laut Seite 11

Die Gruppe “Lampedusa Hamburg” fordert ein Aufenthalts- und Arbeitsrecht in Deutschland von Pia Kühnemann Seite 12

Ein paar Beispiele für Flüchtlings-Unterstützung von Elisabeth Voß Seite 12

International Women Space feiert den 1.Geburtstag von Denise Garcia Bergt Seite 13

Entlassen wegen positiver Einstellung zu Flüchtlingen von ELisabeth Voß Seite 14

D 8008

Anzeige

AKTIONSTAG GEGEN UNILEVER IN DER FRANZÖSISCHEN TEEFABRIK 'FRALIB'

Befreit den Elefanten!

Viele FabrikarbeiterInnen in Frankreich haben dasselbe Problem: Großkonzerne verlegen ihre Fabriken in andere Länder, um dort geringere Löhne zu zahlen. Die ehemalige Belegschaft der französischen Teefabrik Fralib kämpft dagegen. Nachdem der Konzernriese Unilever Fralib geschlossen hat, wollen sie ihren Arbeitsplatz übernehmen und selbstverwalten. Der Konzern verhindert das mit allen Mitteln, ein Aktionstag soll die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen.

VON SUSANNE SCHWARZ, BERLIN ● Die Fralibs greifen an. Sie rufen zum Aktionstag am Samstag, den 7. Dezember, auf – gegen die zweifelhafte Unternehmenspolitik des Konzerns Unilever und für einen selbstverwalteten Arbeitsplatz.

Fralibs, so nennen sich die 183 ehemaligen LohnarbeiterInnen der Unilever-Teefabrik Fralib in der französischen Provence. Im Jahr 2010 hatte Unilever bekannt gegeben, die Fabrik schließen zu wollen. Dabei lief diese gut und schrieb keine rote Zahlen. Die Schließung der Fabrik Fralib hat also einen mehr als faden Beigeschmack: Hier erhofft man sich offensichtlich nur, mit neuen Fabriken in Polen und Belgien Personalkosten einzusparen und noch größere Gewinne erwirtschaften zu können.

Seit Januar 2011 haben sich die ArbeiterInnen organisiert. Sie wollen die 2012 tatsächlich geschlossene Fabrik in Eigenregie übernehmen. Ihre Forderung: Ihre alte Teemarke „L'Éléphant“ wollen sie nutzen dürfen. Zwar hat Unilever 2012 die Fabrik selbst für einen symbolischen Euro an die Gemeinde Gémenos zurückverkauft, jedoch ohne die dazugehörige Marke. Ohne die, ist die Fabrik für die ArbeiterInnen jedoch nutzlos. Längst laufen die ehemaligen L'Éléphant-Produkte unter der großen Unilever-Marke Lipton. Dennoch sperrt sich der Konzern dagegen die Marke 'L'Elephant abzugeben.

Der Aufruf zum Aktionstag gegen Unilever steht deshalb unter dem Motto „Libérez l'éléphant“ - „Befreit den Elefanten“. Wer teilnehmen will, kann das am 7. Dezember einfach tun. Im jeweils örtlichen Supermarkt soll auf das Problem der Fralibs aufmerksam gemacht werden.

Klar ist nur: Die Produkte von Unilever sollen dabei aufgedeckt werden. Von diesen gibt es nicht wenige, der Konzern hat in zahlreichen Branchen des täglichen Bedarfs seine Finger im Spiel – diverse Eis- und Getränkemarken, Kosmetiklinien und Inneneinrichtungsketten nennt er sein eigen. Teil des Aktionstages ist ein Aufruf zum Boykott aller Produkte.

Um die einzelnen Aktionen besser koordinieren zu können, haben die Fralibs im November eine Seite im sozialen Netzwerk Facebook gerüdet. Wie die Bewegung selbst, heißt sie „Libérez l'éléphant“. Dort können sich AktivistInnen vernetzen und ihre eigenen Aktionen vorstellen.

So schreibt ein Teilnehmer aus Lyon: „An der Rhône wird jetzt mobilisiert!“ und hängt gleich noch das eigens entworfene Plakat an, auf dem der genaue Treffpunkt in Lyon steht. Auch wer nicht genau weiß, wie eine eigene Aktion aussehen könnte, kann sich dort melden: „Wie organisiert ihr euch?“, fragt etwa ein Ratloser in die Runde.

Die Fralibs selbst nutzen die Plattform, um alle Interessierten auf den neuesten Stand zu bringen. Medienberichte werden verlinkt, eigene Standpunkte der InitiatorInnen veröffentlicht. Auf einer eigenen Website gibt es alle Informationen noch einmal gesammelt.

Auch eine Petition kann dort unterzeichnet werden – über 5.000 Menschen haben sich auf diesem Wege schon für die Fralibs stark gemacht. „Ich feure die Fralibs an“, schreibt einer der Unterzeichner neben seine Unterschrift, „in ihrem Kampf zwischen David und Goliath!“ ●

Informationen zu „Libérez L'Eléphant“ unter ☞ http://liberezlelephant.wesign.it/fr in französischer Sprache.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wenige Tage vor dem Erscheinen dieser Ausgabe, traf sich die CONTRASTE-Redaktion in Berlin zum dreitägigen Winterplenum.

Es war bereits das zweite überregionale und auch länderübergreifende Treffen in diesem Jahr. Das Interesse, die Zeitung für Selbstorganisation weiterzuführen und gemeinsam zu entwickeln war stark spürbar. Es prägte unser Miteinander und die zum Teil sehr leidenschaftlich geführten Diskussionen. Ungefähr 15 RedakteurInnen nahmen teil, einige waren von weit her angereist. Eine Kollegin und ein Kollege kamen aus Österreich, andere aus Köln, dem Ruhrgebiet, Süddeutschland oder Hannover.

Deutlich wurde, dass wir zusätzliche Spenden benötigen, da 2014 eine Deckungslücke von ca. 7500 Euro zu erwarten ist. Wir haben dieser Ausgabe einen Spendenaufruf beigelegt.

Eine zentrale Frage war, wer in Zukunft die Koordination übernehmen wird.

Ulrike Kumpe und Antonia Schui, die seit dem Sommer diese Aufgabe übernommen haben, werden ihre Tätigkeit fortsetzen. Ulrike Kumpes Verantwortungsbereich liegt in der Heftkoordination, beide sind gemeinsam für die Gesamtkoordination zuständig. So haben wir eine gute Basis für die Weiterarbeit gefunden. Im nächsten Jahr, 2014, wird CONTRASTE 30 Jahre alt. Wir planen einen Schwerpunkt in der Oktoberausgabe und ein großes Fest. Der Schwerpunkt wird von Kolleginnen und Kollegen mit sehr unterschiedlichen Bezügen zu unserer Zeitung gestaltet.

Darüber hinaus nahmen konzeptionelle und gestalterische Fragen einen großen Raum ein, die Lust etwas Neues zu wagen wurde spürbar. Anlässlich des bevorstehenden 30. Geburtstags von CONTRASTE wird das Layout neu gestaltet. Wichtig für uns ist, dass es gelingt, unterschiedlichen Menschen den Zugang zu unserer Zeitung zu ermöglichen, unabhängig davon, ob sie gerade erst anfangen, sich mit Selbstorganisation zu beschäftigen oder bereits alte Häsinnen und Hasen auf dem Gebiet sind. An der Konzeption des Layouts beteiligt sich auch unsere jüngste Redaktionskollegin Pia Kühnemann.

Bereits am Abend vor dem Plenum hatte sich die Profil-Arbeitsgruppe getroffen, die klarer herausarbeiten möchte worüber CONTRASTE berichtet. Sie plädiert dafür, Selbstorganisation stärker ins Zentrum der Beiträge zu stellen, die Attraktivität von Selbstorganisation soll sichtbar werden. Ziel ist, sie mit positiven Emotionen zu verknüpfen und vielleicht sogar „sexy" zu machen. Ein Begriff über den wir, sicherlich zurecht, noch leidenschaftlich streiten werden. Die Idee als solche wurde sehr positiv aufgenommen.

Wir freuen uns auf den kommenden Prozess und darauf, ihn gemeinsam zu gestalten.

Antonia Gerlinde Schui und Ulrike Kumpe

CHANGE OF ADRESS?!

Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort Eure neue Anschrift mitzuteilen! TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 €.

NEU: Änderungen bitte an: abos@contraste.org senden.

Change of Address !

Einstürzendes Hochhaus

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN!

- ❍ **I**ch werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- ❍ **M**ein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
  (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- ❍ **I**ch bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- ❍ **M**eine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- ❍ **M**eine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- ❍ **M**eine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- ❍ **S**chickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum Abo-Nr: Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg

elis.corner

Mehr als ein Bayrischer Bankenskandal

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Im Juni 2013 hatte ich die Online-Petition „Gerechtigkeit und Freiheit für Gustl Mollath!" unterschrieben – so wie mehr als 57.000 andere es bis Mitte September ebenso taten. Da Mollath am 6. August nach sieben Jahren aus der forensischen Psychiatrie entlassen wurde, passte Thomas Vogler, Betreiber einer Jazzbar in München, der die Petition gestartet hatte, den Titel an: „Gerechtigkeit für Gustl Mollath!" Jetzt ging es darum, Mollath „durch ein faires und transparentes Wiederaufnahme-Verfahren" zu rehabilitieren.

Am 20. Oktober erhielt ich – ebenso wie die mehr als 57.000 weiteren UnterzeichnerInnen, nehme ich an – über den openPetition-Service eine Mail von Thomas Vogler, in der er mitteilte: „Manch einer von Ihnen hat Gustl Mollath vielleicht auch Geld auf ein Spenden-Konto überwiesen, das auf seiner Unterstützer-Seite angegeben war. Dieses Konto wurde von dem Münchner Fritz Letsch betrieben. Rechtsanwalt Dr. Strate wird 'Strafanzeige wegen Verdacht des Betruges' erstatten: 'Herr Mollath hat von diesen Spenden bislang keinen Cent erhalten'."

Fritz Letsch ist etlichen LeserInnen der CONTRASTE sicher kein Unbekannter. Er engagierte sich viele Jahre in der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise) und im TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) und arbeitet als Theaterpädagoge unter anderem für den ZBB – Zusammenschluss Bayerischer Bildungsinitiativen. Dieser Verein hatte ein Unterkonto zur Verfügung gestellt, die Website gustl-forhelp.de und andere hatten dort „für die Unterstützung von Gustl Mollath" Spenden gesammelt, und einen Teil davon nach Rücksprache mit Mollath entsprechend verwendet. Nach der Freilassung waren mehr als 20.000 Euro übrig, und aufgrund von Mollaths Mittellosigkeit überlegte Fritz Letsch, diesem das Geld direkt zukommen zu lassen. Um die Form der Auszahlung gibt es jedoch Auseinandersetzungen. Sowohl Thomas Vogler als auch Mollaths Anwalt Gerhard Strate beschuldigen den solidarischen Verein und dessen geschäftsführenden Vorstand Fritz Letsch, statt gemeinsam mit dem ZBB einen praktikablen und vereinsrechtlich zulässigen Auszahlungsweg zu finden – warum? Der Schriftwechsel dazu steht auf Strates Website, und vermittelt den Eindruck eines Hahnenkampfes zwischen Strate und Letsch.

Mollath verdankt seine Freilassung sowohl seinen AnwältInnen als auch der Öffentlichkeitsarbeit seiner UnterstützerInnen. Bereits seit dem Frühjahr 2012 wurde er von der Anwältin Erika Lorenz-Löblein vertreten. Diese wies nach seiner Freilassung in einem Interview mit Radio Lora darauf hin, dass es nun an der Zeit sei, dass die Steuerfahndung Mollaths Hinweisen auf Schwarzgeldgeschäfte der HypoVereinsbank nachgeht. Sie betonte, dass das Bayerische Finanzministerium schon 2003 von dem Revisionsbericht der HypoVereinsbank gewusst haben muss, der Mollaths Vorwürfe bestätigt hatte, weil MitarbeiterInnen des Ministeriums in deren Gremien vertreten waren. Seit Dezember 2012 wird Mollath auch von Gerhard Strate anwaltlich vertreten. Im Oktober 2013 beendete er das Mandat für Lorenz-Löblein. Seitdem ist der Kontakt der UnterstützerInnen zu Mollath schwieriger geworden.

Bisher hat Strate kostenlos für Mollath gearbeitet. Er rechnet jedoch damit, aus dem Verkauf von Buch- und Filmrechten bezahlt zu werden, wie er im Sommer in einem Interview der ZEIT sagte: „Bavaria, Constantin, sie haben sich alle gemeldet." Wichtiger als ein Hollywoodschinken über ein tragisches Einzelschicksal ist jedoch der von Gustl Mollath aufgedeckte Bankenskandal. Dieser ist keine regionale bayrische Angelegenheit, sondern ein Politikum von bundesweiter, ja internationaler Bedeutung. Es ist höchste Zeit, statt in vermeintlichen Spendenskandalen zu wühlen, diesem Bankenskandal die erforderliche öffentliche Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen ●

SCHNUPPERABO!!
3 AUSGABEN FÜR NUR 5 EURO

Für 5 Euro in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate lang frei Haus.

Preis europäisches Ausland: 10 Euro

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Geld mit Anschrift und Stichwort „Schnupperabo bitte an CONTRASTE e.V Postfach 10 45 20, 69035 HeidelbergPostfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

DANK DEN SPENDENDEN

Wir danken allen, die uns mit einer Spende bedacht haben.

C.U. 50,00 €	L.V.S.L. 100 €
E.U.F. 100,00 €	A.M. 38 €
E.V. 100,00 €	P.S. 58 €
J.D. 30,00 €	K.-H.B. 120 €

Spendenkonto Nr.:
515 124 05, BLZ 508 900 00,
Volksbank Darmstadt eG
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEFIVBD

WIR WERDEN ANN STAFFORD NICHT MEHR TREFFEN

Good-bye Ann

„Sie war eine der freundlichsten, hilfsbereitesten, offensten und warmherzigsten Personen, die ich je in der Bewegung getroffen habe." Diese Worte der australischen Publizistin Nicola Bullard treffen die Erinnerung vieler Menschen, die Ann kannten.

Zuletzt war sie etwas langsamer unterwegs, als wir das von ihr gewohnt waren. Die Krankheit, von der sie Anfang des Jahres erfuhr, forderte ihren Preis. Sie konnte nicht mehr bei jeder Anfrage zusagen. Auch beim Fußballspielen in der Frauenmannschaft musste sie zurückstecken. Doch die Bewegung, für die sie gelebt und gearbeitet hat, gab ihr Auftrieb und Hoffnung.

Zu den Blockupy Aktionstagen in Frankfurt fuhr sie voller Optimismus, nahm an zahlreichen Workshops teil und brachte jede Menge Material mit zurück. Auf einer Konferenz im Oktober wurde in Amsterdam über Perspektiven des Widerstandes in ganz Europa diskutiert. Keine Frage, dass sie dabei sein wollte – es war ihre letzte große Kraftanstrengung.

Ann war eine unermüdliche Aktivistin. Sie kämpfte weltweit gegen eine profitgetriebene Wirtschaft für eine bessere, solidarische Welt. Sie reiste zu Vernetzungstreffen, Foren und Protesten, überall auf der Welt. Die Weltsozialforen waren für sie ein wichtiger Hoffnungsträger. Sie leistete praktische Unterstützung: fotografierte, schrieb, übersetzte auf Veranstaltungen und für Veröffentlichungen, betreute Websites und Mailinglisten. Mit ruhiger Selbstverständlichkeit erledigte sie das, was notwendig war. Manchmal schien sie sich mit der Fülle dieser Dinge, und dem zusätzlich notwendigen Broterwerb, zu überfordern.

Ann starb am 23. Oktober 2013 im Alter von 46 Jahren. Es waren weit über hundert Menschen, die am 9. November zum letzten Abschied von ihr auf dem Matthäus Friedhof in Berlin-Schöneberg kamen, und längst nicht alle Freund_innen hatten die Gelegenheit dazu. Einige schickten ihre Erinnerungszeilen, zum Beispiel Margarita Tsomou vom Missy Magazin und der Bewegungswissenschaftler John Holloway. Ann's Mitstreiter_innen von Peoples Global Action (PGA), einem weltweiten Netzwerk emanzipatorischer Bewegungen, inspiriert durch die mexikanischen Zapatistas, schrieben: *„Sie war eine Kämpferin mit einem großen Herzen und gab alles was sie hatte, in jedem Moment, den wir sie kannten. ... Sie handelte solidarisch, ... egal ob es Schwarze Communities in Kolumbien... gefangengenommene EuropäerInnen beim G8 in Genua waren. ... Dies ist kein Abschied, du wirst immer bei uns bleiben."*

Ann war bescheiden, sie blieb eher im Hintergrund, achtete wenig, vielleicht zu wenig auf sich selbst. Ihr Tod erinnert uns auch daran, wie einmalig und kostbar jedes Leben ist, und dass es wichtig ist, sich von der Politik nicht auffressen zu lassen, sondern den sozialen Beziehungen und Freundschaften zwischen uns ebenso Raum zu geben.

Es wäre gut gewesen, wenn wir mehr Zeit mit ihr und für sie gehabt hätten.

Am 13.11.2013 haben wir im Rahmen der Sendereihe „Geld oder Leben" bei multicult.fm eine kleine Radiosendung zum Gedenken an Ann gemacht. Sie kann hier nachgehört werden: *http://www.contraste.netz-bb.de* ●

Hans Köbrich und Elisabeth Voß

DIE ROTE FLORA EINE LANGE GESCHICHTE MIT POTENZIAL

Hamburg: Riot-Couture aus der Roten Flora

Model bei der Autonomen Modenschau in Pöseldorf ▶

Foto: Animallibn-flickr

Im Hamburger Schanzenviertel rumort es. Das dortige, seit 24 Jahren besetzte autonome Zentrum Rote Flora befürchtet einen Verkauf des alten Theatergebäudes Am 4. Oktober, dem letzten möglichen Termin für einen Einspruch gegen den Bebauungsplan, der die Nutzung der Flora als Stadtteilkulturzentrum festschreiben soll, reichte Gerd Baer im Auftrag des Besitzers Kretschmer Widerspruch ein. Jetzt veranstaltete die Solidaritätskampagne "Flora bleibt unverträglich" eine "Autonome Modenschau" in Pöseldorf, einem Stadtteil der Reichen Hamburgs.

GASTON KIRSCHE, HAMBURG ● In Pöseldorf sind an normalen Tagen Damen und Herren im karierten Sakko und mit echten Golduhren auf der Straße unterwegs, Frauen auch in Kostümen oder teuren Kleidern. In dem kleinen Wohnquartier, beschaulich direkt an der Außenalster zwischen Eichenpark und dem Hamburger Spielcasino gelegen, sind die Villen weiß und die Fußwege schmal. Edelboutiquen reihen sich hier an Antiquitätenläden, eine hochpreisiger als die andere. Ein in sich nahezu geschlossenes Quartier für Fahrer von Sportwagen und Designerkinderwägen. Das Gegenstück zu einem Arbeitslosenschließfach, wie auf der Veddel. Hamburg ist sozial stark segregiert und so verwundert es nicht, dass es außer einer Versammlung von Punks im Mai 1981, bei der einige Schaufenster eingeschmissen wurden, in diesem distinguierten Ambiente Protestaktionen nicht stattfinden.

Am 24. September war Pöseldorf im Ausnahmezustand: die Kampagne 'Flora bleibt unverträglich' hatte zu einer „Autonomen Modenschau“ aufgerufen. „Die Zeichen der Zeit stehen zweifelsohne auf Sturm“, schrieben sie in ihrem Aufruf zur Modenschau: „Während in der Schanze und in Wilhelmsburg die Trends der kommenden Aufstände zu finden sind, während sich in Steilshoop und Neuwiedenthal die Think Tanks der kommenden Street Art befinden, bilden gutbetuchte, konservative Stadtteile wie Blankenese oder Pöseldorf immer noch die rückständigen Problemviertel der Marke Hamburg von morgen.“

Die Kampagne nimmt so ironisch den Jargon der Stadt Hamburg, die sich als „Marke“ in Konkurrenz zu anderen Metropolregionen in Stellung bringen will. Das Konzept, die Stadt als im Wettbewerb mit Anderen stehend zu definieren, die sich durch Effizienz und Attraktivität bei den sogenannten „weichen Standortfaktoren“, wissenschaftlichen und kulturellen Angeboten und Einrichtungen auszeichnen muss – und nicht durch eine gute kommunale Daseinsvorsorge für alle BürgerInnen, geht zurück auf Klaus von Dohnanyi, früherer SPD-Bürgermeister Hamburgs. Der hielt am 29. November 1983 im Überseeclub, einem Kapitalverein der Hansestadt, eine Rede mit dem programmatischen Titel: „Unternehmen Hamburg“. Um selbiges zu promoten, wurde die heute einflussreiche „Hamburg Marketing GmbH“ gegründet. Die Rote Flora steht von Beginn an für ein entgegengesetztes Konzept, gegen eine Kommerzialisierung und Durchökonomisierung – eben für eine „Stadt für Alle“.

Autonome Modenschau

Auf dem Plakat für die Modenschau tänzelt vor einer edlen, von pyrotechnischen Explosionen illuminierten Hauszeile ein Autonomer mit schwarzem Hemd, Stiefeln und Gasmaske, im weißen Röckchen auf der Straße. Die lokalen Boulevardmedien erregten sich über den Aufruf: Die „Rote Flora droht: Wir stürmen Pöseldorf“ titele die Hamburger Morgenpost. Die Bild Hamburg schrieb „300 Chaoten wollen Milchstraße stürmen. Wasserwerfer sollen Pöseldorf schützen!”. Der Anlass waren Formulierungen im nicht ohne Selbstironie formulierten Aufruf wie: „Die Menschen haben dort häufig kaum Erfahrung und große Scheu, wenn trendige Sturmhauben, schwarze Helme oder andere innovative Accessoires im Straßenbild auftauchen. Dabei gehören Barrikaden, Scherbendemos oder zerstörte Luxuslimousinen im Fall einer Räumung der Roten Flora bald möglicherweise zum Alltag in genau diesen Stadtteilen.“

An der Kundgebung mit „autonomer Modenschau“ nahmen über 400 Menschen teil – und demonstrierten so für den Erhalt der besetzten Roten Flora. In Pöseldorf auch deswegen, weil Gerd Baer hier unlängst eine Luxuseigentumswohnung gekauft habe, hieß es aus dem Lautsprecherwagen: „Mit hohem finanziellen Einsatz und trotz aller Risiken für sich selbst und das geschäftliche Umfeld in Pöseldorf hat er die Rote Flora in sein Immobilien-Portfolio aufgenommen“, so der Aufruf so der Aufruf der Kampagne „Flora bleibt unverträglich!“.

Versammlung ohne Krawalle

„Sie kannten Autonome bisher nur aus der Zeitung? In Ihrer Straße gab es noch keine Vermummten? Pink and Silver halten Sie für ein Duo? Dies wird sich ändern“ erklärten die Organisatoren der polizeilich angemeldeten Veranstaltung. Nachdem die Hamburger Morgenpost und Bild-Zeitung daraus Meldungen über angeblich bevorstehende Krawalle und militante Auseinandersetzungen gemacht hatten, äußerten Ladenbesitzer Unmut über die geplante Autonome Modenschau: „Ich finde das Ganze total schwachsinnig. So eine Demo bewirkt gar nichts“, zitierte die Morgenpost eine Jessica H.und eine Tanja B. finden die Demonstration „schrecklich und störend für alle“. Thomas Stiebritz, Inhaber des Pöseldorfer Vodafone-Shops stellte gleich das Versammlungsrecht in Frage: „Ob Krawalle oder nicht, ich bin sowieso gegen Demos. Das ist doch nur störend und belästigend für alle anderen.“ Entsprechend schlossen zahlreiche Geschäfte am 24. September früher, einige Inhaber vernagelten vorsorglich ihre Schaufenster mit Spanplatten wegen der befürchteten Ausschreitungen. Die Deutsche Bank und das „Pöseldorf Center“ meinten obendrein, ihre Kundschaft warnen zu müssen. Ein nahe gelegener Hockeyclub sagte das Kinder- und Jugendtraining ab, zahlreiche Polizisten patrouillierten vor Läden und Villen.

Tatsächlich blieb es ausgesprochen friedlich. Nach Redebeiträgen zur Situation um die Rote Flora, nutzten weitere Initiativen die Kundgebung für Statements zur Situation von Flüchtlingen in Hamburg und zu Mobilisierung für die bundesweite Mietendemonstration am kommenden Samstag. Die dann in einem durchaus professionellen Rahmen gezeigten „Modestrecken“ thematisierten Protestkulturen vom Punk bis Pussy Riot. Begleitet von Musik, einer Lichtshow waren auf einem eigens aufgebauten Laufsteg autonome Straßenkämpfer im Outfit der 80er zu sehen – mit Motorradhelm, Palästinensertuch, weiten Hosen für Wasserflaschen zum Ausspülen von Tränengas und für den handlichen Bolzenschneider, wie begleitend erläutert wurde. Auch Castor- und Bauwagenaktivisten zeigten ihre Styles. Letztere hatten sich in einen kleinen Kinderbauwagen gesetzt. Nach zwei Stunden endete die Kundgebung, ohne das die in den Nebenstraßen zahlreich postierte Polizei einen Anlass zum Eingreifen gesehen hatte. Sie hatte es nur zur Auflage gemacht, dass die Accessoires des Straßenkampfes auf dem Laufsteg und im Lautsprecherwagen verbleiben und sich sich nur auf dem Laufsteg vermummt wird. Eine rundum gelungene Parodie im feinen Pöseldorf. Kreativ, informativ, witzig. Und trotzdem ein Wink mit dem Pflasterstein, was im Falle einer Räumung der Roten Flora an Protesten auf Hamburg zukommen würde.

Kretschmer, Baer und die rote Flora

Die große symbolische Bedeutung der Roten Flora in Hamburg wurde zum Ende des Sommers einmal mehr deutlich: Seitdem die tonangebende Lokalzeitung das 'Hamburger Abendblatt' in einem ganzseitigen Artikel am 15. August 2013 die Verkaufsgerüchte thematisiert hat, ebbt die Debatte um die Rote Flora nicht ab. Seit 2001 gehören das zweistöckige alte Theatergebäude und das 1770 qm große Grundstück im Schanzenviertel dem Eventmanager und Immobilienhändler Klausmartin Kretschmer. Die auch damals regierende SPD wollte der CDU im Wahlkampf 2001 den Wind aus den Segeln nehmen für die geplante Law-and-Order-Kampagne gegen die „Chaotenburg“. Kretschmer zahlte 370.000 DM und versprach, die Nutzung des besetzten Zentrums zu dulden und konnte offensichtlich im Gegenzug ein städtisches Filetstück erwerben: Die direkt an der Wasserkante gelegene traditionelle Gaststätte Riverkasematten. Aber mit allen seinen teuren Events und Immobilienprojekten hat sich Kretschmer übernommen. Bereits 2011 versuchte er die Stadt zu erpressen: Entweder Hamburg kaufe die Rote Flora für 5 Millionen Euro zurück, oder er würde sie an ein US-Unternehmen veräußern. Gleichzeitig malte er wortreich das Szenario der zu erwartenden wochenlangen militanten Proteste der UnterstützerInnen der Roten Flora aus. Die Stadt ließ ihn abblitzen, Anfang diesen Jahres gingen Kretschmers bekannteste Immobilien in die Zwangsversteigerung. Niemand wollte die völlig überschuldeten Objekte erwerben. Als neuer Akteur trat Gerd Baer von „Baer und Baer Consulting“ in Erscheinung und erklärte, er sei der Berater von Kretschmer und für dessen Geldprobleme werde es bald eine Lösung geben. „Kretschmer hat dann ganz offensichtlich auf einen Schlag Verbindlichkeiten in Höhe von 5 Millionen Euro bedienen können, so dass alle Versteigerungstermine gerichtlich aufgehoben wurden“, so Andreas Blechschmidt, Aktivist aus der Roten Flora: „Wir gehen davon aus, dass diese Mittel durch seinen damaligen Berater und Immobilieninvestor Gerd Baer organisiert wurden“. Eine Vertreterin der Roten Flora, nennen wir sie Floriana, ergänzt: „Diese finanzielle Hilfe beruhte auf Gegenleistungen. Wir haben es nicht schriftlich von Herrn Kretschmer, aber wir gehen davon aus, dass er die Flora an Baer oder einem Baer nahestehenden Investor vermietet hat. Ein zusätzlicher Anhaltspunkt ist das Interesse von Herrn Baer an dem hinter der Flora gelegenem Bunker“.

Kommerzielle Nutzung doch noch möglich?

Am 4. Oktober, dem letzten möglichen Termin für einen Einspruch gegen den Bebauungsplan, der die Nutzung der Flora als Stadtteilkulturzentrum festschreiben soll, reichte Gerd Baer im Auftrag des Besitzers Kretschmer Widerspruch ein und legte Pläne für eine sechsstöckige Bebauung des Florageländes mit einem großen Konzertsaal für bis zu 2.500 BesucherInnen und weiteren groß dimensionierten kommerziellen Veranstaltungsräumen vor. Baer und Kretschmer wollen sich notfalls vor Gericht eine Baugenehmigung erstreiten, um das Gelände im Verbund mit einem US-amerikanischen Fonds gewinnbringend zu verwerten.

Das Schanzenviertel ist ein für Immobilienhändler sehr profitables Quartier, sowohl Eigentumswohnungen als auch Gewerberäume sind dort sehr begehrt. Für die beschleunigte Inwertsetzung mussten bereits viele ärmere MieterInnen und Kleingewerbetreibende weichen. „Der mögliche Konflikt um die Rote Flora ist nur ein Beispiel für die Verwertung des städtischen Raums, die der gesamtgesellschaftlichen Ökonomisierungslogik folgt“, erklärt Floriana. Auf dem Grundstück der Roten Flora ließen sich mit einer Ladenzeile, Büros und Lofts sicher mehr als die 5 Millionen Euro an Gewinn erzielen, die jetzt von ungenannten Immobilienhändlern an Kretschmer geflossen sein sollen. Die in der Roten Flora aktiven radikalen Linken gehen davon aus, dass für eine solche Gewinnmarge potente KäuferInnen bereit sind, einen offenen Konflikt mit den BesetzerInnen auszutragen.

Flora unterstützen

Ganz anders sieht es das offizielle Hamburg: „Wir sehen das gelassen“ erklärte Hamburgs Polizeisprecher Andreas Schöpflin. Die Bürgerschaftsabgeordnete Antje Möller, innenpolitische Sprecherin der örtlichen Grünen, pflichtete ihm in seltener Eintracht bei: „Es ist nicht so, dass ein neuer Besitzer der Roten Flora machen kann, was er will.“ Auch Dirk Kienscherf, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion der allein regierenden SPD. "Dort darf lediglich ein Kulturzentrum bestehen bleiben. Kretschmer weiß das. Ein möglicher neuer Besitzer weiß das auch." Kienscherf spielt hiermit auf den Kaufvertrag von Kretschmer an, der eine Nutzung als Kulturzentrum festschreibt, sowie auf die Veränderungssperre, die der zuständige Bezirk Altona für das Gelände erlassen hat. Aber: Der zur Festschreibung des Erhalts der Roten Flora nötige Bebauungsplan ist noch nicht rechtskräftig. „Nach unserem Kenntnisstand besteht aber bis zum Inkrafttreten derzeit noch ein Zeitfenster,“ so Andreas Blechschmidt, um „kommerzielle Nutzungen, eine saftige millionenschwere Rendite“ durchzusetzen. Das Plenum der Roten Flora hat in eindrücklicher Einmütigkeit und ungewohnter Schnelligkeit beschlossen: „Wir werden die Flora auch in Zukunft mit allen Mitteln verteidigen“. Dabei setzt die Flora nicht auf den staatlichen Rechtsweg, sondern vielfältigen, selbstorganisierten Protest: „Geschützt werden wird das Projekt allein durch die entschlossene Unterstützung aller Menschen, die vielleicht nicht mal alles teilen und gut finden, was die Rote Flora politisch sagt und tut, denen aber im Grundsatz ein Ort wie die Flora wichtig ist und den es daher zu verteidigen gilt“, so Floriana: „Und da glauben wir, dass das nicht wenige sind.“ ●

INFO

Pöseldorf /Harvestehude
Pöseldorf ist der reichere Teil des wohlhabenden Hamburger Stadtteils Harvestehude. Daten gibt es nur für den gesamten Stadtteil.

Pro-Kopf-Einkommen:
73.800 Euro Harvestehude,
32.505 Euro Hamburger Durchschnitt,
17.000 Euro Veddel (ärmster Stadtteil).

Anteil der Hartz-IV-Beziehenden:
3, 5 % Harvestehude,
26,8 % Veddel

Anteil der Arbeitslosen:
3, 2 % Harvestehude,
11 % Veddel

PKW pro 1.000 Einwohner:
396 Harvestehude,
151 Veddel

Wohnraum pro Person:
53 qm Harvestehude
25 qm Veddel

Wertveränderung Wohneigentum 2001 – 2011 pro Jahr:
+ 2,5 % Harvestehude
- 5,4 % Steilshoop (Veddel kaum Eigentum)

Zusammenstellung: Gaston Kirsche

Quellen: Angaben für 2012 vom Statistikamt Nord, Studie „Liebenswertes Hamburg“ der Hamburger Sparkasse 2012.

21. 12. 2013 Bundesweite Demonstration Rote Flora verteidigen!
Auftakt: 14 Uhr Rote Flora, Achidi-John-Platz 1/ Schulterblatt, Schanzenviertel, Hamburg

Rote Flora verteidigen ? Esso-Häuser durchsetzen!
Gegen rassistische Zustände ? Bleiberecht für alle!

Mehr Infos ☞ *http://florableibt.blogsport.de*

MONDRAGÓN IM SPANISCHEN BASKENLAND

Was bedeuten Globalisierung und Krise für einen Genossenschaftsverbund?

Foto: FAGOR-LANKI Institut

Aus der Gründung einer ersten Kooperative 1956 im baskischen Mondragón ist ein multinationaler Genossenschaftsverbund entstanden. Die ursprünglichen genossenschaftlichen Wertvorstellungen bestehen bis heute. Mondragón basiert auf der Idee von der Eigenverantwortung der Arbeitenden, der Partizipation und Solidarität. Aber die Zeiten ändern sich und die Globalisierung schafft neue Bedingungen.

In CONTRASTE erschien von Elisabeth Voß zu diesem Thema: Mondragón im spanischen Baskenland – Ein selbstverwalteter Konzern? (Nr. 344/345, Mai/Juni 2013) und: Solidarität kann Wettbewerbsfähigkeit nicht ersetzen. Eine Genossenschaft scheitert am Weltmarkt (Nr. 350, November 2013). Hier befragt sie Ainara Udaondo and Frederick Freundlich von der Universität Mondragón zu aktuellen Fragen, Problemen und Herausforderungen (siehe Info nächste Seite).

CONTRASTE: Wie verändert sich eure genossenschaftliche Ökonomie durch die globalen Märkte?
Fred: Mondragón erscheint heute sehr groß, wie ein multinationaler Konzern, 80.000 oder mehr Menschen und Millionen und Millionen Euro Umsatz, aber es ist eigentlich ein Netzwerk vieler kleinerer Unternehmen. Eine gewisse Zahl der Firmen ist groß, die Mehrzahl jedoch nicht. Es sind mittelständische Unternehmen. Aber sie haben zwei grundsätzliche Wege gefunden, in einer vernetzten Organisation zu kooperieren: Erstens indem sie gemeinsame Institutionen schaffen, die sie sonst nicht hätten, sei es im Bereich Finanzen, Sozialversicherung, Forschung, Bildung und Gesundheit, um Genossenschaften zu unterstützen, die in Schwierigkeiten geraten... Institutionen, die der Markt nicht oder nicht in ausreichendem Maße für Genossenschaften bietet; und zweitens indem sie als genossenschaftliche Unternehmen zusammenarbeiten, eins-zu-eins oder zwischen mehreren Genossenschaften in ihren Unterabteilungen und Subnetzwerken. Und das ist unheimlich wichtig, um einerseits Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen, die sie alleine nicht tätigen könnten, und um ihre sozialen Beziehungen auszubauen... soziales Kapital und Vertrauen. Diese beiden Formen der "Interkooperation" sind Schlüsselfaktoren, um an den globalen Märkten bestehen zu können. Nahezu alle unsere Fertigungsgenossenschaften behaupten sich an wettbewerbsintensiven Weltmärkten und dies sind unsere Mittel zum Überleben und Stärken der genossenschaftlichen Werte und Praxis.

Die Bedeutung eines genossenschaftlichen Unternehmens hat mindestens zwei verschiedene Dimensionen: ein fundamentaler Aspekt ist die demokratische Struktur, die formale legal-finanzielle Organisation, die die Demokratie in der Verwaltung und das Teilen des finanziellen Überschusses garantiert. Aber eine weitere entscheidende Dimension ist die Erfahrung der Menschen innerhalb einer kooperativen Organisation, Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr. Und das hat viel zu tun mit den Beziehnungen unter den Menschen. Vertrauen, Respekt, Kommunikation, Partizipation und Entscheidungsfindung, Konfliktlösung. Dies alles ist ausschlaggebend in der alltäglichen Erfahrung. In diesem Sinne bieten Genossenschaften den meisten Menschen ein besseres Arbeitsumfeld... Allerdings kann die Größe einer Organisation bedeutende Auswirkungen auf diese zwischenmenschlichen Beziehungen haben. Ob du mit denselben Personen arbeitest, den gleichen fünfzehn oder zwanzig oder dreissig Menschen in deiner Stadt, oder ob es um die 100.000 Personen in fünfzig Ländern sind. Größe und Distanz und all die Unterschiede, die sich aus verschiedenen Orten und Ländern, Kulturen und Situationen ergeben, haben einen Einfluss auf das Vertrauen, haben einen Einfluss auf die Kommunikation, haben einen Einfluss auf die Interpretation derselben Ereignisse. Die Tatsache, 90 oder 100 Produktionsstätten und Tochtergesellschaften in 20 oder mehr Ländern zu haben, mit 12 bis 14.000 Beschäftigten, die keine Genossenschafts-Mitglieder – oder noch nicht – sind, ist eine der schwierigsten und kontroversesten Herausforderungen, vor der Mondragón steht – sehr komplex.

Ainara: Ich weiß nicht, ob die Veränderungen nur der Globalisierung geschuldet sind. Die ganze Gesellschaft hat sich gewandelt, so dass wir heute nicht die gleichen Bedürfnisse und Ziele haben wie vor fünfzig Jahren. In fünzig Jahren haben wir uns sehr verändert. Wir mussten internationaler werden, wir mussten wachsen und haben nun einige ziemlich große Genossenschaften, und so ist es nicht leicht, Werte und Demokratie zu üben. Deshalb haben wir unsere Werte institutionalisiert und standardisiert. Wir versuchen nicht nur über Solidarität zu sprechen, sondern sie auch zu praktizieren, das ist wichtig. Wir haben eine Menge Regeln, wie man diese Solidarität sowie andere Werte und Prinzipien leben kann. Manchmal kommt es vor, dass eine Wertvorstellung zu einer Regel wird. Und wo ist dann der Wert?

In den 80er Jahren hatten wir keine andere Möglichkeit als zu globalisieren, ins Ausland zu gehen. Es ist nicht einfach, Genossenschaften in anderen Ländern aufzubauen und darum haben wir eine Menge ArbeiterInnen, die nicht Mitglieder der Genossenschaften sind. Dies ist einer der Widersprüche, die wir zu bewältigen haben.

Warum habt ihr keine Genossenschaften in anderen Ländern?
Fred: Es gibt eine Menge, in gewisser Weise berechtigte, Kritik bezüglich Auslandsgeschäften die keine Genossenschaften sind. Aber die Leute haben unterschiedliche Auffassungen von Genossenschaften. Sie verstehen Arbeit auf unterschiedliche Weise. Manchmal wurden Genossenschaften von Diktaturen als Teil ihres Regimes benutzt, als Teil einer bestimmten wirtschaftlichen Tätigkeit, um legitime Gewerkschaften zu bekämpfen. Oder einfach nur als eine rechtliche Struktur, die steuerliche Vorteile hatte. Oder manche Leute missbrauchten sie aus diesen Gründen. Es gibt also eine Reihe von Komplikationen mit "Vergenossenschaftlichung" auf der ganzen Welt. Die gesetzlichen Regelungen für Genossenschaften sind in verschiedenen Ländern oft nicht vorhanden, oder sie unterscheiden sich von Land zu Land. Das Arbeiten in 20 oder 30 verschiedenen Ländern zur gleichen Zeit, die Start-up-Finanzierung einer Genossenschaft für die Produktion in einem Schwellenland, vor allem wenn in den ersten Jahren Verluste erwartet werden können, ist eine große Schwierigkeit. Der Lebensstandard und die Löhne sind so unterschiedlich. Selbst wenn Mondragón und seine Genossenschaften günstige Finanzierungsmöglichkeiten anbieten, ist es für ArbeiterInnen in den Entwicklungsländern enorm schwierig, sich in einer Weise finanziell zu beteiligen, die auch nur im Entferntesten den Bedingungen der baskischen ArbeiterInnen ähnelt. Viele ArbeiterInnen und ihre Gewerkschaften in anderen Ländern sind mit Genossenschaften nicht vertraut oder stehen ihnen misstrauisch gegenüber. Selbst wenn Mondragón spezifische Aus- und Weiterbildung über Genossenschaften anbietet – und es tut dies an mehreren Orten – bleiben die ArbeiterInnen oft desinteressiert. Genossenschaften bedeuten mehr Rechte und Chancen, aber auch mehr Verantwortung und mehr Risiken. Es scheint, dass viele ArbeiterInnen nicht bereit sind, diese anzunehmen. Sie sind in der "Arbeitgeber-Arbeitnehmer"-Kultur, oder so ähnlich, sozialisiert worden, die sehr tief verwurzelt und schwer zu überwinden ist. Wie auch oft im Baskenland, in Frankreich oder Kanada oder wo auch immer. Es ist eine enorme Herausforderung für die Genossenschaften, und die Bewältigung dieser Herausforderung wird in den nächsten 10 Jahren ein wichtiger Teil der Mondragón-Geschichte sein.

Ainara: Es gibt ein Modell für die Beteiligung an Tochterunternehmen, im Jahr 2010 von Mondragóns Ständigem Ausschuss genehmigt, welches versucht einige Richtlinien für die Internationalisierung der Genossenschaften zu geben. Es empfiehlt, bestimmte Fragen zu berücksichtigen, wenn versucht wird, auf eine kooperativere Art von Organisation abzuzielen: Kommunikation, Gewinnbeteiligung unter den ArbeiterInnen und soziale und kommunale Entwicklungsprojekte vor Ort... Dieses Modell will einen Rahmen für alle Genossenschaften bieten, und es ist ein Ausdruck der Sorge, die in Mondragón bezüglich dieses Themas besteht. Am Ende ist jedoch jede Genossenschaften selbst verantwortlich für ihre Internationalisierung.

Was ist mit euren Supermärkten, sind die alle Genossenschaften?
Fred: EROSKI ist eine Supermarktkette mit etwa 40.000 ArbeiterInnen, aber die Muttergenossenschaft ist rechtlich eine Konsumgenossenschaft... In Konsumgenossenschaften sind die Mitglieder die Menschen, die in den Geschäften einkaufen, die VerbraucherInnen. Aber in Mondragón hatte schon immer die Beteiligung der ArbeiterInnen an Eigentum und Entscheidungsfindung eine große Bedeutung. EROSKI hat als Konsumgenossenschaft angefangen und bleibt in rechtlicher Hinsicht eine Konsumgenossenschaft, entwickelte sich aber zu einer hybriden KonsumentInnen-ArbeiterInnen-Genossenschaft. Sie verfügt über eine spezielle Satzung, welche sie je zur Hälfte zur Konsum- und zur Produktivgenossenschaft macht. In Wirklichkeit sind die ArbeiterInnen schlussendlich viel näher an all den tagtäglichen Tätigkeiten und der Entscheidungsfindung des Unternehmens. Sie haben einen größeren Einfluss im Unternehmen als die KonsumentInnen. Aber die Führungsgremien sind je zur Hälfte zwischen ArbeiterInnen und VerbraucherInnen geteilt. Und der/die PräsidentIn, also der/dieVorsitzende des Vorstands, ist ein/e VerbraucherIn.

In den späten 1980er Jahren sah EROSKi die französischen Supermarktketten sehr schnell nach Spanien kommen und so beschlossen sie, dass der einzige Weg zu überleben darin bestand, massiv und schnell zu wachsen. Sie dachten einfach nicht, dass sie es mit genossenschaftlichen rechtlichen Strukturen schnell genug oder breit genug schaffen würden, besonders in Märkten und Gemeinden, die ihnen damals unbekannt waren. Also verwendeten sie eine herkömmliche Unternehmensstruktur für die Gründung von Tochtergesellschaften in ganz Spanien. Als dann die Expansionsstrategie aufzugehen schien, begannen sie, das Problem der Nicht-Genossenschaften anzugehen. Im Jahr 1997 starteten sie ein Experiment, semi-genossenschaftliches Eigentum in einigen der Läden, die sie als Tochtergesellschaften besaßen, zu imitieren.

Sie schufen eine Struktur namens GESPA, in der die EROSKI-Genossenschaft zusammen mit den MitarbeiterInnen in den nicht-genossenschaftlichen Läden einen Teil des Kapitals der Tochtergesellschaften übernahm. Sie boten den konventionell beschäftigten Nicht-Mitgliedern an, TeileigentümerInnen der Läden zu werden, in denen sie arbeiteten.
So hatten sie damals plötzlich fast ein Laborexperiment. Es gibt drei sehr unterschiedliche Niveaus von Partizipation und Eigentum der ArbeiterInnen. Nicht nur in der gleichen Branche, sondern auch innerhalb der gleichen Firma. Da sind alle diese EROSKI Läden, und in einigen von ihnen sind die ArbeiterInnen

MONDRAGÓN IM SPANISCHEN BASKENLAND (FOLGENDE)

gleichzeitig genossenschaftliche EigentümerInnen, in einigen die VerbraucherInnen, einige der ArbeiterInnen sind TeileigentümerInnen und ein Teil der ArbeiterInnen sind abhängig Beschäftigte. EROSKI betreibt jetzt ein Programm zur "Vergenossenschaftlichung" von nicht-genossenschaftlichen Filialen.

Ihr habt starke Strukturen der Solidarität in eurem Genossenschaftsverbund. Wie funktioniert das in Zeiten der Krise?

Ainara: Wenn die Dinge gut laufen, gibt es Gewinn und dieser wird geteilt. Aber in dieser Krise treffen wir Entscheidungen, die manchmal schwer sind. Es kann vorkommen, dass eine Genossenschaft gut funktioniert und selbst Gewinn erschaftet, aber diese Genossenschaft befindet sich in einer größeren Gruppe und die Genossenschaft nebenan kämpft mit Schwierigkeiten, Problemen oder Verlusten, und die gewinnbringende Genossenschaft entscheidet, die Löhne zu kürzen. Wenn es dir gut geht und du machst Gewinne und kannst noch mehr erwarten, und du sagst: "Ich werde meine Löhne kürzen, um einer anderen Genossenschaft zu helfen", das ist die Solidarität in der Praxis. Es ist nicht einfach, und es nicht der/die HauptgeschäftsführerIn oder der Vorstand der die Entscheidung darüber trifft, sondern die Mitgliederversammlung, die entscheidet, ja, wir werden das tun.

Sind es wirklich die Mitglieder, die dies entscheiden?

Ainara: Es ist sehr wichtig, sich die Geschichte anzuschauen. Denn wenn man einer Genossenschaft beitritt und gute wirtschaftliche Ergebnisse hat und nicht die Erfahrung, dass einem zu einem früheren Zeitpunkt jemand geholfen hat, als man selber in Schwierigkeiten war, dann ist man dazu geneigt zu glauben, immer nur anderen Genossenschaften in Schwierigkeiten Geld zu geben. Aber es ist wichtig zu wissen, dass irgendwann in deiner Geschichte, in der Geschichte deiner Genossenschaft, andere Genossenschaften dir geholfen haben.

Fred: Fast alle Genossenschaften haben zu irgendeinem Zeitpunkt mehr oder weniger Schwierigkeiten gehabt, und erhielten Hilfe von anderen Genossenschaften.

Ainara: Wir sagen, dass der Interkooperations-Mechanismus Ausdruck der Solidarität, der praktischen Solidarität ist, und das ist etwas sehr Wichtiges. Aber er ist auch sehr interessant aus Sicht der Unternehmensentwicklung. Wir hätten nicht die Entwicklung erlebt, die wir haben, ohne diese Art von Mechanismus sich gegenseitig zu helfen, wenn ein Sektor Probleme hat.

Also geben in einer Krise einige Genossenschaften Kredite an andere?

Ainara: Nein. Im Allgemeinen sind es keine Darlehen, außer unter besonderen Umständen. Du, deine Genossenschaft, gibt anderen Genossenschaften Geld, und das ist es. Es ist dein Geld, und du gibst das Geld einer anderen Genossenschaft, und bye bye, weg ist es. Du wirst dieses Geld nicht zurückbekommen. Wenn du in der Zukunft in Schwierigkeiten bist, werden die anderen Genossenschaften dir in der gleichen Weise helfen.

Und wer trifft nun die Entscheidung darüber?

Ainara: Jede Genossenschaft muss über die Entscheidung abstimmen und danach führt die genossenschaftliche Gruppe ein Referendum durch oder zählt alle Stimmen zusammen, um zu sehen, ob die Entscheidung vorangetrieben wird oder nicht. Aber es ist keine persönliche Entscheidung. Es ist zunächst eine genossenschaftliche Entscheidung und danach eine Gruppenentscheidung. Vielleicht stimmt deine Genossenschaft mit "nein" zur Kürzung der Löhne, aber wenn die ganze Gruppe "ja" sagt, ist es obligatorisch für alle Genossenschaften in dieser Gruppe. Wenn eine Genossenschaft dies nicht tun möchte, kann sie natürlich beschließen, die Gruppe zu verlassen.

Jetzt ist eine eurer großen Genossenschaften, FAGOR Electrodomésticos, die die erste des gesamten Netzwerks war und Haushaltsgeräte produzierte, in die Insolvenz gegangen. Das Mondragón-Büro erklärte, dass, nachdem FAGOR in den vergangenen Jahren 300 Mio Euro gegeben wurden, jetzt ein Punkt erreicht sei wo sie klar sehen, dass FAGOR nicht in der Lage ist, auf dem Markt zu konkurrieren. Darum werden sie kein weiteres Geld mehr geben. Ich habe in den Medien Demonstrationen von ArbeiterInnen (und ich denke, sie sind auch Mitglieder) von FAGOR gegen diese Entscheidung gesehen. Wie geht ihr mit diesen Konflikten um?

Fred: Mitglieder demonstrieren, aber es ist nicht klar, ob sie "gegen" jemanden oder eine Organisation (FAGOR Electrodomésticos, Mondragón Verbund...) demonstrieren. Sie sind natürlich sehr beunruhigt über ihre Zukunft und die ihrer Gemeinschaften, über ihre Beschäftigung, Einkommen und Investitionen, über ihre Arbeit und ihre sozialen Beziehungen. Viele Mitglieder sind sehr vorsichtig darauf bedacht zu sagen, dass sie zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und ihres Unternehmens demonstrieren, nicht "gegen" jemanden. Dass sie hoffen, Mondragón, die baskische Regierung, die Provinzregierung von Gipuzkoa und verschiedenen Banken davon zu überzeugen, ihre Entscheidung, keine zusätzlichen Mittel bereitzustellen, zu überdenken. Andere Mitglieder, in ihrer Wut und Sorge, richten einfach harte Kritik an diejenigen, die sie am stärksten verantwortlich sehen für die Situation und für die Entscheidung, keine weitere Finanzierung zu gewähren: die FAGOR-Geschäftsleitung oder den Mondragón-Verbund. Die meisten Menschen scheinen sich dessen bewusst zu sein, dass die Situation viel komplexer ist, dass viele Faktoren zu FAGORs Problemen beigetragen haben. Der wichtigste davon liegt außerhalb von FAGORs Kontrolle, nämlich die Krise und der Zusammenbruch des Haushaltsgeräte-Marktes in Spanien, ein Schlüsselmarkt für das Unternehmen, und der deutliche Rückgang in dem anderen wichtigen FAGOR-Markt Frankreich. Die meisten Menschen sind sich dessen bewusst, dass dies keine Geschichte eines typischen kapitalistischen Unternehmens ist, wo die EigentümerInnen und eine Handvoll Führungskräfte reich geworden sind und dann die ArbeiterInnen in die Arbeitslosigkeit entlassen haben…

Der Konflikt wird durch viele informative Gespräche mit den ArbeiterInnen und ihren Vertretungen (Vorstände, Sozialräte) ausgetragen werden und es werden viele Millionen Euro (manche schätzen etwa 50 Mio) in Umsetzungen in andere Genossenschaften, Umschulung und die Schaffung neuer Unternehmen investiert werden.

Ainara: Ich verstehe diese Demonstrationen als Ausdruck der Sorge, die sie fühlen. Es ist etwas Normales und Erwartbares. Andererseits beunruhigen mich einige der Dinge, die gesagt werden, wirklich. Wie du weißt, sind die Mitglieder sowohl ArbeiterInnen als gleichzeitig auch MiteigentümerInnen der Genossenschaften. Diese doppelte Rolle ist manchmal nicht leicht zu bewältigen. In einigen der Proteste, die wir sehen, scheint den Mitgliedern das Gefühl der Zugehörigkeit zu fehlen, ein/e MiteigentümerIn des Unternehmens zu sein. Dieses Gefühl von Miteigentum, von Zugehörigkeit, ist etwas, das wir ständig pflegen in unseren Genossenschaften, zusätzlich zur Bereitstellung von sehr klaren Informationen (und umso mehr, wenn unpopuläre Entscheidungen getroffen werden müssen). Wir müssen uns einer Herausforderung stellen: wie können wir ein bewussteres Genossenschaftswesen schaffen? Es ist durchaus möglich, sogar wahrscheinlich im Falle von FAGOR, dass die Menschen im Laufe der Jahre selbstgefällig wurden, dass viele ManagerInnen in die Rolle ziemlich konventioneller ManagerInnen fielen und viele maßgebliche ArbeiterInnen-Mitglieder in die Rolle ziemlich konventioneller ArbeiterInnen. Möglicherweise haben es beide nicht so ernsthaft versucht wie sie es sollten, die Partizipation an der Entscheidungsfindungen zu fördern und tatsächlich die oft mühsame Anstrengung zu unternehmen, sich in einer sinnvollen Weise an Entscheidungen zu beteiligen.

Was bedeutet die Insolvenz für die Tochtergesellschaften im Ausland und für die ArbeiterInnen dort, zum Beispiel bei FAGOR Mastercook in Polen? Und was bedeutet aus eurer Sicht diese erste große Insolvenz im Mondragón Genossenschafts-Netzwerk für die Zukunft der Produktivgenossenschaften an den globalen Märkten?

Ainara: Die Situation, vor der FAGOR Electrodomésticos steht, zeigt, dass die genossenschaftliche Bewegung Mondragón ernsthaft über verschiedene Themen nachdenken muss. FAGOR war die erste Genossenschaft, der Ausgangspunkt für viele andere Aktivitäten und Projekte, und auch die Unterstützerin für Genossenschaften in Schwierigkeiten in anderen Krisenzeiten. So ist es sowohl ein realer als auch ein symbolischer Schlag, mit dem wir im Moment konfrontiert sind. Die dringendste Frage ist, wie mit den Arbeitsplätzen umgegangen wird. Abgesehen von dieser großen Herausforderung, müssen wir über die Themen nachdenken, die die FAGOR-Krise ausgelöst haben, und möglichst viel davon verstehen, was passiert ist, um die Zukunft des baskischen Genossenschaftswesens besser schützen zu können. Einige dieser Themen: Erstens die ganze "Problematik" von Größe und Internationalisierung; zweitens die Grade der Verschuldung; drittens die Neuentwicklung und Rekonstruktion von einem Gefühl der Mitverantwortung, notwendig bei der gleichzeitigen Rolle als ArbeiterIn und MitinhaberIn einer großen genossenschaftlichen Organisation; viertens der Informationsaustausch und die Kommunikation in großen, genossenschaftlichen Organisationen; fünftens die Lebendigkeit und Funktionsweise der "Interkooperations"-Mechanismen; sechstens die Auswirkungen auf die Nicht-Mitglieder-ArbeiterInnen aufgrund der Verlagerung von genossenschaftlichen Arbeitsplätzen. All dies sind offene Fragen, die Ruhe und eine sorgfältige Analyse und Debatte erfordern, um Mondragón zu helfen, sein Engagement und die Praxis des "anspruchsvollen", prinzipientreuen Genossenschaftswesens zu vertiefen.

Fred: Tochtergesellschaften im Ausland sind schlechter dran. FAGOR ist im Gespräch mit staatlichen Einrichtungen in Polen und Frankreich (das Tochterunternehmen, Brandt, ist hauptsächlich französisch), und die Regierungen werden sich möglicherweise einschalten, um die Beschäftigung in gewisser Weise aufrechtzuerhalten, Käufer zu finden, oder die Tochterunternehmen offen zu halten, bis eine Finanzierung gefunden werden kann. Aber eine gute Lösung ist unwahrscheinlich, und es ist gut möglich, dass die meisten oder sogar alle ArbeiterInnen dort ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Eine Tragödie.

Die Geschichte von Gründung /Erwerb jedes dieser Unternehmen ist anders und komplex, und wir sollten nicht zu sehr vereinfachen, aber es muss gesagt werden, dass es in den frühen Jahren dieser Tochtergesellschaften möglich gewesen wäre, Genossenschaften oder ähnliche Strukturen zu schaffen, oder sich in diese Richtung zu entwickeln, aber viele ArbeitnehmerInnen und ihre GewerkschaftsvertreterInnen waren dagegen. Sie bevorzugten das traditionelle Arbeitsverhältnis. Es ist nicht klar, welche Vorteile diese ArbeitnehmerInnen heute hätten, wenn ihre Tochtergesellschaften sich hin zu kooperativen Strukturen entwickelt hätten... es ist nicht klar, was FAGOR und Mondragón als Ganzes leisten könnten, aber es scheint sehr wahrscheinlich, dass sie besser dastehen würden, als sie es im Moment tun.

Ainara: Gegenüber denjenigen, die die FAGOR-Krise als eine Krise des genossenschaftlichen Modells an sich sehen, würden wir die Bedeutung und Wichtigkeit der genossenschaftlichen Grundsätze und Geschäftspraktiken bekräftigen: die Zentralität des Menschen, demokratische Strukturen und Praktiken, Solidarität und Interkooperation, lokal verankerte Unternehmen und breites gesellschaftliches Engagement. Wenn wir nach humaneren und menschenwürdigeren Modellen von Volkswirtschaften und Unternehmen streben, gibt es für unser Verständnis keinen Zweifel daran, dass Genossenschaften wertvolle Beiträge dazu leisten können, als Inspiration für andere Möglichkeiten des Wirtschaftens oder der "Wertschöpfung" oder "Erfüllung des Lebensnotwendigen", die über die Logik der Wertmaximierung des Kapitals hinausweisen. Trotz ihrer aktuellen Herausforderungen, auch Widersprüche, bieten Genossenschaften in Mondragón und anderswo reale und konkrete Lösungen, oder mögliche Lösungsansätze von enormem Wert.

Vielen Dank für diese Einblicke in eure Erfahrungen und Einschätzungen, Ainara und Fred!

●

INFO

Beide GesprächspartnerInnen arbeiten an der Universität Mondragón. Ainara Udaondo Alberdi ist Leiterin des LANKI-Institut für genossenschaftliche Studien, Fakultät für Geisteswissenschaften und Bildung, und unterstützt Bildungsinitiativen zur MitigentümerInnenschaft in vielen Mondragón-Genossenschaften. Frederick Freundlich koordiniert einen Masterstudiengang für Soziale Ökonomie und Genossenschaftliche Unternehmen an der Fakultät für Wirtschaft und forscht zu Fragen der MiteigentümerInnenschaft am Forschungsbereich MIK.

Teile dieses Interviews stammen aus Gesprächen, die Elisabeth Voß zusammen mit Martina Groß im Januar 2013 in Mondragón führte. Das gesamte Gespräch wurde im November 2013 durch die GesprächspartnerInnen vervollständigt und aktualisiert.

Die Langfassung wird veröffentlicht auf www.mondragon.solioeko.de

Der Deutschlandfunk sendete am 14.05.2013 "Das Wunder von Mondragón" von Martina Groß:

☞ *www.dradio.de/dlf/sendungen/dasfeature/2070704/*

Wir bedanken uns bei der Rosa Luxemburg Stiftung für die Finanzierung und bei Anna Voß für die Unterstützung der Übersetzung aus dem Englischen.

INFO

Widersprüche und Ambivalenzen

Mondragón zieht viele BesucherInnen an, die Antworten auf die Krisen der herkömmlichen Ökonomie suchen. Aber vor welchen Herausforderungen steht der Genossenschaftsverbund heute? Welche Widersprüche und Ambivalenzen ergeben sich aus der Notwenigkeit, an globalisierten Märkten zu bestehen, und gleichzeitig genossenschaftliche Werte und Solidarität zu erhalten? Wie kann verantwortliches und solidarisches Wirtschaften in Krisenzeiten realisiert werden? Und welche Abstriche an den Idealen fordert der Kampf um die wirtschaftliche Existenz und den Erhalt der Arbeitsplätze?

Mikel Lezamiz, der Beauftragte für die Verbreitung des Genossenschaftsgedankens in Mondragón, dämpft überhöhte Erwartungen mit seinem legendären Satz: "This is not paradise and we are not angels." Andere lassen kein gutes Haar an dem Genossenschaftsverbund. So schreiben Brigitte Kratzwald und Andreas Exner: " Der ursprünglich kleinbürgerlichen politischen Zielrichtung der MCC entsprechend hat sich die Unternehmensgruppe folglich zu einem chauvinistischen Projekt des internationalen Standortwettbewerbs entwickelt." (in: Solidarische Ökonomie & Commons, Mandelbaum-Verlag, Wien, 2012).

Mit diesem Interview, einer Abendveranstaltung und einem Tagesseminar soll versucht werden, tiefere Einblicke in fast 60 Jahre genossenschaftliche Erfahrungen zu gewinnen.

Mittwoch, 18.12.2013, 19 Uhr:

Ort: Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a (2. Hof, Aufgang 3), 10961 Berlin (U-Bhf. Mehringdamm)

Solidarisch Wirtschaften in der Krise?

Der Genossenschaftsverbund Mondragón im spanischen Baskenland

Vortrag und Diskussion mit Ainara Udaondo Alberdi und Frederick Freundlich, Moderation: Elisabeth Voß (Spanisch mit Übersetzung ins Deutsche).

Donnerstag, 19.12.2013, 10 – 17 Uhr:

Tagesseminar mit den Gästen aus Mondragón zur Vertiefung genossenschaftlicher Fragen.

Die Teilnahme am Tagesseminar ist nur nach Anmeldung möglich, Kontakt: elisabeth.voss@netz-bb.de

Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung in Kooperation mit dem NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg.

Mehr Informationen ☞ *www.mondragon.solioeko.de*

Der Genossenschaftsverbund Mondragón entstand 1956 aus einer ersten Kooperative, Ulgor (heute heisst sie FAGOR Electrodomésticos), deren Gründung durch den Jesuitenpater José María Arrizmendiarrieta initiiert wurde. Grundlegende Werte sind bis heute: Kooperation, Partizipation, Soziale Verantwortung und Innovation. Seit einigen Jahren nennt sich der Verbund nicht mehr "Mondragón Corporatión Cooperativa (MCC)" sondern "Mondragón – Humanity at Work".

Der Genossenschaftsverbund erbringt 3,2 Prozent des baskischen Bruttoinlandsprodukts und stellt 3,5 Prozent der Arbeitsplätze im spanischen Baskenland. Die insolvente Genossenschaft Fagor Electrodomésticos trug 8,1 Prozent zum Gesamtumsatz der Unternehmensgruppe von 12,9 Millarden Euro in 2012 bei.

Insgesamt umfasst der Verbund 289 Unternehmen mit mehr als 80.000 Beschäftigten, davon 42 Prozent im Baskenland, 40 Prozent außerhalb in Spanien, 17 Prozent in anderen Ländern. Fast 37.000 Beschäftigte arbeiten in der Industrie, knapp 40.000 im Handel, fast 2.500 im Bereich Finanzen und mehr als 1.000 im Bereich Wissen. 110 dieser Unternehmen sind Genossenschaften, 105 Produktionsstätten mit 14.000 Beschäftigten befinden sich im Ausland.

In den Genossenschaften in Mondragón trifft – wie überall – die Versammlung der Mitglieder die Entscheidungen. Anders als in Deutschland gibt es keinen Aufsichtsrat, sondern nur ein Buchprüfungsgremium. Die Generalversammlung wählt den Vorstand, dessen Vorsitzende/r der/die PräsidentIn der Genossenschaft ist. Der Vorstand benennt die Geschäftsführung. Diese stimmt sich ab mit dem Sozialrat, einem Gremium der ArbeiterInnen, die Mitglieder der Genossenschaft sind.

Einzelne Genossenschaften sind in Gruppen zusammengeschlossen, diese wiederum in Divisionen in den Bereichen Industrie, Handel, Finanzen und Wissen. Der Genossenschafts-Kongress ist das höchste beschlussfassende Gremium, das die Ziele und Strategien für den Genossenschaftsverbund festlegt. Ihm gehören Delegierte aller Genossenschaften an. Diese wählen ein ständiges Komitee, das die Durchführung der Beschlüsse des Kongresses fördert und beaufsichtigt. Ebenfalls vom Kongress gewählt wird ein Gesamtvorstand, der dafür verantwortlich ist, die Ziele und Strategien zu koordinieren und umzusetzen.

OPEN SOURCE IN SELBSTORGANISATORISCHER ERPROBUNG

Elevate Festival 2013: Das Private ist politisch!

Das neunte Elevate Festival im Grazer Forum Stadtpark stand unter dem Motto „Open Everything?“ und thematisierte die Ambivalenz der neuen Technologien. Sie ermöglichen einerseits eine Demokratisierung von Wissen und Information und eine Dezentralisierung der Produktion in bisher ungekanntem Ausmaß, gleichzeitig sind sie effektive Instrumente umfassender Überwachung und Kontrolle. Vor diesem Hintergrund gilt es, das Verhältnis von öffentlich und privat auf gesellschaftlicher Ebene neu zu verhandeln, um das emanzipatorische Potenzial dieser Technologien nutzen zu können. Der Slogan der Frauenbewegung der 70er Jahre „das Private ist politisch“ gewinnt dabei eine neue Bedeutung.

VON BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ ● Zwei Ziele hatte sich das Diskurs-Team des Elevate-Festivals gesetzt: einerseits die Ambivalenz der boomenden Idee der „Openness“ auf eine Weise zu diskutieren, die die Handlungsfähigkeit der Individuen innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse ins Zentrum stellt, und andererseits zu vermitteln, dass es sich dabei um keine technischen Fragen handelt, sondern um ein Thema mit hoher gesellschaftlicher Brisanz.

▲ Diskussion über Open Hardware und Open Design: von links nach rechts: Daniel Erlacher, Magdalena Reiter, Brigitte Kratzwald und Sam Muirhead und per Skype Catarina Mota

Foto: Jakob Isselstein

Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten?

Konsens bestand darüber, dass soviele Daten aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Forschung wie möglich offen sein sollten, während private Daten Schutz brauchen, damit jede und jeder selbst entscheiden können, was sie wann und für wen offen legen wollen. Das ist nicht nur eine Frage der Menschenwürde und des Rechts auf Privatsphäre, sondern das hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Demokratie. Nur wer ausreichend Informationen hat, kann als mündige Staatsbürgerin entscheiden, die Möglichkeit anonym zu bleiben, ist oft die Voraussetzung für politischen Aktivismus und Meinungsfreiheit. Die Sichtweise, wer nichts zu verbergen habe, brauche die Überwachung nicht zu fürchten und diese diene unser aller Sicherheit, ist trügerisch, denn die allgegenwärtige Überwachung macht alle zu potenziell Verdächtigen. Die Zusammenführung der Daten kann jeden ins Fadenkreuz der Überwacher bringen. Die Kombination mehrerer nicht mainstream-kompatibler Verhaltensweisen, wie sie gerade unter Menschen aus der Selbstorganisationsszene durchaus üblich sein dürften, kann leicht ein Profil ergeben, auf das die Algorythmen der Computer ansprechen. Das Wissen über die Möglichkeiten, seine Anonymität im Netz und seine Daten, sowie die Daten seiner FreundInnen zu schützen, sollte untereinander geteilt werden, so der Appell. Jedoch darf die Verantwortung dafür nicht bei den AnwenderInnen bleiben, sondern wir sollten uns auch für entsprechende Gesetze stark machen. Anzustreben sind Soft- und Hardware die standardmäßig überwachungssicher sind. Technisch ist das möglich, im Moment aber nur für technisch versierte Menschen anwendbar.

Eine Verfassung per Crowdsourcing

Ein Highlight war die Veranstaltung über den Isländischen Verfassungsprozess mit den Aktivistinnen Birgitta Jonsdottir und Katrín Oddsdottir. Der Bankencrash und die von der EU geforderte Abgeltung der Verluste durch die Isländische Regierung führte zu einer starken Protestbewegung. Diese verhinderte, dass die Banken vom Staat gerettet wurden und erzwang Neuwahlen. In der allgemeinen Aufbruchsstimmung war es möglich, einen breiten Prozess für die Entwicklung einer neuen Verfassung anzustoßen. Nach vielen Versammlungen im ganzen Land, bei denen Vorschläge eingebracht wurden, wurde ein Komitee von 25 Personen gewählt, die daraus einen Verfassungstext formulieren sollten. Alle BürgerInnen konnten dafür kandidieren, dementsprechend bunt zusammengewürfelt war das Komitee, dem auch Elevate-Gast Katrín Oddsdottir angehörte. In einem vollkommen transparenten Prozess – alle Textvorschläge wurden sofort online veröffentlicht – machten sie sich an die Arbeit. Unter reger Beteiligung der Bevölkerung entstand das endgültige Dokument, über das das Volk abstimmen konnte. Mehr als zwei Drittel der IsländerInnen sprachen sich für die neue Verfassung aus, das Parlament stimmte jedoch dagegen und verhinderte so die Implementierung im letzten Augenblick. Erfolgreicher war ein anderes Projekt: die Icelandic Modern Media Initiative (IMMI), an der Birgitta Jonsdottir beteiligt ist, entwickelte ein Konzept für ein an die neuen Technologien angepasstes Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit, das vom Parlament einstimmig angenommen wurde und derzeit in Umsetzung ist.

Graz, offene Stadt?

Der Frage, wie offen Graz ist, ging das Elevate Festival in einem technischen Experiment mit mehreren Außenstellen nach. Dort nahmen Menschen ihre Stadt für verschiedene Aktivitäten in Besitz, sie fragten danach, was im öffentlichen Raum erlaubt und was verboten ist, und wer das bestimmt. Unterstützung kam dabei vom Grazer Open Street Map Team. Open Street Map ist eine Open Source Alternative zu Googlemaps, in der alle eintragen können, was ihnen wichtig erscheint. An einer Außenstelle wurden die Überwachungskameras in Graz verzeichnet, an einer anderen die Leerstände. Auf dem Tummelplatz wurden PassantInnen animiert, ihre Wahrnehmung der Stadt mittels verschiedener Symbole in eine Karte einzutragen, der Hauptplatz und eine Straßenbahn wurden zum Yoga-Übungsraum. Vom Forum Stadtpark aus konnte das Publikum live mitverfolgen, was an den Außenstellen geschah – zumindest an den dreien, zu denen die Videoverbindung klappte, die anderen waren per Telefon dabei. Die Ausrüstung für die technische Umsetzung und die dazu notwendige Software wurden innerhalb des Teams selbst entwickelt und hergestellt und sind natürlich ebenfalls „offen“.

Selbstbestimmt Produzieren

Noch „angreifbarer“ waren die Beispiele Saatgut und Open Source Hardware. Konfrontiert mit Pharmakonzernen, die mit Patenten auf Saatgut sukzessive die Kontrolle über die Ernährung der ganzen Weltbevölkerung in ihre Hand bekommen und einer Agrarpolitik, die das weitgehend unterstützt, arbeitet Gregor Kaiser mit der Organisation Agrecol an Ideen, wie Bauern ihr eigenes Saatgut schützen können. Eine Äquivalent zur Creative Commons Lizenz für geistiges Eigentum könnte eine Möglichkeit dafür sein. Ganz ausgereift ist die Idee jedoch noch nicht.

Die Open Source Hardware und Open Design Communities sind da schon weiter, sie erlebten in den letzten Jahren einen regelrechten Boom. Von Fluggeräten und Schiffen über landwirtschaftliche Maschinen, Möbel und Häuser bis zu Kleidungsstücken und Taschen – für all das kann mensch im Internet Pläne und Arbeitsanleitungen finden und manchmal die Teile auch direkt mit computergesteuerten Maschinen ausdrucken oder -schneiden. Diese Produkte werden auf internationalen Onlineplattformen entwickelt und sind leicht an lokale und individuelle Bedürfnisse und vorhandene Ressourcen anzupassen. Dabei bringen viele Menschen ihre Ideen, Fähigkeiten und ihr Wissen ein und die Entwicklung geht wesentlich schneller, die Ergebnisse sind wesentlich kreativer, als in herkömmlichen Unternehmen oder Universitäten.

Sam Muirhead hat versucht, ein Jahr lang „Open Source“ zu leben. Er begann damit, nur Freie Software zu benutzen, nur Musik oder Bücher mit entsprechenden Lizenzen zu hören und zu lesen. Das brachte ihn aber auch dazu, zu überlegen, wie denn seine Kleidung, seine Nahrung oder sonstige Gebrauchsgegenstände hergestellt werden. Er griff immer häufiger auf Do-it-yourself zurück, allerdings nicht alleine im Keller, sondern entsprechend der Open Source Logik auf öffentlichen Plattformen. Sein Leben sei in dieser Zeit mehr „community-orientiert“ geworden, berichtet er. Die open source Logik führt in jedem Fall weg von der Idee des individuellen verantwortungsbewussten Konsums hin zu einer kollektiven sozial und ökologisch nachhaltigeren Produktion, zum Teilen von Wissen und zu Selbstorganisation auf freiwilliger Basis. Die neuen Technologien bringen nicht automatisch Selbstermächtigung und Selbstorganisation hervor, sie setzen jedoch starke Anreize dazu und bieten auch gleichzeitig die Werkzeuge dafür. Um innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse handlungsfähig zu werden, braucht es jedoch die bewusste und strategische kollektive Aneignung dieser Instrumente ●

Weitere Informationen unter:
Isländische Verfassung ☞ *http://www.thjodaratkvaedi.is/2012/en/proposals.html*
☞ *https://immi.is*
☞ *http://www.openstreetmap.org*
☞ *http://www.agrecol.de*
☞ *http://yearofopensource.net*
Open Source Hardware Association ☞ *http://www.oshwa.org*

NETZWERK NEWS

Fördern Vernetzen Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 35 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer_innen und Spender_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

NETZWERK der politische Förderfonds

Hartz IV
Die Würde nehm´ ich dir!

Hartz IV gehört zu der Kategorie Wörter, die eine Unmenge zumeist gegensätzlicher Bedeutungen hinter sich versammeln. Glaubt man Wikipedia beispielsweise, meint es die Grundsicherungsleistung, die es ermöglichen soll, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht. Naja – immerhin weist Wikipedia auch deutlich daraufhin, dass der Artikel dringendst überarbeitet werden muss. Denn Hartz IV bewirkt sicherlich ein Menge, vor allem bei Arbeitslosenzahlen kurz vor Wahlen, Armutsberichten -irgendwie nie vor Wahlen?- und trägt ungemein zur Staatsgefügigkeit des Menschen bei, doch ein Leben im Sinne der Menschenwürde, das kann sein Sinn grundsätzlich nicht sein. Allein das allzu beliebte Instrument der Sanktion erinnert eher an einen Tauschhandel nach der Devise: Tausche Gehorsam gegen Existenz, wie es Wolfgang Neskovic, der ehemalige Richter am Bundesgerichtshof relativ passend formulierte. Wer nicht gehorcht, bekommt das Existenzminimum gekürzt – so einfach erzieht man sich den Menschen, zumindest solange er sich nicht zur Wehr setzt.

Von Prämien, Sanktionen und Gegenaktionen

Die grundsätzliche Unvereinbarkeit einer Kürzung des Existenzminimus mit dem Grundgesetz, scheint die Ämter wenig zu interessieren. So ist die Menge an verordneten Leistungskürzungen 2013 wieder deutlich gestiegen, nachdem der Wert nach der öffentlichen Kritik kurzzeitig sank. Mittlerweile sind es doppelt so viele Leistungskürzungen wie vor sechs Jahren. Das wundert eigentlich wenig, da die Job-Center Chefs weiterhin üppige Prämien für die Erfüllung sogenannter Zielvereinbarungen, beispielsweise auch für gute Sanktiontionsquoten, erhalten. Die Sachbearbeiter_innen sind angehalten, die Ausgaben so gering wie möglich zu halten. Konnte die „Zielvereinbarung zu Kürzungen“ dann eingehalten werden, kassieren die Chefs zum Jahresende saftige Prämien von bis zu 4000 Euro zusätzlich zu ihrem regulären Lohn, wie der Freitag berichtete. Die Grundsicherungsleistung von Menschen zu kürzen, kann also durchaus lukrativ sein. Dabei gibt es einen ganzen Katalog von Verstößen, wie beispielsweise 'unwirtschaftliches Verhalten', das als schwerer Verstoß geahndet und mit bis zu 100 prozentiger Kürzung sanktioniert wird. Ein Mittel Sanktionen zu bekämpfen gibt es allerdings – sich zur Wehr setzen. Widersprüche und Klagen haben meist gute Aussichten auf Erfolg. Basta, die Berliner Erwerbsloseninitiative bietet Beratung und Unterstützung bei und gegen Sanktionen seitens der Job-Center an. Neu ist ihre Broschüre zu Sanktionen im Pixieformat, welches über sämtliche Sanktionsformen und Abläufe sowie Gegenmaßnahmen aufklärt. Es soll direkt vor den Job-Centern verteilt werden, damit möglichst viele den Gehorsam verweigern können und nicht ihre Pflichten, sondern ihre Rechte kennen. ●

Stella Napieralla für Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Weitere Informationen: *http://spatico.de/wiki/index.php?BASTA*
☞ *http://www.netzwerk-selbsthilfe.de*

ANZEIGEN

WINDENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Gemeinsam Wind ernten

Das Geschäftsfeld Windenergie kooperativ erschließen

Wie können Energiegenossenschaften professionell und erfolgreich Windprojekte entwickeln und betreiben? Welches Know-how brauchen sie dafür? Welche Risiken und Hürden gibt es? Wie können Genossenschaften solche Millionenprojekte finanzieren?

▲ Mitglieder der Energiegenossenschaft Starkenburg vor WindSTARK1 - 282 Bürger beteiligen sich an diesem Bürgerwindrad. Foto: Energiegenossenschaft Starkenburg eG

KAJ-MERTENS STICKEL / BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN ● Zweck von Energiegenossenschaften ist die wirtschaftliche und soziale Förderung ihrer Mitglieder. Sie tun dies durch die Bündelung ihrer Kräfte und die nachhaltige Wirkung ihres Geschäftsbetriebes, meist mit regionalem Bezug. Windenergiegenossenschaften übernehmen das gesamte Spektrum oder Teilbereiche möglicher Tätigkeiten im Rahmen der Wertschöpfungskette für die Windenergie:

- Dienstleistung: Beratung, Planung, Qualifizierung
- Produktion: Initiierung, Erstellung und Betrieb von Windenergieanlagen,
- Handel, Vertrieb, Verbrauch: Beschaffung und Vertrieb von Energie
- Organisation von Beteiligungen: Netz, Stadtwerke, Betreibergesellschaften

Real kommen gegenwärtig aber vor allem drei Ansätze vor:

- Das Finanzierungs-Modell: Eine Genossenschaft erwirbt bspw. Aktien- bzw. Anteile einer Kommanditgesellschaft (KG)
- Das Betreiber-Modell: Eine Genossenschaft entwickelt oder kauft einzelne fertige Windkraftanlagen oder kleine Windparks und betreibt diese in eigener Verantwortung.
- Das Kooperations-Modell: Genossenschaften gehen Projektpartnerschaften untereinander ein oder organisieren mit Kooperationspartnern die Entwicklung von Windenergieprojekten gemeinschaftlich.

Finanzierungs-und Beteiligungs-Modelle

Zu den Finanzierungs- oder Beteiligungsgenossenschaften gehören zurzeit die meisten der Energiegenossenschaften, die sich im Windkraftsektor engagieren. Ein relativ aktuelles Beispiel stellt die BürgerEnergiegenossenschaft Emmendingen eG (www.buergerenergie-emmendingen.de, im weiteren BEE) dar. Dabei geht die Initiative von starken Partnern wie (Volks-) Banken, Projektierern oder Stadtwerken aus. Diese bestimmen die Ausgestaltung und besetzen dann oft mit ihren Vertretern die Führungspositionen. Eine solche Vorgehensweise, kann als institutionell-organisatorischer Ansatz bezeichnet werden. Das bedeutet, die BEE wurde, wie die meisten Beteiligungsgenossenschaften, durch Dritte initiiert.

Die Initiative zu dem Windkraftprojekt und der Gründung der BEE ging von den Stadtwerken Emmendingen aus. Sie positionieren sich damit als modern und aufgeschlossen, da sie nicht nur in Erneuerbare Energie investieren, sondern auch bürgernah handeln. Um dies zu verdeutlichen, werden zwei Möglichkeiten einer Beteiligung angeboten:

- als Mitglied der Genossenschaft mit einer Mindestbeteiligung von 200 Euro.
- als Kommanditist durch direkte Beteiligung bei der GmbH. Dann aber beträgt die Mindestbeteiligung 15.000 Euro.

Geworben wird in beiden Fällen mit einer „ansprechenden Rendite“, die sich aus der gesetzlich garantierten Abnahme des erzeugten Stroms und der Mindestvergütung von 9,91 ct/kWh begründet. Die Anlage ist gerade in Betrieb genommen worden.

Foto: Tom Sidji

Aus der Sicht von Organisatoren von Windprojekten sind Beteiligungsgenossenschaften eine „brillante“ Lösung für Bürgerbeteiligungskonzepte. Sie können so eine breite finanzielle Bürgerbeteiligung organisieren, ohne dass sie in die Prospektpflicht geraten. Es muss also nicht, wie bei allen anderen Rechtformen, ein von der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) genehmigtes Prospekt erstellt werden, das durch die hohen rechtlichen Anforderungen, hohe Kosten beinhaltet. Sie haben zudem die aufwendiger zu organisierenden Kleinbeteiligungen getrennt von den Großinvestoren in eine eigene Organisationsform gefasst. So wird auch das Problem vieler Großinvestoren, in einer Genossenschaft formal den gleichen Einfluss zu haben, umgangen. In der KG haben die Kommanditisten Stimmrechte nach Anteilen. D.h. die Genossenschaft als zusammengefasstes Kapital der Kleinanleger bekommt in der Regel nicht mehr Einfluss als einer der übrigen beteiligten Großanleger.

Kapitalanlagegesetzbuch

Diese Attraktivität bringt aber verschiedene Schwierigkeiten mit sich, die vermutlich von den Organisatoren dieser Konzepte oftmals nicht beachtet werden. Sie bergen im ungünstigsten Fall sogar die Gefahr des Scheiterns. Hervorzuheben sind insbesondere:

1) die steuerliche Benachteiligung der genossenschaftlichen Anleger
2) die reduzierte Gewinnausschüttung durch zusätzliche Organisationskosten
3) die zeitliche Verzögerung der Ausschüttungen, die nur bei bilanziell ausgewiesenen Gewinnen möglich sind
4) die Unzulässigkeit eines Gewinnversprechens, da die Genossenschaft der Förderung der Mitglieder und nicht der Dividendenausschüttung dient
5) die missbräuchliche Nutzung der Genossenschaft als Anlageorganisation.

Betreiber-Modelle

Als seltenes Beispiel für eine Betreibergenossenschaft im Windkraftsektor steht die Energiegenossenschaft Ingersheim und Umgebung eG. Sie kann als bürgerschaftlich-ökologische Form oder Bottom-up-Ansatz, von unten nach oben, bezeichnet werden. Die Genossenschaft ging Mitte April 2012 mit einer Windkraftanlage ans Netz, nach acht Jahren intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema Wind und mit viel Kompetenz, Ausdauer und Erfahrung. Die Risiken der Projektentwicklung trugen die zehn Gründungsmitglieder. Sie stellten die Planung durch eine Eigenfinanzierung sicher und steckten sehr viel persönliches Engagement in die Idee Bürgerwindrad.

Beispielsweise stellte der Bauunternehmer ein Jahr lang einen Kran für die eigene Windmessung am Standort ab, der Architekt führte mit einem der Vorstände die ganze Genehmigungsphase durch und der Elektroingenieur vertiefte sich in die technischen Details und brachte sein Projektmanagementwissen ein. Das gemeinsame Ziel war, an einem windschwächeren Standort ein ökologisch und ökonomisch sinnvolles Projekt zu realisieren. 80% der 3,6 Millionen Euro mussten dazu als Eigenkapital aufgebracht werden. Viele Menschen vor Ort gingen diesen Weg mit. Der Erfolg dieser Genossenschaft lässt sich u.a. mit der offenen Information und dem Einbinden vieler Freiwilliger erklären sowie der Unterstützung aus dem Gemeinderat. Auch der Bürgermeister bezog öffentlich Position für das Projekt.

Probleme durch Überforderung

Solche Genossenschaften, die Windkraftanlagen selbst betreiben, gibt es noch wenige in Deutschland. Dass sie einen eigenen Geschäftsbetrieb ausweisen, kommt der Genossenschaftsidee näher und ist außerdem seit dem 22.7.2013 gültigen Kapitalanlagegesetzbuch Anforderung für die Befreiung aus den Verpflichtungen von Kapitalgesellschaften. Die Genossenschaft agiert dann als Betreibergesellschaft und die Mitglieder sind direkte Miteigentümer der Windkraftanlagen. Der entscheidende Unterschied zur Beteiligungsgenossenschaft: Die Bürger bzw. Genossenschaftsmitglieder übernehmen durch ihre gewählten Vertreter die Geschäftsführung des Energieproduktionsbetriebs. Sie sind an den Produktionsanlagen nicht nur finanziell und in Form von Mitsprache- und Kontrollrechten unmittelbar beteiligt, sondern dies ist auch gesellschaftsrechtlich abgesichert.

Weshalb existieren dann aber bisher nicht mehr Energiegenossenschaften als Betreiberinnen von Windkraftanlagen? Die Analyse des skizzierten Beispiels enthält hierfür bereits einen großen Teil der Antwort. Auch hier besteht die Gefahr des Scheiterns, aber aus anderen Gründen als bei der Beteiligungsgenossenschaft, insbesondere:

1) die hohen Anforderungen an Kenntnisse und Erfahrungen
2) die fehlende Bereitschaft vieler Projektierer, als Dienstleister mit voller Transparenz bei den Kosten zur Verfügung zu stehen
3) das Risiko, dass das bis zur Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) eingesetzte Bürgerkapital verloren geht
4) der relativ hohe Aufwand der Eigenkapitaleinwerbung
5) die fehlende Bereitschaft von Politik und Verwaltung, echte Bürgerbeteiligung umzusetzen. So gibt es beim Landesforst Baden-Württemberg bei Ausschreibungen keinerlei Pluspunkt für eine Bürgerbeteiligung.

Lösungen durch Qualifizierung

Die Antwort auf die Schwierigkeiten, die Beteiligungs- und Betreibergenossenschaften bewältigen müssen, sind Kooperations-Modelle. Sie praktizieren faktisch eine Kombination aus Beteiligungs- und Betreibergenossenschaften und fügen das Beste der zwei Welten zusammen. Wichtig sind zudem auf Energiegenossenschaften zugespitzte Qualifizierungen, die das Thema Wind für diese erschließen. Dazu dient beispielsweise das Aufbauseminar „Gemeinsam Wind ernten“. Es gibt Energiegenossenschaften und ihren Projektentwickler/innen das notwendige Wissen an die Hand, um Windkraftanlagen wirtschaftlich erfolgreich auf den Weg zu bringen und zu betreiben. Ziel ist, Energie in Bürgerhand auch im Windsektor konsequent zu verwirklichen ●

Ein erstes Seminar wird im März 2014 in Essen durchgeführt. Informationen sind über blittersdorff@energiegenossenschaften-gruenden.de bzw. www.energiegenossenschaften-gruenden.de erhältlich. Auch der fesa e.V. in Freiburg wird zusammen mit ifpro, dem Institut für Fortbildung und Projektmanagement, eine solche Qualifizierung anbieten. Anfragen, auch nach einer speziellen Qualifizierung für die Mitglieder einer Energiegenossenschaft oder einer Region, können direkt an das ifpro gerichtet werden. E-Mail: info@ifpro.de

Buchbesprechung

Aktuelle fachliche Hilfe zu Windenergieprojekten

Der „Leitfaden Windenergie“ gibt Energiegenossenschaften, Kommunen und Investoren, die sich mit Onshore-Windprojekten auseinandersetzen, einen umfassenden Einblick in alle relevanten Themen. Informiert wird nicht nur über typische Fragen, wie die gültigen Entgelte und gesetzlichen Förderungen von Windenergie oder genehmigungs- und planungsrechtliche Voraussetzungen von Windanlagen. Ausführlich behandelt sind die wichtigsten Problembereich bei der Standortwahl und was bei der Auswahl der Windradtypen relevant werden kann. Aufgezeigt wird ein klassischer Projektablauf aus juristischer wie wirtschaftlicher Sicht. Neben den etablierten Beteiligungsformen sowie der kommunalen Zweckgesellschaft und Joint Venture wird auch auf Bürgerbeteiligungsmodelle eingegangen. Hervorzuheben sind zudem die zahlreichen praktischen Themen von der Ausgestaltung der Pachtverträge, über die Finanzierungsmöglichkeiten und den üblichen Anforderungen der Banken bis hin zu vergaberechtlichen Besonderheiten bei der Auftragsvergabe. Das Buch verschafft allen Interessierten einen umfassenden Überblick zum Thema Windenergie, ohne sich in wissenschaftlichen Feinheiten zu verlieren. Den Autoren ist es gelungen, auch für nicht mit Vorkenntnissen ausgestatteten Leserinnen und Leser verständlich zu schreiben. Windenergiegenossenschaften können davon hervorragend profitieren.

Boewe, Marius / Meckert, Matthias J. (Hrsg): Leitfaden Windenergie. Planung, Finanzierung und Realisierung von Onshore-Windenergieanlagen, Stuttgart (Richard Boorberg Verlag) 2013, Euro 35,00.

FAHRWERK BRAUCHT MEHR KUNDEN

Berlins einziges Fahrradkurierkollektiv schlägt sich durch…

Thomas (Name geändert, auf Wunsch des Interviewten), der sich mit mir zu diesem Gespräch trifft, ist einer von acht Mitbegründern des Fahrradkurierkollektivs Fahrwerk, das sich 2009 gründete. Aktuell sind sie 25 Leute, von denen nur 10 Teil des Kollektivs sind. Am Anfang waren alle im Kollektiv, das hat sich vor anderthalb Jahren geändert. Die meisten wollen nur Rad fahren.

▲ Fahrwerk Foto: G. Lo Curto

VON ULRIKE KUMPE/REDAKTION HANNOVER ● Es wird Winter auf Berlins Straßen und für den Freizeitradler oder die Freizeitradlerin wird es zum Fahrradfahren langsam zu kalt und zu ungemütlich, für die Kuriere vom Kollektiv Fahrwerk beginnt jetzt die arbeitsreichste Zeit des Jahres. In den Wochen vor Weihnachten haben sie die auftragsstark Zeit des Jahres. Ihr Büro, das Zentrum des kleinen Kollektivs, ist in Berlin-Friedrichshain in der Wahrschauer Straße. Es ist ein wirklich kleines Büro, in dem das Kollektiv zu Hause ist. Kuriertaschen liegen aufgestapelt in einer Ecke, ein Regal voller Ordner trennt die Arbeitsplätze voneinander.

Thomas hat jetzt eigentlich Feierabend. Acht Stunden hat er in der Disposition gearbeitet: Anrufe von Kunden entgegen genommen und die Aufträge an die Kurierfahrer weitergegeben, die auf der Straße den Funk abhören, zu den Kunden fahren, deren Sendungen abholen und ausliefern.

„An stressigen Tagen, wenn man hier acht Stunden in der Disposition gearbeitet hat, ist das richtig fordernd besonders in der Weihnachtszeit. Wenn ich nach Hause gehe, kann ich mit meinem Kopf nicht mehr viel anfangen, das schreckt so manchen Kurierfahrer ab.“ sagt Thomas

Bedauernd fügt er hinzu: „Ich kann leider nicht mehr fahren. Mein Rücken ist kaputt, aber ich bin der Einzige, bei dem das so ist.“ Deshalb kümmert sich Thomas um die Computer, um die Disposition und die Auftragsannahme. Nur sieben der 25 Fahrer wechseln auch in die Disposition und Auftragsannahme. Meistens fahren sie zwei Tage und arbeiten dann 2 Tage im Büro. Thomas zufolge sollten es mehr sein, die beides machen. Wir suchen im Grunde händeringend Leute, die daran ein Interesse haben. „Das Problem ist, das die meisten kein Bock drauf haben. Sie wollen Kurierfahren, das macht ihnen Spaß, mehr wollen sie nicht.“ sagt er: „Auch für mich persönlich war das immer ein Traumjob.“ Deshalb hat er Verständnis für diese Haltung: „Es ist schon eine große Verantwortung. Die Aufträge richtig zu verteilen. Mit den Kunden zu telefonieren, gerade wenn eine Sendung kaputt gegangen ist oder etwas anderes nicht klappt. Das ist nicht unbedingt angenehm, da bekommt man schon mal mehr graue Haare von.“

Auch Thomas hat als Subunternehmer angefangen, was die gängige Anstellungsform von Kurierfahrern ist. Für alles sind sie selbst verantwortlich, ob es um das Fahrrad geht auf dem sie fahren, den Versicherungsschutz oder wieviel sie arbeiten. Hat man einen guten Tag verdient man nicht schlecht, ist man krank oder hat man eine Sendung beschädigt, muss man dafür selbst aufkommen. Die anderen Kurierfahrer sind tendenziell Konkurrenten. Gerade für Anfänger ist es schwer, weil sie noch nicht all die kleinen Abkürzungen kennen, mit denen man schneller durch die Stadt kommt. Der 'offene Funk' auf den sie angewiesen sind, macht es ihnen nicht leichter. Die Disposition verliest die Aufträge über Funk, wer es als erstes schafft seine Fahrernummer an das Ohr des Disponenten zu bekommen, kriegt den Auftrag.

Beim Kollektiv Fahrwerk gibt es einen festen Stundenlohn, der für alle gleich ist, ein nicht ganz so sportlicher Tag oder einer mit schlechterer Auftragslage wirkt sich nicht auf den Lohn aus. „Das Betriebsklima ist besser als anderswo.“ betont Thomas. Das Plenum, das vierzehntägig an den Sonntagen stattfindet, ist nicht nur der Ort für Betriebsentscheidungen, sondern widmet sich auch den Belangen der am Kollektiv Beteiligten. „Wir machen am Anfang des Plenums immer eine Runde, die wir nicht protokollieren. In dieser Runde können alle sagen, wie es ihnen geht, was gut war in den letzten zwei Wochen und was nicht gut war. Was gesagt wird, hängt nicht nur mit der Arbeit zusammen, es geht auch öfter darum was generell so los ist im Leben der Einzelnen. Das soziale Miteinander ist wichtig“ erzählt er.

Als Thomas von Dresden nach Berlin zog, hörte er sich um. „Alles was ich so gefunden hab, fand ich nicht so dolle.“ sagt er. Die Idee, ein Kollektiv zu gründen war attraktiv. Ein halbes Jahr dauerte es, bis ihre Telefonnummer geschaltet war und sie mit der Werbung beginnen konnten. Am Anfang hatten sie keine Aufträge, Anfänger im Geschäft, in der zweiten Woche dann der erste Auftrag. Heute sind sie bei einem durchschnittlichen Auftragsvolumen von 80 Aufträgen am Tag, doch das reicht nicht. „Wir müssten mehr Aquise machen, also mehr neue Kunden werben. Unsere Situation ist nach wie vor prekär. Wir können uns nur einen geringen Lohn auszahlen, der geringer ist als bei anderen Kurierdiensten“ ●

weitere Informationen unter: www.fahrwerk-berlin.de

STILL `ING BUKO !
BUKO BRAUCHT KOHLE.
Für linke Debatten und Transnationale Vernetzung
Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.
Darlehnsgenossenschaft eG Kiel
BLZ 210 602 37, Konto: 234 389
IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89
BIC bzw. SWIFT GENODEF1EDG
www.buko-braucht-kohle.de

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Beleidigung von Polizei gibt nicht gleich auch noch Schmerzensgeld

Wer Polizist_innen duzt oder beschimpft, hat meist ein Verfahren am Hals und wenig Chancen auf Freispruch. Denn die Schergen der Macht schützen sich gegenseitig. Umgekehrt ist es, wenn Polizei prügelt oder beleidigt. Das ist eher Alltag, führt aber so gut wie nie zu einer Anklage. Nun hat ein Gericht wenigstens festgestellt, das beim Beschimpfen von Polizist_innen kein Schmerzensgeld oben drauf kommt. Angesichts der hohen Zahl ausgedachter Vorwürfe durch Uniformierte wäre das sonst ein einfacher Zusatzverdienst. Unter www.kostenlose-urteile.de/LG-Oldenburg_5-S-59512_Kein-Schmerzensgeld-bei-Beleidigungen-eines-Polizeibeamten.news17059.htm wird das Urteil beschrieben: „Wird ein Polizeibeamter mit Kraftausdrücken beschimpft, so rechtfertigt dies regelmäßig keine Zahlung von Schmerzensgeld. Denn Voraussetzung für eine Geldentschädigung ist eine schwerwiegende Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Dies ist bei Ausdrücken wie 'Scheiß Bullenschwein' oder 'dummes Arschloch' nicht der Fall. Das Landgericht Oldenburg entschied gegen den Polizeibeamten. Ihm habe kein Anspruch auf Schmerzensgeld nach § 823 BGB zugestanden. Zwar habe ein Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 1 und 2 GG) vorgelegen. Die Verletzung dieses Rechts begründe jedoch nur dann eine Geldentschädigung, wenn es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise ausgeglichen werden kann.“

Sicherungsverwahrte protestieren!

„**A**cht Sicherungsverwahrte in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Rosdorf bei Göttingen sind nach eigenen Angaben in den Hungerstreik getreten. [.] Sie protestieren damit gegen angebliche Mißstände bei der Unterbringung und der Versorgung.“ So schrieb es die Junge Welt am 22.10.2013 (S. 4, auch: www.jungewelt.de/2013/10-22/015.php). Was dort als Grund benannt wurde, scheint auch andernorts zuzutreffen. So sitzen in der JVA Freiburg rund 55 männliche Sicherungsverwahrte. Angesichts der schon länger bekannten Mängel (siehe unter anderem http://de.indymedia.org/2013/09/348487.shtml) regt sich weiter Unmut unter ihnen. Einige Vorfälle der jüngsten Zeit listete der dort inhaftierte Thomas Meyer-Falk auf: http://de.indymedia.org/2013/10/349423.shtml.

Repression gegen und Aktionen für Flüchtlinge

Der Kampf um Bleiberechte für Flüchtlinge, um offene Grenzen für Menschen statt für immer mehr Kapitalverkehr, sowie um ein Ende der weltweiten Ausbeutungs- und Eroberungspolitik als Grund, dass Menschen ihre Dörfer und Städte verlassen, nimmt weiter zu. In etlichen Städten prägen Demonstrationen, Besetzungen und direkte Aktionen die politische Debatte. In Hamburg wurden die scharfen Kontrollen gegen Flüchtlinge, die auf oder vor Lampedusa strandeten, zum Auslöser. In einem offenen Brief an den Bürgermeister heißt es: "Seit Frühjahr 2013 leben in Hamburg etwa 300 afrikanische Flüchtlinge, die dem libyschen Bürgerkrieg und dessen Eskalation durch die militärische Intervention der NATO entkommen konnten und dann über Lampedusa nach Italien gelangten. Diese Menschen (in der Mehrheit Männer) waren Arbeitsmigranten in Libyen, wo sie ihren Lebensunterhalt verdienten und Geld nach Hause an ihre Familien oder communities schickten. Als das EU-Programm für Geflüchtete aus dem Libyenkrieg endete, wurden sie auf die Straße gesetzt. Sie bekamen alle eine Anerkennung als Flüchtlinge, aber ihre Papiere erlauben ihnen nur in Italien zu arbeiten und sich niederzulassen. Wegen der wirtschaftlichen Krise und der fehlenden Unterstützung von Seiten der italienischen Behörden waren sie nicht in der Lage, in Italien ein selbstbestimmtes Leben zu führen und kamen nach Hamburg, um hier ihr Leben wieder aufzubauen, ähnlich wie es andere in verschiedenen europäischen Ländern versuchen. Aber hier werden sie behandelt als hätten sie keine Rechte." (http://lampedusa-in-hamburg.tk) Zu einer antirassistischen Demonstration am 24.10.2013 gingen nach dem St. Pauli-Heimspiel mehr als 10 000 Menschen auf die Straße, darunter Refugees, antirassistische Gruppen, Autonome, Stadtteilinitiativen, Anwohner_innen und Fans des FC St. Pauli. Es war ein starkes Signal, dass die Proteste nach zwei Wochen, mit vor allem spontanen Demonstrationen, sich noch weiter steigern könnten (https://linksunten.indymedia.org/en/node/98088).

Debatte um Zwangspsychiatrie

Gustl Mollath ist nicht nur eine Person, der übel mitgespielt wurde. Der Name ist auch ein Symbol für eine besonders weitgehende Form der Freiheitsentziehung und Bevormundung: Ein Mensch wird im Zusammenspiel medizinischen Orakelns und richterlicher Allmachtsphantasie einfach weggesperrt, eventuell noch fixiert, auch gegen den Willen mit Medikamenten vollgepumpt und völlig ohne feste Perspektive auf Entlassung aus dem bisherigen Leben gerissen. So hilfreich freiwillige Hilfsstationen sein können für Menschen, die psychische Probleme haben, so autoritär ist die Zwangspsychiatrisierung. Ein Prozess in Gießen gegen den Fraktionschef der Linken im Gießener Kreistag zeigte im Oktober und November 2013 erneut, wie stark Willkür und Demütigung in der Zwangspsychiatrie reichen. Um Kritik zu verhindern, verhängte die Vitos-Klinik Gießen eine Kontaktsperre nach außen und schottete den Gefangenen damit von Besuchen ab. Als Grund wurde u.a. ein Text in der Jungen Welt benannt. Selbst die Person, die eine Vorsorgevollmacht vorweisen konnte und mit dieser vor Gericht auch bereits akzeptiert war, wurde zunächst nicht auf das Gelände gelassen. Stattdessen wurde gegen sie ein Hausverbot erlassen. Erkennbar war, dass es hier um die Durchsetzung psychiatrischer Definitionsmacht ging.

Passendes Buch von Roland Schleiffer: Das System der Abweichungen

Trotz Ausblendung einer grundlegenden Kritik an Psychiatrie und der Definition von "Krank" und "Gesund" dürfte das Buch einen spannenden Beitrag zur Frage bieten, welche Kriterien bei der Beurteilung vermeintlich "kranker" Menschen herangezogen werden sollten. Der Autor versucht, sprachlich oft etwas umständlich, die Systemtheorie von Niklas Luhmann für die Psychopathologie nutzbar zu machen. Doch schon im Versuch wird spürbar, dass gerade dieser Blickwinkel die Frage hätte erweitern müssen. Denn systemtheoretisch steht die Einteilung in normal und nicht normal im Zentrum gesellschaftlicher Diskurse. Abweichung ist Voraussetzung für die Schaffung von Standards des Lebens, des Denkens, für richtig und falsch. Systemtheorie hat das zu entlarven statt zu den ideologisch aufgeladenen Einteilungen auch noch selbst beizutragen. Insofern ist das Buch eine verkürzte Kritik an den Verhältnissen in der Psychopathologie. (Roland Schleiffer 2012: Das System der Abweichung: Eine Neubegründung der Psychopathologie, Carl Auer Verlag, Heidelberg, 266 S., 34 €) ●

Jörg Bergstedt

SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT – EIN MODELL FÜR ERNÄHRUNGSAUTONOMIE?

Sich Freude, Kosten, Risiken und … die Ernte teilen

Bienenstöcke in der Stadt, Gemeinschaftsgärten im Hinterhof und Bauernhöfe im Kollektivbesitz – das Interesse an solidarisch produzierten Nahrungsmitteln wächst. Aus der Kritik an der Agrarindustrie, ihren ungesunden Produkten und energieintensiven Strukturen haben sich in den letzten Jahrzehnten einige neue Alternativen entwickelt.

VON BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN ● Öko-Landbau, Vegetarismus und Veganismus, Lebensmittelkooperativen und Mitgliederläden sind weitverbreitet. Bionahrungsmittel sind mittlerweile in den Discountern angekommen, allerdings zum Preis ihrer Normierung. Oft werden sie weder saisonal noch regional angebaut oder vermarktet, die Arbeitsbedingungen an ihren Produktionsstätten sind weitgehend unbekannt.

Gleichzeitig suchen viele Menschen nach Sinn, den sie sonst, vor allem in ihrem Berufsleben, nicht finden. Sie gründen Reparatur- Cafés, betreiben Guerilla Gardening, nutzen Carsharing-Angebote, veranstalten Kleidertauschpartys oder reisen per Couchsurfing. Sie engagieren sich freiwillig auf vielerlei Art, suchen Kontakt zu anderen, wollen sich neu vergesellschaften, selbst tätig sein –Do it yourself. In diesem Zusammenhang ist auch ein neues Interesse an Nahrungsmitteln zu beobachten. Viele wollen wieder wissen, wo das, was sie essen, herkommt. In der Landwirtschaft und der Gärtnerei gibt es zwei neue Entwicklungen. In der Stadt blühen die Bienenhaltung und das urbane und interkulturelle Gärtnern. Hierbei werden öffentliche städtische Flächen und Brachen im Gemeinschaftsexperiment angeeignet und wiederbelebt. Die Nahrungsmittelproduktion steht dagegen bei der solidarischen Landwirtschaft im englischen Community Supported Agriculture genannt, kurz CSA, im Mittelpunkt. Sie findet in der Regel auf dem Land statt.

Solidarische Landwirtschaft bedeutet, dass eine Gruppe von Menschen einen Vertrag mit einem Hof abschließt, einen – manchmal nach Einkommen gestaffelten – Beitrag im Voraus zahlt und dafür die Ernte des Hofes abnimmt und unter den Mitgliedern selbstorganisiert verteilt. Im Gegensatz zu den Abo-Kistensystemen vieler Ökobetriebe, sind hier die Abnehmer_innen nicht nur Kund_innen, sondern Mitglieder, wenn nicht sogar Miteigentümer des Betriebes. Eine klassische Win-Win-Situation: Die Mitglieder finanzieren die Produktion – nicht nur die Produkte – und tragen damit das Risiko des Anbaus mit. Gemeinsam übernehmen sie die Verantwortung für ein Stück Land – und dafür, wie dieses bewirtschaftet wird.

Mal schließen sich Verbraucher_innen zusammen und suchen sich einen passenden Betrieb oder gründen gar gleich einen, oder ein Bauernhof sucht einen Ausweg aus dem auch im Ökolandbau herrschenden Kostendruck – und den Kontakt zu potentiell Interessierten.

Derzeit gibt es in Deutschland knapp vier Dutzend arbeitende Projekte, die sich im Detail teilweise erheblich unterscheiden. Einige sind urban-links, andere anthroposophisch inspiriert. Manche Projekte wollen den Bodenbesitz vergemeinschaften, während andere derzeit noch mit Pachtland arbeiten (müssen). Echte Bauernhöfe halten auch Tiere, andere Projekte haben nur Flächen für Gemüse, Kartoffeln und vielleicht Hühner.

Die neugegründete Gartencoop Freiburg zum Beispiel versorgt als stadtnaher, reiner Gartenbaubetrieb mit nur acht Hektar Fläche 260 Mitglieder. Der seit Herbst 2011 als CSA-Betrieb arbeitende Markushof verfügt dagegen über 52 Hektar und ist mit 160 Menschen in der Region Heidelberg vernetzt. Der Buschberghof östlich von Hamburg, der schon seit mehr als 60 Jahren biologisch bewirtschaftet wird, hat 86 Hektar und über 300 Mitglieder in seiner Kooperative. Viele CSA-Projekte haben ihren Schwerpunkt im personalintensiven Gemüsebau, da diese Produkte am stärksten nachgefragt werden. Dies wirft dann die Frage des Personaleinsatzes (Stichwort: Arbeitshetze) und der angemessenen Bezahlung auf.

Bei der solidarischen Landwirtschaft geht es aber nicht nur um die Produktion. Sie schenkt auch den sozialen Aspekten des Miteinanders Aufmerksamkeit, und schreibt sich die angemessene Entlohnung der Produzent_innen auf die Fahne. Sie schafft Werte, in dem sie die Agrarkultur, etwa durch Saatgut, erhält, Natur und Ressourcen schont und Solidarität stärkt. Die Produzent_innen gewinnen durch solidarische Landwirtschaft Sicherheit und Autonomie, die Abnehmer_innen erhalten preiswert gute Produkte und Mitentscheidungsrechte. Sie werden von Konsument_innen zu Ko-Produzent_innen, und alle gemeinsam eignen sich Wissen an, teilen ihre Kompetenzen. Durch ihre Kooperation verbessern die «solidarischen Landwirte» nicht nur ihre Lebensqualität, sondern entwickeln auch eine Vision von Ernährungssouveränität.

Ihre «Planwirtschaft von unten» ist eine deutliche Kritik an der Agrar- und Ernährungsindustrie, und auch an einigen Tendenzen im ökologischen Landbau. Das Ganze mag für manche nach Wollsockenromantik klingen, und in der Tat erinnert einiges an die alternativen Experimente der 1970er Jahre. Doch das Modell funktioniert z.B. auch dank moderner, web-gestützter Kommunikationstechnologie. Zudem sollte man nicht das Selbstverwirklichungspotenzial der Projekte unterschätzen – und auch nicht die hohen sozialen Kompetenzen, die jenseits des spezialisierten Produktionswissens nötig sind, um Landwirtschaft in einer solchen Form zu betreiben. Natürlich gibt es auch Probleme. Ein Kernkonflikt in der solidarischen Landwirtschaft verläuft zwischen dem Streben nach einer gerechten Bezahlung der Produzent_innen und einem niedrigen Mitgliedsbeitrag, der auch Menschen mit niedrigem Einkommen den Zugang zu guten Nahrungsmittel ermöglicht. Zweitens basiert sie in der Regel auf freiwilliger, das heißt unbezahlter Mitarbeit der Mitglieder. Solange diese in ausreichendem Maße geleistet wird, funktioniert es. Nicht zuletzt werden einige Fragen zur Wertigkeit von „Arbeit“ auftauchen und zu debattieren sein, wie zum Beispiel in den Diskussionsbeiträgen von Jan-Henrik Cropp auf keimform.de.

Solidarische Landwirtschaft ist derzeit noch ein Modell mit begrenzter Reichweite. Sie verändert aber den Alltag und das Selbstverständnis aller daran Beteiligten. Das macht sie derzeit so attraktiv. Nun kommt es darauf an, weitere Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten. In Freiburg hat sich gerade eine dritte Gruppe gegründet, die mit solidarischer Landwirtschaft beginnen will ●

Weitere Informationen zu solidarischer Landwirtschaft finden sich im Netz unter:

☞ *www.solidarischelandwirtschaf.de*

☞ *http://www.anstiftung-ertomis.de/urbane-gaerten, www.gartencoop.org, http://keimform.de/author/jhc.*

Bernd Hüttner wuchs auf einem Bauernhof auf. Er schreibt seit 1993 für CONTRASTE und arbeitet seit 10 Jahren für die Rosa Luxemburg Stiftung, neuerdings als Referent für Zeitgeschichte.

EINE GARTENSCHAU MIT MEHR MENSCHLICHEM MASS

Gartenschau als Stadtentwicklung

Die Kreisstadt der Uckermark, Prenzlau am Uckersee, wirbt 2013 farbenfreudig mit der Landesgartenschau. Nicht nur zur Freude der Bewohner findet die Gartenschau auf bereits vorhandenen Park-Flächen statt: dem Kurpark am See und angrenzenden Teil des Stadtparks im Wallgraben, ebenfalls längs der Stadtmauer. Wenn jedoch die Errungenschaften der Show wie Heckenrosenbüsche, Kinderspielplatz etc. anschließend weitgehend erhalten blieben, sollte sich der zeitweilige Verzicht gelohnt haben.

VON ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN, BERLIN ● Überhaupt: Wenn eine solche Gartenschau bedeutet, dass eine Stadt sich herausputzt und Genossenschaftshäuser berankt sowie sogar dem China-Imbiss und der Zimmervermietung außerhalb des Geländes ein paar freundliche Pflanzkübel spendiert, will ich mir diese Gartenschauen, die im Verdacht stehen, pure Reklame-Präsentationen großer GaLa-Firmen zu sein, künftig gerne gefallen lassen. In Prenzlau zumindest haben in einer geglückten Zusammenarbeit das Programm Soziale Stadt, dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung, die Stadt Prenzlau sowie das Arbeitsamt mit den üblichen Akteuren aus dem Garten- und Landschaftsbau sich hier gegenseitig die Bälle zugespielt und für ein freundlich aufgeräumtes Stadtbild der im II. Weltkrieg so besonders geschundenen Stadt gesorgt. Das tut der Stadt Prenzlau, die im Mittelalter mal eine der größten Städte im deutschen Kaiserreich war, gut.

Das Gelände der Gartenschau ist nicht besonders groß. Im ersten Moment hat man den beruhigenden Eindruck: hier wurde keineswegs unendlich Geld für einen Ex- und Hopp-Garten-Landschaftsbau (=„GaLa“) verschossen, der schon den Staudengärtner Karl Forster 1910 als wenig nachhaltig ärgerte. Stattdessen wurden im vorhandenen Stadtpark Staudenbeete angelegt, von denen jene mit einer weisen Schatten-verträglichen Bepflanzung mit Efeu, Gräsern, Storchschnabel und Hundsrosen auch in den Alltagspark der Zeit nach der Landesgartenschau gerettet werden könnten. Zugegeben: die Runden Beete auf dem Rasen des Kurparks mit etwa Schüsseln voller durchsichtiger sowie blauer Glasscherben in Schalen haben mir nicht unbedingt eingeleuchtet. Auch die niedlichen Holzdelphine, die aus blauen Bodenbelag hervorzuspringen scheinen, hätten nicht partout sein müssen. Aber wenn eine Gartenschau ihre Existenz durch das Aufstellen farbenprächtiger Sitzmöbel in Hockerform, die hinterher wieder eingesammelt werden können, anzeigt, will ich mir das gefallen lassen. So wusste ich auch im dunklen

▲ Gartenschau in Prenzlau

Foto: Elisabeth Meyer-Renschhausen

Baum-Park am Hexenturm, daß ich mich noch in der Gartenschau befand.

Sehr gelungen ist die Erläuterung der Geschichte Prenzlaus in knappen Texten auf ansehnlich grünen Schildern. Sie reicht von der ersten Besiedlung vor 8000 Jahren über den 30-jährigen Krieg bis zur Hexenverfolgung, die hierzulande bis ins 18. Jahrhundert währte. Die Knappheit der jeweiligen Geschichts-Häppchen auf den Schildern verdient nachgerade eine pädagogische „Eins“. Die Aufteilung der Gartenschau in zwei Teile suggeriert zudem einen Gang quer durch die Stadt Prenzlau, entlang der Marienkirche. Dieser Riesenbau wurde nach dem Krieg eigentlich nur provisorisch bedacht. Er beeindruckt mit einer Kunstausstellung „Eden“, in der Künstler Elemente der Natur vorstellen. Für die Berliner ist´s nicht schlecht zu erfahren, daß der beeindruckende Turm am westlichen Stadttor aus dem 16. Jahrhundert die Vorlage für die historizistische Oberbaumbrücke von Friedrichshain nach Kreuzberg ist.

Arg versteckt jedoch liegt das in meinen Augen eigentliche Highlight der Prenzlauer Gartenschau, nämlich die Ausstellung des örtlichen Kleingartenverbandes. Auf schlichtem Bette und einigen Hochbeeten wird hier ein Gemüseanbau gezeigt, der auch im frühen September noch so strotzt: Salat, Mangold, Tomaten, Kohl und Chinakohl sowie diverse Kräuter, Bohnen und sogar eine wunderschöne Avocado: alles in Hülle und Fülle da. Dazu zwei alte Obstbäume, zwei ordentlich gefüllte Kompostbehälter und zwei Winzighütten, gedämmt mit Feuerholz und das Ganze eingefasst von Spalierobstbäumen: ausgesprochen erfreulich. Warum aber so versteckt? Hier - scheint mir - fehlt es an Selbstbewusstsein! Auch wünsche ich mir für das nächste Mal genauere Erläuterungen, mit welchen biologischen Mitteln hier Schneckenfraß verhindert oder Kohlkopfpracht erreicht wurde. Positiv überrascht bei meinem Prenzlaubesuch am 4. September 2013 hat mich das Konzert der Aktivisten für ein "engagiertes Prenzlau", offenbar die dortige Form von "antirassistischer Aktion“, die mit einer Orchestergruppe vor dem Eingang zur Gartenschau am Rathaus aufspielten. Eine bunte Truppe mit Posaunen und Geige, Gitarre und Trommel spielte mittelalterliche und osteuropäische Tanzweisen. Die hingebungsvoll lauschenden Zuschauer belebten den großen Rathausplatz. Eine gelungene Form, auf den Unsinn von Vorurteilen aufmerksam zu machen.

Alles zusammen sicher eine Gartenschau mit mehr menschlichem Maß, als die interessante internationale Gartenschau (igs) in Hamburg, die arg groß und zu teuer geworden ist. Die Internationale Gartenschau auf der Elbinsel Wilhelmsburg hat der in Prenzlau allerdings voraus, zu zeigen wie künftig und sehr schön, Kleingartenkolonie in öffentliche Parks integriert werden können. Auch der Stolz der Hamburger Kleingärtner, nämlich eine Art Gemeinschaftsgarten, in dem jede Parzelle nur 200 Quadratmeter hat und der Zaun außen „um zu“ läuft, überzeugt. Hier gibt es zwischen den Parzellen keine Hecken mehr, ein Spielrasen liegt in der Mitte und alles ist überzeugend schön und rein ökologisch bepflanzt. Sehr gelungen, den hier ehrenamtlich tätigen KleingärtnerInnen gebührt ein großes Lob. Dieses bestechende Modell könnte jedoch leider auch von der flächengierigen Bauindustrie, die schon die Verwässerung des Bundeskleingartengesetzes der 1980er Jahre auf dem Gewissen hat, gegen die Kleingärtner in Innenstadtlagen missbraucht werden. Daher scheint es der Verfasserin unklug, dass die igs-Gestalter die Interkulturellen Gemeinschaftsgärten weder in die Gartenschau integriert haben, noch sie zitierten. Denn wäre es nicht viel angebrachter, dass gegen die Gier des Finanzkapitals, das seit 2007 lieber in Sachwerte anlegt, heute alle Gartenfreunde jeglicher Coloeur zusammenarbeiteten? Die beiden außerhalb des Geländes der igs gelegenen Interkulturellen Gemeinschaftsgärten waren zumindest bei meinem Besuch in Hamburg die fröhlichsten Orte ●

ANZEIGEN

Gemeinsam genießen statt einsam verzichten

Für sein Konzept von miteinander verflochtenen Nachbarschaften ist der Schweizer Autor P.M. mit verschiedenen Büchern seit Jahren bekannt. „Bolo`bolo“ nannte er 1983 den ersten Entwurf und in „subcoma“ entwarf er zur Jahrtausendwende eine nachhaltige Versorgung, die auf der Kooperation einer städtischen Nachbarschaft aus etwa 500 Personen mit einem nahen Bauernhof besteht. Aktuell legt er nun– als Ergebnis seiner Lesereise mit dem neuen Buch „Kartoffeln und Computer, Märkte durch Gemeinschaften ersetzen“ – eine neue Broschüre vor:
Die „Kraft von Nachbarschaften und die Allmende“, wie die deutsche Übersetzung lauten könnte, liest sich als optimistisches Plädoyer für eine grundsätzliche Neustrukturierung der Gesellschaft: „Multifunktionale Nachbarschaften bieten einen idealen Rahmen für Selbstorganisation und erlauben es den Menschen, ihre vielfältigen Talente einzubringen. Das Leben kann vielfältiger, sicherer, freier, selbstbestimmter und schöner werden, ohne dass wir den Planeten und uns selbst zu Grunde richten.“

Dabei verzichtet der Autor, der ungewöhnlicherweise unter seinem bürgerlichen Namen schreibt, weitgehend auf komplexe ökonomische Zusammenhänge, sondern setzt bei der leicht nachvollziehbaren Organisation des Alltags von Nachbarschaften an. Wie das Titelbild verdeutlicht, soll eine Nachbarschaft unter dichten urbanen Bedingungen etwa so groß sein wie das Revier einer Katze und eine eigene Versorgung mit in der näheren Umgebung erzeugten Lebensmitteln gewährleisten. Neben einem großen Lebensmitteldepot, einer Großküche sowie Restaurants und Bars soll es beispielsweise auch Bibliothek, Reparaturservice, Wäscherei, Gästehaus, Bad, Geräteverleih und Kinderparadies geben.

Der Autor bleibt jedoch nicht bei den Beschreibungen des bereits gelebten Alltags stehen, sondern er führt auch zwei aktuelle gesellschaftliche Diskussionsstränge zusammen. Zum einen greift er verschiedene Alternativen zur Wachstumsgesellschaft auf und versteht seine Subsistenzperspektive als Kritik am Patriarchat, wobei es ihm unter anderem um eine neue und souveräne Haltung im Umgang mit Ernährung und Landwirtschaft geht. Im zweiten, „traditionellen marxistischen und ökonomischen“ Strang diskutiert er unterschiedliche Ansätze beispielsweise von Robert Kurz, Elinor Ostrom, Niko Paech und David Graeber und kommt zum Schluss, dass „das Verhältnis der Städte zu ihrem Umland und die Strukturierung der Städte selbst ein entscheidender Faktor bei der Umgestaltung unserer Gesellschaften“ sei.

Mit der vorliegenden Broschüre gelingt dem Autor – wieder einmal – der Spagat, die großen ökonomischen Zusammenhänge herzustellen und nichts weniger als die Abschaffung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen als notwendig vorauszusetzen sowie gleichzeitig alltagsnahe und damit nachvollziehbare Alternativen vorzustellen. Das Thema Nachbarschaft mit aktuellen Bezügen weiterhin aufzugreifen, bedeute für ihn „eine umfassende Markt-, Geld- und Eigentumskritik in ein machbares Projekt umzumünzen.“ Die Broschüre ist nicht nur leicht lesbar, sondern kann dank übersichtlicher Gliederung gut als Diskussionsgrundlage in interessierten Arbeitsgruppen dienen.

Peter Streiff

Hans E. Widmer, Verein Neustart Schweiz (Hrsg.): „The Power of Neighbourhood" und die Commons. April 2013, 48 S., Download (Creative Commons Lizenz «BY ND 3.0») unter www.neustartschweiz.ch
Bezug der gedruckten Fassung: kontakt@neustartschweiz.ch

Der unsichtbare Tropenhelm

Ja, Deutschland hat eine Kolonialgeschichte. Und ja, auch hierzulande sind die Köpfe durch jahrhundertealte rassistische Muster geprägt! Das macht die Ökonomin und Historikerin Friederike Habermann in ihrem kurzweilig geschriebenen Bändchen über den „unsichtbaren Tropenhelm“ deutlich und plädiert dafür, die damit verbundenen Überlegenheitsphantasien abzulegen.

Große Ausstellung zur Jugendbewegung in Nürnberg

Das Treffen der Jugendbewegung auf dem Hohen Meißner im Oktober 1913 war ein öffentlich sichtbares Zeichen, mit dem deutsche Jugendliche für Ideale eintraten. Die Wiederkehr dieses Ereignisses nimmt das Germanische Nationalmuseum zum Anlass für eine große Sonderausstellung. Sie wurde in Zusammenarbeit mit dem Archiv der deutschen Jugendbewegung erstellt.

Das Germanische Nationalmuseum hat sichtlich viel Geld und Platz für seine Sonderausstellungen. Beides tut der Ausstellung mehr als gut. „Aufbruch der Jugend. Deutsche Jugendbewegung zwischen Selbstbestimmung und Verführung“ ist chronologisch aufgebaut und reicht im behandelten Zeitraum bis zur Mitte der 1960er Jahre. Sie enthält eine Vielzahl von Objekten und Dokumenten, grundsätzlich ist sie sehr klar und anschaulich gestaltet. Thematisch umreißt die sehr detaillierte Ausstellung die Gründung und Ausbreitung des Wandervogels, und die Wechselwirkungen der jugendbewegten Gedanken mit anderen Strukturen oder Milieus, sei es die Pfadfinderei, das Militär oder der Nationalsozialismus. Die internen Debatten werden ebenso thematisiert, wie die schon 1920 begonnene Planung für den Um- und Aufbau der bis heute existierenden Burg Ludwigstein „die Burg der Jugendbewegung“ in Nordhessen. Rare Filmaufnahmen vermitteln den Geist der für viele prägenden „Fahrt“. Den ersten Weltkrieg sehen viele Jugendbewegte und Wandervögel als Pflicht und Abenteuer an. Der Nationalsozialismus knüpft dann an viele Praxen der Jugendbewegung an und fördert z.B. das Jugendherbergswesen massiv.

Die Jugend,- und damit zusammenhängend die Lebensreformbewegung wird mit ihrer Innerlichkeit, ihrer

▲ **Else Vogel beim Musizieren mit Wandervögeln, um 1920**
Foto: Almut Reichenbecher, Leonberg (@ GNM)

Modernitätskritik, ihrem Aufbruchswillen, ihrer Gesellschaftskritik wie auch ihrem antidemokratischen Elitismus den BesucherInnen gut nähergebracht. Vieles wirkt aus heutiger Sicht skurril. Es sollte aber klar sein, dass die Jugendbewegung in einem Deutschland entstand und agierte, das zwar einzelne Modernisierungsschritte tat, aber von einem hierarchisch-patriarchalen Denken und nicht zuletzt sehr stark von seinem Untertanengeist und vom Militär geprägt war.
Die proletarische oder sozialistische Jugendbewegung kommt in der Ausstellung allerdings kaum vor. Nach 1945 kann die Jugendbewegung keine stilbildende Kraft mehr entfalten. Die 1946 gegründete Freie Deutsche Jugend, der eine eigene Station gewidmet ist, übernimmt einzelne Elemente. Zu einem Revival jugendbewegter Praxen kommt es ab Anfang der 1960er Jahre, als die sogenannten „Gammler“ die Innenstädte bevölkern und sich ab 1964 auf der Burg Waldeck im Hunsrück die deutschsprachige Folk- und Chanson-Szene bis 1969 zu alljährlichen Festivals trifft.
Wer sich über die Jugendbewegung, mit all ihren Widersprüchlichkeiten informieren will, dem und der sei der Besuch ausdrücklich empfohlen. Die Ausstellung ist noch bis 19. Januar 2014 zu sehen.

Bernd Hüttner

Germanisches Nationalmuseum, Kartäusergasse 1, 90402 Nürnberg, 600 Meter vom Hauptbahnhof

die Friederike Habermann den Finger legt, erstaunt sein“, heißt es in der Verlagsankündigung. Exakt – außerdem aber auch oft amüsiert und nicht selten schockiert.

Amüsiert etwa über dumpfbackige Äußerungen des hoch geachteten Philosophen der Aufklärung Immanuel Kant wie: „Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race der Weißen.“ Schockiert zu erfahren, dass in der Kolonie „Deutsch-Südwest“ Auspeitschungen der Ur-Einwohner durch die deutschen Kolonialherren an der Tagesordnung waren, „mit Vorliebe quer über das Gesicht“. Und unangenehm berührt von Habermanns kühlem Hinweis darauf, dass wir es hinnehmen, dass heute alltäglich 100 000 Menschen verhungern – ganz ohne Nilpferdpeitsche.

„Da die Menschen alle aus Afrika kamen, haben wir alle einen migrantischen Hintergrund“, erinnert uns die Autorin. „Alle späteren Versuche, Grenzlinien zwischen Menschen zu ziehen – sei es aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion oder was auch immer, dienen vor allem einem: Klar zu machen, wer dazu gehört und wer nicht. Und damit letztlich: Wer an bestimmten Privilegien teilhat und wer nicht.“

So wird präzise auf den Punkt gebracht, was den Kern von Rassismus, Sexismus, Islamophobie, Antiziganismus und anderen Ausschlussmethoden ausmacht. Das „Othering“ nämlich, der Begriff stammt von Gayarti Chakravarty Spivak, die es als Charakteristikum postkolonialen Verhaltens beschrieb, das „Zum-Fremden-Stempeln“ wird in mehr oder weniger subtilen Formen auch hierzulande meist unbewusst, dennoch gnadenlos betrieben. Vor allem von den weißen Zeitgenoss_innen, denen es nützt.

Der historische Widerspruch zwischen der Proklamierung der Menschenrechte auf der einen Seite und dem Kolonialsystem und der Sklaverei auf der anderen Seite, den Habermann darstellt, erinnert unangenehm an zeitgenössische Kriege im Namen von Menschenrechten und darauf folgende Flüchtlings“ströme“, die dazu dienen, Illegalisierte in den reichen Industriestaaten auszubeuten.
Die Leser_innen erfahren, wie die Differenz der Hautfarben und darauf basierend die Wertigkeit von Menschen konstruiert wurde – in aufsteigender Linie von den „niederen“ Afrikanern bis zu den Europäern „direkt unter den Engeln“.
Kapitelüberschriften wie „Ist Rassismus von gestern?“ „Die Bürde des weis(s) en Besserwessis“, „Freiheit, Gleichheit, Ausschluss“, „Die Erfindung des 'Hungernden' im 18.Jahrhundert“, „Wie wir uns selbst kolonialisieren“ “Sex, 'Race' und der Homo oeconomicus“ umreißen die Bandbreite der kompakten, fakten- und gedankenreichen Darstellung.

Ariane Dettloff

Friederike Habermann: Der unsichtbare Tropenhelm. Wie koloniales Denken noch immer unsere Köpfe beherrscht. Drachen Verlag, Klein Jasedow 2013, 112 Seiten, 10 EUR

Der Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen verpflichtet

Es ist unerlässlich, dass es noch Zeitschriften gibt, die stellen die „Mitteilungen des Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ entsprechend ihrem unverwechselbaren Profil vor allem deutsche und ausländische Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung vor und präsentieren unbekannte oder kaum bekannte Quellen, neue Bestandsübersichten und Findmitteln, Dissertationsprojekte, Konferenzberichte, Autorreferate, Ausstellungen und Buchbesprechungen.

In der vorliegenden Nummer wird über das Archiv und die Bibliothek der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Stiftung und die Homepage des Archivs der Berliner SPD sowie über aktuelle Publikationen des Bundesarchivs und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR informiert. In der Rubrik „Neue Zeitdokumente“ erblickt der letzte Brief von Irene Giersch vom 10. Februar 1965 an den DDR-Oppositionellen Dr. Wolfgang Harich erstmals das Licht der Öffentlichkeit. Die Verfasserin begründet in ihm das Ende der „weißen Ehe“ mit Harich, den sie 1957 im Untersuchungsgefängnis geheiratet hatte. Der Geschichtsprofessor Siegfried Prokop leitet dieses Dokument - wie auch die Tagebuchauszüge Viktor Klemperers zum „17. Juni 1953“ - ein. Aus Platzgründen kann hier noch auf einen Konferenzbericht „Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1863 und ihre Bedeutung für die Linke“, die Dissertationsvorstellung A. Ambergers über marxistische Post-Wachstumsutopien der DDR-Opposition und das Referat von St. Heinz „Metallarbeiter im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ verwiesen werden.

Rainer Holze

Mitteilungen des Förderkreises und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 44, September 2013, 56 S. Zu beziehen für 3 Euro (einschl. Porto) über die Anschrift des Förderkreises: Finckensteinallee 63, 12205 Berlin.

Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument

Nachdem Thomas Wagner 2011 einen kritischen Blick auf Risiken und Nebenwirkung direkter Demokratie geworfen hatte (siehe Rezension „Demokratie als Mogelpackung“ in CONTRASTE Nr. 332, Mai 2012) beschäftigt er sich hier mit dem Trend zur Partizipation. Seine These: „Die Bundesrepublik verwandelt sich in eine Mitmachrepublik, die hinter einer Beteiligungsfassade nicht mehr, sondern deutlich weniger Demokratie in sich birgt.“

Er beschreibt, wie Unternehmen KundInnen dazu bringen, zum Wertschöpfungsprozess beizutragen, und damit zu „Prosumenten“ zu werden. Anhand des BMW Guggenheim Lab 2012 in Berlin zeigt er, wie dies selbst ernannte „temporäre Forschungslabor“ und „innovative Forum der Bürgerbeteiligung“ kreative Potentiale abschöpft und für Konzerninteressen vereinnahmt. Dieser „neue Geist des Kapitalismus“ (Luc Boltanski, Ève Chiapello) findet sich in der „digitalen Bohème“ oder „kreativen Klasse“, die von WissenschaftlerInnen wie Adrienne Goehler, Richard Florida und anderen hochgelobt werden. Die Kehrseite dieser Freiheit und Selbstverwirklichung in kooperativen Netzwerken ist die Entgrenzung und Prekarisierung von Arbeit unter dem Druck der Selbstvermarktung. Kampagnen wie „Deine Stimme gegen Armut“ suggerieren politisches Engagement. Viele KünstlerInnen beteiligten sich an „Art Goes Heiligendamm. Art Goes Public“ und „bildeten eine Art ästhetische Pufferzone zwischen Regierungschefs und protestierendem Volk.“
Mit neuen Beteiligungsformen, zum Beispiel Bürgerdialogen und Mediationsverfahren, wird versucht, KritikerInnen einzubinden. Soziale Konflikte werden nicht mehr entlang unterschiedlicher Interessen ausgetragen, sondern durch gemeinsame Gestaltung und Einigung befriedet, wie zum Beispiel im Fall von Stuttgart 21. Umstrittene Großprojekte sind ohne Bürgerbeteiligung kaum noch umsetzbar. Beim Community Organizing wird die Zusammenarbeit engagierter BürgerInnen auf Nebenschauplätze gelenkt. Statt kollektiver Interessenvertretung in Parteien, Gewerkschaften etc. sitzen Einzelne zusammen und versuchen gesellschaftliche Probleme im Sinne des Gemeinwohls zu lösen, ohne die Machtfrage zu stellen. Mit Bürgerhaushalte wird Akzeptanz für die Kürzung öffentlicher Ausgaben geschaffen.

Alle politischen Parteien und ihre Stiftungen unterstützen diese Aktivierungen der Zivilgesellschaft, die ideologische Speerspitze ist jedoch die Bertelsmann Stiftung, die „marktwirtschaftliche Wettbewerbsprinzipien auf den gesamten politischen Bereich“ ausdehnt, indem sie zum Beispiel 2011 einen Preis für die „Vitalisierung der Demokratie durch Partizipation“ auslobte. Selbst als fortschrittlich geltende Wissenschaftler wie Roland Roth oder Carsten Herzberg arbeiten mit der Stiftung zusammen und legitimieren sie damit auch in alternativen Kreisen.

Thomas Wagners Beweisaufnahme erbringt klare Urteile. An manchen Stellen hätte ich mir gewünscht, dass er die Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen dieser gesellschaftlichen Selbstorganisierungsansätze stärker ausleuchtet. Der Autor räumt ein, dass es in Einzelfällen sinnvoll sein kann, Beteiligungsverfahren „zum Zwecke der Aufklärung und Gegenmobilisierung“ zu nutzen. Jedoch dürfe die Demokratisierung nicht vor der Ökonomie und den Eigentumsverhältnissen halt machen. Offen bleibt die Frage, wie echte demokratische Alternativen konkret aussehen könnten. Denn keine Partizipation ist auch keine Lösung – aber das ist nicht das Thema dieses empfehlenswerten Buches.

Elisabeth Voß

Thomas Wagner: Die Mitmachfalle – Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. PapyRossa Verlag, Köln 2013, 163 Seiten, 12,90 EUR

Milchbauern und ihre Wirtschaftsstile

Mit diesem Buch gibt Dr. Karin Jürgens einen geschichtlichen Überblick, welchen Einfluss die wissenschaftliche und insbesondere agrarsoziologische Betrachtung der Milchviehbetriebe auf die Ausrichtung der Agrar- und Förderpolitik und somit die Bauernhöfe genommen hat. Die Agrarsoziologin, die maßgeblich an der Anfang des Jahres veröffentlichten Milchkostenstudie in Zusammenarbeit mit dem Milch Board beteiligt war, zeigt deutlich, wie sich die Anforderungen und Vorstellungen zur Milchviehhaltung im Laufe der Zeit verändert haben – dass die Realität auf den Betrieben jedoch immer schon vielgestaltig aussah. Im zweiten Teil des Buches werden an Hand ausgewerteter Interviews neun Milchviehbetriebe aus den neuen Bundesländern vorgestellt, die ganz unterschiedliche Entwicklungen auf Grund verschiedener Entscheidungskriterien und persönlichen Hintergründen gemacht haben und somit einen Teil der vielfältigen Wirtschaftsstile abbilden: Wirtschaften im Plus mit Vielfalt, Intensivierung und Spezialisierung, neue Vielseitigkeit, zusammenwachsen.

Christine Weißenberg,
Redakteurin der Unabhängigen Bauernstimme

Karin Jürgens, Milchbauern und ihre Wirtschaftsstile – Warum es mehr als einen Weg gibt, ein guter Milchbauer zu sein, Reihe „Agrarkultur im 21. Jahrhundert“, 211 Seiten, ISBN: 978-3-89518-953-1, Metropolis Verlag, Marburg 2013, 18,00 Euro

FLÜCHTLINGSPOLITIK AUS FEMINISTISCHER PERSPEKTIVE

women in exile

Flüchtlingsfrauen werden laut

Women in exile engagiert sich seit elf Jahren für die Rechte von Flüchtlingsfrauen. Die Gruppe prangert sexistische Verhaltensweisen und Strukturen an. Sie fordert: Frauen raus aus den Lagern. Bethi Murithi, eine der Initiatorinnen der Gruppe, spielt hierbei eine wichtige Rolle. Gemeinsam mit anderen Flüchtlingsfrauen sorgt sie dafür, dass eine feministische Perspektive auf Flüchtlingsthemen öffentlich sichtbar wird.

DIE FRAGEN FÜR CONTRASTE STELLTE ANTONIA GERLINDE SCHUI - REDAKTION BERLIN

▲ Bethi Muriti Foto: Monika Keiler

Du bist eine der Gründerinnen von women in exile. Wie ist die Gruppe entstanden?
Einigen Frauen der Flüchtlingsinitiative Brandenburg wurde bewusst, dass Frauen zweifach Oper sind. Ich war eine der Frauen, die an diesem Prozess beteiligt war. Wir wollten nun etwas speziell für Frauen tun. Davor hatten wir gemeinsam mit Männern für Flüchtlingsrechte gekämpft.

Wir positionierten uns gegen die Residenzpflicht, wir wollten, dass alle das Recht, sich frei zu bewegen, wahrnehmen können. Wir kämpften auch gegen die Unterbringung in den Lagern sowie gegen das Gutscheinsystem und diskriminierende Gesetze. Bei alldem wurde immer klarer, dass Frauen zusätzlich noch ganz andere Probleme haben. So sind sie beispielsweise in den Lagern von sexueller Belästigung betroffen. Auch männliche Flüchtlinge verhalten sich aufgrund ihres kulturellen Hintergrunds sexistisch. Am Anfang waren wir sieben Frauen aus Kamerun, Kenia und Kolumbien. Zunächst wollten wir innerhalb der gemischten Initiative als Frauengruppe arbeiten. Die Reaktion der Männer war aber nicht positiv, sie wollten, dass wir als Frauengruppe bleiben, die Richtung der Arbeit jedoch wollten sie vorgeben, auch unsere Entscheidungen sollten wir ihnen überlassen. Dazu haben wir nein gesagt und uns für eine unabhängige Organisierung entschieden.

Wie ist es weiter gegangen?
Wir haben begonnen, Empowerment-Seminare nur für uns zu organisieren. Es geht darum, Wissen, auch zu aufenthaltsrechtlichen Fragen, weiterzugeben und sich gegenseitig zu ermutigen. Die Frauen können miteinander lernen, sich für ihre Rechte zu engagieren und ihr Leben selbstbestimmter zu gestalten.

Wir vermitteln auch Kontakte zu Beratungsstellen und RechtsanwältInnen. Women in exile begann bald auch in Flüchtlingswohnheime zu fahren. Wir verteilen dort Informationsmaterial und die Broschüre über unsere Arbeit. So bauen wir Kontakte zu den Bewohnerinnen auf und unterstützen sie darin, gegen Ungerechtigkeiten und Diskriminierung vorzugehen. Auch indem wir ihnen beispielsweise helfen, Versammlungen der LagerbewohnerInnen durchzuführen.

Es ist uns sehr wichtig, genaue Informationen über die Situation in den Lagern zu sammeln, um politisch gegen die Missstände vorzugehen. Generell spielen aber auch soziale Aspekte eine wichtige Rolle. Wir organisieren gemeinsame Feste, unsere Weihnachtsfeiern sind bei den Frauen und Kindern sehr beliebt. Für die Frauen ist es sehr wichtig, andere in einer ähnlichen Situation zu treffen, und sich mit ihnen zu vernetzen.

Wie sieht eure aktuelle Arbeit aus, wo liegen eure Schwerpunkte?
Die Kampagne „Frauen raus aus den Lagern“ spielt eine wichtige Rolle, wir sind dabei sie auszudehnen. In der von Flüchtlingen besetzten ehemaligen Schule in Kreuzberg bieten wir in der Frauenetage einen Deutschkurs an. Wir führen seit kurzem auch Video-Workshops durch. Flüchtlingsfrauen können lernen, selbst einen Film zu machen, ihre Situation zu filmen und sie nach außen hin sichtbar zu machen. Wir wollen hiermit auch, jedoch nicht nur, junge Flüchtlingsfrauen ansprechen. Außerdem gibt es bald schon eine sehr positive Veränderung für uns. Nach so langer Zeit werden wir erstmals in eigenen Räumen arbeiten können. Wir bekommen einen Büroraum in Potsdam, die Organisation unserer Arbeit und auch die Durchführung der Kampagne werden hierdurch leichter.

Kannst du uns mehr über die Kampagne „Frauen raus aus den Lagern sagen? Wieso stellt ihr diese Forderung ins Zentrum?
Wir haben die Kampagne in der Gruppe „women in exile and friends“ vor knapp drei Jahren begonnen. Mit ihr wollen wir auf die Zustände in den Lagern hinweisen. Frauen (und auch Männer) sind in Brandenburg in abgelegenen Lagern untergebracht. Im Umfeld gibt es keine Infrastruktur, die Lager sind kaum oder gar nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Das ist, besonders für Frauen, ein Zumutung und nachts zudem auch gefährlich, dazu kommt die berechtigte Angst vor Nazi-Angriffen.

In den Lagern existiert keine Privatsphäre, meist sind mehrere Personen dazu gezwungen, sich ein Zimmer zu teilen, es fehlen zum Teil abgetrennte Duschräume und Toiletten für Frauen, unter diesen Bedingungen kommt es leicht zu Übergriffen. Auch das Personal missbraucht seine Machtposition, es ist nicht selbstverständlich, an den Türen der BewohnerInnen zu klopfen.

Besonders schwierig gestaltet sich die Situation für Kinder, sie leben in einem spannungsgeladenem Umfeld, das es den Erwachsenen sehr schwer macht, auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Lager sind keine Orte für Kinder.

In letzter Zeit haben sich die Bedingungen zunehmend verschlechtert, noch mehr Menschen werden in den Heimen untergebracht. Es gibt nicht ausreichend Platz. So wird es noch enger, die Stimmung noch gespannter. Wir hören, dass Frauen zunehmend angegriffen und belästigt werden.

Wie arbeitet die Kampagne „Frauen raus aus den Lagern“ konkret?
Die Kampagne startete mit einer großen und kraftvollen Demonstration zum 8. März 2011 in Potsdam . Im Sozialmnisterium übergaben wir Minister Baaske unser Memorandum „Frauen raus aus den Lagern“. Auch 2012 gingen wir zum Internationalen Frauentag in Potsdam auf die Straße. In diesem Jahr organisieren wir für den 25.11., dem Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen, eine Kundgebung vor dem Frauenministerium in Berlin Mitte.

Wir setzen mit unserer Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen an, formulieren unsere Forderung auch direkt gegenüber Politikern.

Am 8. März 2011, bei der Abgabe des Memorandums, gab es ein Gespräch mit dem Sozialminister. Herr Baaske hat sich in seinen verbalen Positionierungen hinter unsere Forderung gestellt. Leider leben Frauen in Brandenburg jedoch bis heute, unter nur wenig veränderten Bedingungen, in den Lagern. Wenn wir das anprangern, wird auf die Zuständigkeit der Landkreise bei der Unterbringung der Flüchtlinge verwiesen. Wir haben uns jetzt entschieden, die Kampagne auf eine bundesweite Ebene zu bringen. Auch in anderen Bundesländern sind Flüchtlingsfrauen in Lagern untergebracht. Die Gesetze müssen auch auf nationaler Ebene geändert werden.

Du bist die einzige der Gründungsfrauen von women in exile, die die Arbeit bis heute fortführt. Du gibst sehr viel Kraft und Zeit hinein. Was motiviert dich?
Ich habe all das was ich hier beschreibe auch selbst erlebt. Ich war Ende der 90er fünf Jahre lang mit meinen beiden kleinen Töchtern in einem Lager in Prenzlau. Ich möchte, dass es diejenigen, die nach mir kommen, besser haben. Eine Zeitlang hatten sich zumindest die Bedingungen in den Lagern etwas verbessert. Wie ich schon erwähnt habe, werden nun noch mehr Leute in den Lagern untergebracht, es gibt einen Rückschritt. Das bedeutet, dass wir nicht aufgeben dürfen, wir müssen weiter für unsere Forderungen kämpfen.

Was genau gibt dir die Energie für diese Arbeit?
Ich freue mich, wenn ich sehe, dass eine Frau, der ich helfe, ihren eigenen Weg findet. Oder wenn ich die Rückmeldung bekomme, dass ich sie an die richtigen Personen oder an eine passende Beratungsstelle verwiesen habe. Wenn den Frauen die Angebote des Empowerment helfen, wenn sie daraus Nutzen ziehen können, fühle ich mich in meiner Arbeit bestätigt. Wichtig sind auch die kleinen Erfolge auf der politischen Ebene. Durch die Arbeit der Kampagne kam es zu einer behördlichen Anweisung an die MitarbeiterInnen der Lager. Sie dürfen nicht mehr ohne zu klopfen in die Zimmer eintreten. Das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Deine beiden Töchter, sie sind jetzt erwachsene Frauen, haben als Kinder im Lager gelebt. Welche Auswirkungen hat diese Zeit für sie?
Unter den Bedingungen in den Lagern war es nicht einfach für sie, ein gutes Selbstwertgefühl zu entwickeln. In der Schule waren sie oft außen vor. Es gab keine engen Kontakte zu deutschen Kindern, da waren zu viele Vorurteile und Ablehnung von Seiten der deutschen Bevölkerung. Es ist auch nicht attraktiv, andere Kinder mit ins Lager zu bringen. Beide Mädchen waren vor allem mit Kindern aus Flüchtlingsfamilien befreundet.

Auch das Lernen für die Schule hat unter den Bedingungen im Lager gelitten. Einer meiner beiden Töchter fällt es bis heute eher schwer, Kontakt zu anderen aufzunehmen. Der Umgang der beiden jungen Frauen mit der Lagergeschichte ist jedoch unterschiedlich. Die andere Tochter ist eher eine Kämpferin geworden, so wie ich.

Mit welchen Gruppen arbeitet women in exile zusammen? Gibt es Solidarität?
Wichtig ist die Arbeit mit den friends. Die Gruppe „women in exile and friends“ trifft sich einmal im Monat in Berlin. Wie erwähnt wird auch die Kampagne „Frauen raus aus den Lagern“ zusammen geplant und durchgeführt. Darüber hinaus solidarisieren sich antirassistische Zusammenhänge mit uns. Wir sind auch oft zu Demos eingeladen und halten Redebeiträge, beispielsweise auf dem transgenialen CSD. Auch mit den gemischten Flüchtlingsgruppen sind wir vernetzt, zu unseren Demos sind auch Männer eingeladen, wenn auch nicht in die erste Reihe, diese bleibt den Flüchtlingsfrauen vorbehalten.

Wie können CONTRASTE-LeserInnen eure Arbeit unterstützen?
Wir suchen noch Übersetzerinnen, fast alle Sprachen sind gefragt, auch wären mehr Personen, die die Kampagne tragen, gut. Wir sind offen für neue friends.

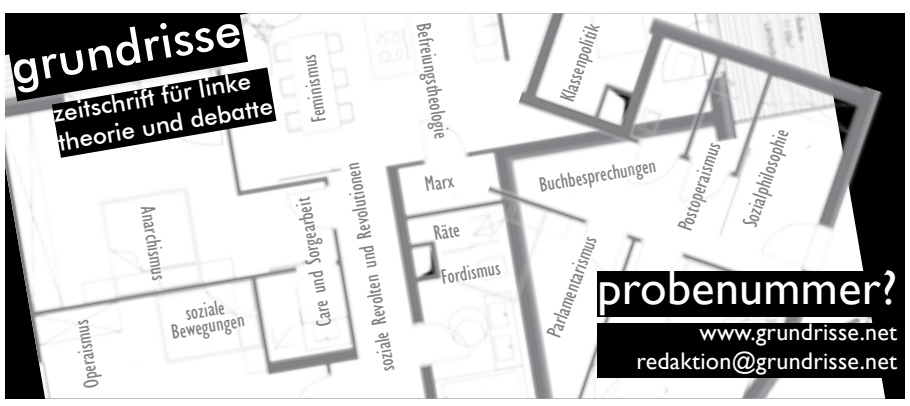
Uns fehlt auch Geld. Wenn wir die Tickets für die Flüchtlingsfrauen nicht finanzieren können, ist das das Ende unserer Arbeit. Und selbstverständlich sind auch alle LeserInnen zu unseren Kundgebungen und Aktionen eingeladen. Wir freuen uns auch über die Unterstützung unsere Online-Petition „Frauen raus aus den Lagern“.

Dir, Bethi, ganz herzlichen Dank für das Gespräch ●

Antonia Schui ist seit knapp drei Jahren eine der friends von women in exile. Sie bewundert den Mut der Flüchtlingsfrauen.

Mehr Informationen unter:
☞ *http://womeninexile.blogsport.de/*

ANZEIGEN



Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft - seit 1972 -

graswurzel revolution

GWR Nr. 384, Dez.: Oury Jalloh - Das war Mord!; Schwerpunkt: Anti-Rassismus; Prostitution zwischen Arbeit und Missbrauch; Kohle-Kraft; Anarchosyndikalist Albert Camus; „Wir waren Verrückte“. Projekt A, Jugend- und Protestbewegung in den 80ern; Nachruf auf Dieter Hildebrandt, ...

Probeheft kostenlos ; Abo: 30 Euro (10 Ex.)
Bestellformular & Infos zu den Aboprämien unter:
www.graswurzel.net/service/

DIE GRUPPE "LAMPEDUSA HAMBURG" FORDERT EIN AUFENTHALTS- UND ARBEITSRECHT IN DEUTSCHLAND

Wir sind hier, wir bleiben!

Die Flüchtlinge der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" wollen bleiben. Der Hamburger Senat lehnt das ab, obwohl er die rechtlichen Möglichkeiten hat, den Flüchtlingen der Gruppe einen Aufenthaltsstatus zu ermöglichen.

Foto: P.Kuehnemann

VON PIA KÜHNEMANN/REDAKTION HANNOVER ● Es ist Mittwoch, ca. 18 Uhr und schon vollständig dunkel. Die Kreuzung hinter dem Hamburger Hauptbahnhof ist von der Polizei abgesperrt. Bunte Lichter blinken, Autos warten, es ist neblig und kalt.

Dann ist Musik zu hören, Reggae kommt aus den Boxen des Lautsprecherwagens der sich nähernden Demonstration. Auf dem Fronttransparent stehen die Forderungen der Demonstrant_innen der Gruppe 'Lampedusa in Hamburg': „We are here to stay! Nous sommes là pour rester! Wir wollen bleiben! Krieg, Flucht, Entrechtung: Genug ist Genug! Aufenthalt nach §23!" Auf dem Lautsprecherwagen wird getanzt und gesungen, Menschen rufen Parolen. Die Polizei hält sich im Hintergrund, die Demonstration löst sich am Infozelt der Gruppe hinter dem Hamburger Hauptbahnhof angekommen nach und nach auf.

Diese Mittwochsdemonstrationen finden nun schon seit längerem wöchentlich statt. Mehrmals täglich gibt es außerdem spontane Demonstrationen, unangemeldet und laut. Seit der Anordnung durch den Senat der Stadt Hamburg, welche die Polizei dazu aufforderte, gezielt People of Colour nach ihren Papieren zu kontrollieren und gegebenenfalls festzunehmen, ist in Hamburg eine Protestkultur entstanden, die mittlerweile Rückhalt aus einer breit gefächerten Bewegung bekommt. Auf der größten Demonstration waren dem Spiegel zufolge 15 000 Menschen auf der Straße und demonstrierten für ein Bleiberecht und einen menschenwürdigen Umgang mit den Geflüchteten, die sich selbst als „Lampedusa in Hamburg" bezeichnen. Unterstützung bekommen sie von unterschiedlichsten Initiativen, wie den Ultras, einer Gruppe von Fußballfans vom FC Sankt Pauli, der evangelischen Kirche und von den unterschiedlichsten antirassistischen Initiativen.

In der Presseerklärung der Gruppe heißt es: „Wir sind alle aus verschiedenen Ländern, zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen existentiellen Gründen nach Lybien gegangen. Von dem Punkt an finden sich unsere Schicksale zusammen." Mit der Intervention der NATO in Lybien und der damit einhergehenden Eskalation mussten tausende von Menschen, traumatisiert von den Gräueln des Bürgerkrieges, Lybien verlassen und kamen in Booten nach Lampedusa, ihr vorheriges Leben zurücklassend. In Italien bekamen sie zunächst mit Unterstützung durch ein Notprogramm der EU ein Aufenthaltsrecht. 2012 forderte die italienische Regierung sie jedoch auf, das Land zu verlassen, die Unterstützung durch die EU war beendet. So kamen rund 300 Menschen nach Hamburg. Das war vor über sechs Monaten.

Konfrontiert mit den rassistischen Kontrollen der Polizei, die durch den Hamburger Senat angeordnet wurden, und mit der Kriminalisierung von Unterstützungsaktionen der Bevölkerung hat sich die Lage für die Menschen hier nun kaum verbessert. Anane Kofi Mark, ein Sprecher der Gruppe "Lampedusa in Hamburg", sagt: „In Deutschland und in der EU predigen sie Demokratie und Menschenrechte. Aber was hat die NATO getan? Sie haben Bomben auf Lybien geworfen und unschuldige Menschen getötet. Dort hatten wenigstens alle ein Dach über dem Kopf, egal ob sie Fremde waren, oder nicht. Und hier in Deutschland schlafen wir, die wir Opfer dieser Kriegspolitik der EU sind, nun seit sechs Monaten auf der Straße und sind rassistischen Kontrollen durch die Polizei ausgesetzt. Wir wollen wieder ein Leben haben! Wir wollen ein Dach über dem Kopf und das Recht zu arbeiten!"

Trotz unzähliger Solidaritätsaktionen haben die Flüchtlinge und ihre Unterstützer_innen beim Hamburger Senat bis jetzt auf Granit gebissen. Der Pressemitteilung der Gruppe zufolge wurde ihnen vom Senat mehrmals geraten Asylanträge zu stellen um für die Dauer des Antrages den Status der Duldung zu bekommen. Doch das wollen die meisten der Geflüchteten nicht. Der immense psychische Druck, der mit der ständigen Gefahr einer Abschiebung einhergeht, führte schon in mehreren Fällen in Deutschland zu Selbstmorden von Flüchtlingen. Der Gruppe „Lampedusa in Hamburg" geht es darum, nach dem §23 des Aufenthaltsgesetzes eine Aufenthaltsgewährung für die gesamte Gruppe zu erlangen. Nach diesem Paragraphen kann einer Gruppe aus humanitären oder völkerrechtlichen Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Dann müsste zwar immer noch jede_r einzeln eine Arbeitserlaubnis beantragen, doch die Menschen wären zumindest nicht mehr von einer Abschiebung bedroht.

Es gibt also rechtlich die Möglichkeit, den Menschen ihr Leben zurückzugeben. Doch der Hamburger Senat verschließt davor die Augen. „Wir möchten daran erinnern, dass Gesetze für Menschen gemacht werden und nicht umgekehrt", heißt es in der Presseerklärung der Gruppe ●

EIN PAAR BEISPIELE FÜR FLÜCHTLINGS-UNTERSTÜTZUNG

Solidarisch handeln – aber wie?

Es gibt unterschiedliche Ansätze von Solidarität mit Flüchtlingen und praktischer Unterstützung, verschiedene Auffassungen und Ratlosigkeiten. Welche Hilfe ist notwendig und erwünscht, und wo schlägt sie um in paternalistische Bevormundung? Und schaffen möglicherweise einzelne Modellprojekte die Illusion, es würde ja etwas getan, während die meisten Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen hausen müssen?

VON ELISABETH VOSS, REDAKTION BERLIN ● Nina Schmitz beschreibt vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in einem Flüchtlingsheim im Interview in diesem Schwerpunkt, dass ein verlässlicher organisatorischer Rahmen wichtig ist, auf dessen Basis Flüchtlinge dann ihren Alltag selbstbestimmt gestalten können.

Eine wichtige politische Forderung ist, dass Flüchtlinge das Recht auf einen geschützten privaten Bereich haben und in Wohnungen statt Lagern leben sollen. Doch auch wenn ihnen dies von den Ämtern zugestanden wird, sind sie am Wohnungsmarkt doppelt benachteiligt. So gibt es an vielen Orten immer weniger preiswerte Wohnungen, und diese werden eher nicht an Menschen ohne deutschen Pass vermietet.

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist ein lukratives Geschäft für gewinnorientierte Betreiber. Eine Unterkunft in Berlin-Grünau hat der Initiative Multitude untersagt, weiterhin ehrenamtlichen Deutschunterricht für Flüchtlinge anzubieten, nachdem diese Kritik an den Zuständen in dem Heim geäußert hatten. Hilfe ist erwünscht, so lange sie unpolitisch bleibt. Aber selbst Heimplätze fehlen mittlerweile. So hat der Berliner Flüchtlingsrat Anfang Oktober 2013 berichtet, dass neu ankommende Asylsuchende teilweise im Freien übernachten müssen, weil es den zuständigen Stellen nicht gelingt, ihnen geeignete Unterkünfte zur Verfügung zu stellen.Wäre es da nicht eine Überlegung wert, andere, solidarische Unterbringungsmöglichkeiten zu organisieren?

Seit dem Sommer 2013 leben etwa 80 Flüchtlinge in der Hamburger St.-Pauli-Kirche. Sie sind über Lampedusa nach Europa gekommen und nach der Dublin II-Verordnung droht ihnen, dorthin zurückgeschickt zu werden. Sie sind dankbar für die Unterstützung, verwahren sich aber gleichzeitig dagegen, dass die Kirchenleitung über ihre Köpfe hinweg mit dem Hamburger Senat über ihr Schicksal verhandelt.

In Augsburg hat im Oktober 2013 das Grand Hotel Cosmopolis eröffnet. Ein Verein hat ein ehemaliges Pflegeheim umgebaut zu einem Hotel, dessen Zimmer liebevoll von KünstlerInnen gestaltet wurden, es gibt Ateliers, ein Restaurant – und einen Flüchtlingswohnbereich für bis zu 56 Menschen. Das Projekt versteht sich als soziale Skulptur und sagt von sich: „Zum ersten Mal wird hier der Versuch gewagt, einer Asylbewerberunterkunft einen sozio-kulturellen Mehrwert zu geben." Ein engagiertes Projekt, das als Leuchtturm gehypt wird, und als Bundessieger 2013/14 aus dem Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen" hervorging. Die Auszeichnung übergaben Jürgen Fitschen, Co-Vorsitzender des Vorstands der Deutsche Bank, und Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Ebenfalls und doch ganz anders, wurde das Netzwerk Welcome2Europe (W2EU) geehrt: Es bekam im September 2013 den taz-Panterpreis. W2EU ist in Griechenland mit einem Infomobil unterwegs und berät Flüchtlinge in Fragen von Aufenthaltsrecht über Arbeitsmöglichkeiten bis zur Gesundheitsversorgung. Informationen stellen sie auch in einem mehrsprachigen Internetportal zur Verfügung. Mit politischer Arbeit und praktischer Solidarität streben die AktivistInnen ein europaweites Unterstützungsnetzwerk an, zur Abschaffung der Illegalität und damit das Töten an Europas Grenzen endlich aufhört. Bei der Panter-Preisverleihung stellten sie ihr Vorbild vor: Die „Underground Railroad", ein solidarisches Netzwerk, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den USA etwa 100.000 SklavInnen zur Flucht verhalf.

Auf der griechischen Insel Lesbos konnte durch internationale Solidarität, unter anderem durch das NoBorder-Camp 2009, die Schließung des vollkommen überfüllten Abschiebegefängnisses Pangani erreicht werden. W2EU hat gemeinsam mit NGOs und Nachbarschaftsinitiativen in Mytilene das Willkommenszentrum Pikpa aufgebaut, als Teil von „The Village of All Together", das ursprünglich für verarmte griechische Familien gedacht war und sich nun auch für Flüchtlinge geöffnet hat: „Unsere ersten Aktionen betrafen medizinische Unterstützung, Lebensmittelversorgung, Flüchtlingsunterstützung, Unterricht, Umweltschutz, den Austausch von Gütern und Leistungen nach Art einer alternativen Ökonomie, Selbstorganisation." (www.lesvos.w2eu.net, Übers. E. Voß)

Das kleine Dorf Riace, in Süditalien am Meer, nimmt Flüchtlinge mit offenen Armen auf, lädt sie ein zu bleiben und integriert sie in die Dorfgemeinschaft. Sie bekommen eine Unterkunft, Geld für ihren Lebensunterhalt und ihnen wird Arbeit oder Ausbildung angeboten. Seitdem konnte der Bevölkerungsschwund in dem Fischerdorf aufgehalten werden, die Hilfe hilft auch den Helfenden (Matthias Fersterer berichtete darüber in Oya Nr. 04/2010, CONTRASTE druckte den Beitrag „Riace, das Dorf der Flüchtlinge - Hort der Ankunft" in Ausgabe 314 im November 2010 nach).

Wer vielleicht selbst keine Möglichkeit hat, sich solidarisch zu engagieren, kann wenigstens Geld spenden, zum Beispiel an die Bewegungsstiftung zur Unterstützung von VollzeitaktivistInnen. Das Konzept der Stiftung und ihrer BewegungsarbeiterInnen wurde in CONTRASTE kontrovers diskutiert (Schwerpunktthema in Nr. 299, Oktober 2003 und LeserInnenbriefe in Nr. 230). In der Unterstützung von Flüchtlingen engagieren sich schon länger die Bewegungsarbeiter Hagen Kopp und Bruno Watara (siehe CONTRASTE 313, Oktober 2010), nun ist auch Rex Osa von der Flüchtlingsinitiative The Voice hinzu gekommen. Er ist 2005 aus Nigeria nach Deutschland geflüchtet und engagiert sich europaweit für die Selbstorganisation von Flüchtlingen.

Aber nicht alle Flüchtlinge können oder wollen für ihre Rechte kämpfen. Neben den AktivistInnen, die in Camps und bei Aktionen sichtbar werden, leben viele im Verborgenen in Lagern, vor allem Frauen und Kinder, Ältere, Traumatisierte und Erkrankte. Illegalisierte versuchen irgendwo und irgendwie über die Runden zu kommen. Angesichts des großen und wachsenden Unterstützungsbedarfs sind daher die Selbstorganisierungsfähigkeiten derjenigen mit deutschem Pass für andere, weniger privilegierte, in besonderem Maße gefragt ●

VOM PRIVILEG GEMEINSAM MIT FLÜCHTLINGSFRAUEN ZU ARBEITEN

International Women Space feiert den 1.Geburtstag

Ich werde nicht vergessen, wie im Plenum des Flüchtlingsprotestcamps am Oranienplatz eine mir unbekannte Frau ihre Hand hob und sagte: Wir nehmen uns eine Etage in der besetzten Schule und schaffen Räume nur für Flüchtlingsfrauen.

Ein Mann im Plenum hob seine Hand und sagte: Das müssen wir diskutieren, weil wir nicht sicher sind, ob wir so etwas brauchen. Die Frau erwiderte: Wir fragen nicht nach diesen Räumen, wir sagen an, dass wir die Etage besetzen werden. Das ist eine Bekanntmachung.

▲ Workshop zu juristischen Fragen im International Women Space Foto: Lica Stein

VON DENISE GARCIA BERGT, BERLIN ● Ich lächelte als ob ich schon lang auf diesen Moment gewartet hatte. Ein Gefühl der Überraschung überkam mich und ich entschied, bei der neu gegründeten Gruppe mitzumachen. Ein Frauenplenum war für den nächsten Samstag geplant. So versammelten wir, Frauen mit verschiedenen Hintergründen, Hautfarben, Pässen, Erfahrungen und Alterszugehörigkeiten, uns in einer Gruppe von mehr als dreißig Personen in einem leeren Zimmer der ehemaligen Gerhart Hauptmann-Schule. Solch eine große und vielfältige Gruppe verhieß einen vielversprechenden Start. Bis dahin hatte ich politisch nie in einer so gemischten Gruppe gearbeitet.

Meine vorhergehenden Erfahrungen waren mit Frauen in den Favelas, den Slums von Südamerika. Als Journalistin verbrachte ich mehr als ein Jahr damit, Musikerinnnen in einem gebrandmarkten und isolierten Viertel in Rio de Janeiro in Brasilien zu filmen. Daraus wurde der Dokumentarfilm „ I am Ugly but Trendy“ Der Titel greift interne Witze in den Favelas auf und zeigt satirisch die verzerrte Sicht der brasilianischen Mittel- und Oberschicht. „Ugly“ spielt darauf an, dass die Frauen als wenig attraktiv, unerzogen und unfähig zu jeglicher Art der „Hoch“kultur oder jeglicher Kunst galten. „Trendy“ weist darauf hin, dass sich, ungeachtet der Vorurteile und des Rassismus der oberen Schichten, ein Trend formte, Lieder der Frauen zu hören, und sie heimlich auch zu genießen. Nachdem ich den den Film abgeschlossen hatte, reiste ich quer durch Brasilien um ihn zu zeigen. Bald erhielt ich auch Einladungen nach Europa. So kam ich zum ersten Mal nach Deutschland, um auch hier meine Dokumentation über die Frauen, die Brasilien gern in den Favelas verstecken würde, zu zeigen.

Als ich mich entschied, in Deutschland zu bleiben war mein erster Gedanke, einen Film über Feminismus in Deutschland zu machen. Ich wollte mehr über die Geschichte der Frauenbewegung erfahren, doch reichten meine Sprachkenntnisse nicht für die nötigen Interviews. So dachte ich darüber nach, mit Frauen mit Migrationshintergrund zu arbeiten und das stellte mich vor eine weitere Herausforderung. Auf manche der am stärksten stigmatisierten Gruppen werden Vorurteile gegenüber dem Islam projiziert, hierüber wusste ich nur sehr wenig.

Ein Freund wies mich darauf hin, dass ich, wenn ich die Situation der Flüchtlinge in Deutschland genauer betrachte, Gemeinsamkeiten mit Brasilen finden würde, besonders mit der Lage der schwarzen BewohnerInnen, die gezwungen werden, in den Favelas zu leben. Dieser Freund vermittelte mir auch eine Vorstellung von der sogenannten Residenzpflicht. Als ich verstanden hatte, was das bedeutet und gegen wen es sich richtet, wurden auch die Gemeinsamkeiten mit den Favelas erkennbar.

In beiden Fällen werden Menschen mit einer bestimmten Hautfarbe oder Kultur von der Zivilgesellschaft ausgegrenzt, um sie zu kontrollieren. In Brasilien leben sie in Favelas oder überleben in Gefängnissen. Hier im Lager oder in Abschiebeknästen. Kurz, sie werden gezwungen wie potentielle Kriminelle zu leben. 2007 begann ich meine Recherchen zur Situation von Menschen mit Flüchtlingsstatus. Wie in meinem vorherigen Film wollte ich die Gesellschaft nicht aus einer Opferperspektive heraus porträtieren. Mein Gedanke zur Opferperspektive ist, dass auch diejenigen die ausgrenzen Opfer sind, vor allem aufgrund ihrer eigenen Ignoranz, ihrer Vorurteile und ihres Rassismus.

Die Menschen, die hierunter leiden sind diejenigen, die erklären können was vor sich geht und wie alternativ eine fortschrittlichere und menschlichere Gesellschaft entstehen kann. Ich war glücklich, zwei Gruppen zu finden, die schon seit mehr als einem Jahrzehnt für die Rechte der Flüchtlinge in Deutschland kämpften. The Voice Refugee und die Karawane.

Ich habe ihre Arbeit zwei Jahre lang begleitet und während eines weiteren Jahres das Material editiert, das sie mir in Interviews und Gesprächen großzügig gegeben hatten. Das Ergebnis war mein Dokumentarfilm „Residenzpflicht“.

Dennoch vermisste ich es, nur mit Frauen zusammen zu arbeiten, so kam mein Engagement in der Frauenetage so natürlich zustande. Ich suchte danach. Im Dezember feiert die Frauenetage, The International Womens Space, ihren ersten Geburtstag. Ein Jahr in dem wir viele Herausforderungen bewältigt haben. Wie in jeder anderen Gruppe standen am Anfang die praktischen Fragen:

Welchen Namen sollen wir uns geben?

Wie arbeiten wir?

Was ist unser Hauptzweck?

Wie können wir uns finanzieren und welche Aktivitäten werden wir entwickeln?

Welche Aktionen planen wir und bei welchen wollen wir dabei sein?

Werden die Männer, die in der Schule leben, unsere Räume akzeptieren?

Die Frage, ob der Sexismus all unsere Energie aufsaugen würde, war hiermit entscheidend verknüpft. Wir wussten, dass wir nur eine kleine Fläche in einem großen, mehrheitlich von Männern bewohntem, Gebäude besetzen. Wir dachten an Schlösser und Symbole an der Eingangstür und an alle möglichen anderen Wege, um Männern zu vermitteln, dass sie die Frauenräume nicht betreten dürfen.

> „ In Brasilien leben sie in Favelas (…) Hier im Lager oder in Abschiebeknästen. Kurz, sie werden gezwungen wie potentielle Kriminelle zu leben. “

Wir verschlossen die Tür, doch funktionierte es nicht. Frauen beschwerten sich. Wie viele Schlösser sollten wir an wen verteilen? Die Frauen wollen das Gefühl haben, zu jeder Zeit frei kommen und gehen zu können, so wie sie es sich wünschen. Schlüssel und Schlösser schienen das Problem nicht zu lösen. Die Eingangstür blieb zu, aber nicht verschlossen und zu unserer Überraschung begannen Männer, es allmählich zu verstehen und zu respektieren. Parallel fragten wir uns, wie wir unsere Solidarität stark halten können, zumal klar wurde, dass unsere unterschiedlichen Hintergründe zu verschiedenen Ansichten zu wichtigen Themen führten: Feminismus, Privilegierung, Rassismus, Sexismus, Unterdrückung, Klassenkampf, Kapitalismus, koloniale Ungerechtigkeit. Das Leben hat uns unterschiedliches gelehrt und wir haben eigene Pfade genommen, bevor wir uns trafen.

Also war eine erste Herausforderung, die Partizipation der einzelnen Frauen in der Gruppe ausgewogen gestalten. Wer konnte über was und wann angemessen sprechen? Zum Beispiel habe ich beobachtet, wie in manchen europäischen Gruppen und Diskussionen und schließlich auch in unserer Gruppe die Theorie der Privilegierung auftauchte.

Ich fühlte mich immer unwohl, wenn jemand sagte, auch aus bester Absicht heraus: Ich fühle mich privilegiert, weil ich einen westlichen Pass besitze, reisen kann, meine Stimme hier und da auch gehört wird, weil ich weiß bin...Irgendwie klingt es für mich einfach nicht richtig. Ich ziehe es vor, mit dem Wort Privileg meine Gefühle zu beschreiben, wenn ich mit Flüchtlingsfrauen zusammenarbeite, die mutig fast alles hinter sich gelassen haben, um für ihre Rechte, nicht für ihre Privilegien, zu kämpfen, um sich frei zu bewegen, sich selbst zu ermächtigen und frei entscheiden zu können, wo und wie sie leben wollen. Das steht im Widerspruch zur Theorie der Privilegierung, der Annahme, dass einige wenige mit ihrer Geburt bevorzugt wurden. In dieser Sicht sind sowohl Privileg als auch Unterdrückt-Sein der Existenz innewohnend. Dem widerspreche ich und vertraue auf die Macht von Lernprozessen durch den gemeinsamen Kampf um Unrecht zu beseitigen.

▲ International Women Space Aktivistinnen bei politischen Aktionen Foto: Lica Stein

> „ (…) ich vertraue auf die Macht von Lernprozessen durch den gemeinsamen Kampf, um Unrecht zu beseitigen. “

Das sind einige der Aufgaben, die wir uns gegeben haben, um unsere Solidarität zu stärken, sodass die Strategie des Systems „Teile und Herrsche“ gebrochen werden kann. Inmitten all dieser Aufgaben ist eines essentiell: sich in der Gruppe untereinander und mit den anderen BewohnerInnen des Hauses zu verstehen. Wie die Frauenetage hat auch die Schule keine Schlösser, wir arbeiten und kämpfen zusammen, sodass Menschen von einem grundlegenden Menschenrecht Gebrauch machen können, der Bewegungsfreiheit ●

Übersetzung aus dem Englischen Antonia Schui

ANZEIGEN

ENTLASSEN WEGEN POSITIVER EINSTELLUNG ZU FLÜCHTLINGEN

Selbstorganisation in einer Flüchtlingseinrichtung?

Im Februar 2013 öffnete im brandenburgischen Luckenwalde eine zweite Flüchtlingsunterkunft. Deren Leiterin Nina Schmitz führte die Einrichtung gemeinsam mit den BewohnerInnen in weitgehender Selbstorganisation. Nach wenigen Monaten wurde sie von ihrem Arbeitgeber, dem Landkreis Teltow-Fläming, entlassen. Begründung: Ihre „Einstellung zu Gunsten der Flüchtlinge". Elisabeth Voß, Redaktion Berlin interviewte Nina Schmitz zu ihren Erfahrungen.

CONTRASTE: Wenn ich es richtig verstanden habe, hast Du die Einrichtung in Luckenwalde gegründet?

Nina Schmitz: Die Verwaltung des Landkreises Teltow-Fläming hat die materielle Vorbereitung und Organisation bis zu meinem Arbeitsbeginn durchgeführt. Dafür hatten sie zweieinhalb Monate Zeit. Danach wurden alle materiellen Anliegen mit mir abgesprochen bzw. Wünsche meinerseits mit dem Landkreis besprochen und in den meisten Fällen – so es das Budget hergab – auch umgesetzt. Für die Vorbereitungen hatte ich eineinhalb Wochen Zeit. Zwei Monate lang war ich alleine für den gesamten inhaltlichen Aufbau und die Organisation – also vom Büro bis zur Konfliktmoderation – zuständig. In praktischen Dingen wurde ich unterstützt von einem Hausmeister, und es gab noch den Wachschutz. Die Männer waren wunderbar. Sie haben das Haus nicht bewacht, sondern die Flüchtlinge beschützt.

Seit wann wurden dort Flüchtlinge untergebracht, wie viele Personen haben dort (zu Deiner Zeit) gelebt, und aus welchen Ländern kamen sie?

Am 18.02.2013 kamen 42 Frauen, Männer und Kinder. Sie kamen ursprünglich alle aus Tschetschenien.

Und wie habt Ihr damit begonnen, das Zusammenleben gemeinsam zu gestalten?

Am ersten Tag haben wir für die BewohnerInnen zur Ankunft eine große Suppe gekocht. Wir wollten alle zusammen essen. Allerdings sagten die BewohnerInnen sofort, dass Männer und Frauen immer getrennt essen, was sie dann auch taten. Der Grund, den sie nannten war der, dass sie es aus ihrem Heimatland so gewohnt sind.

Nach meinen Erfahrungen halten sich Menschen, die von einem Land ins andere ziehen, vorerst oftmals an ihren gesellschaftlichen, kulturellen und/oder religiösen Regeln fest, insbesondere wenn sie ihr Land verlassen müssen. Die Intensität des Festhaltens an ihren Regeln steigt mit dem Leidensdruck, aus dem heraus sie ihr Land verlassen mussten. Da es sich hier um einen Schutzmechanismus handelt, ist es für mich selbstverständlich, dieses Bedürfnis respektvoll anzuerkennen. Diese Grundhaltung ist Voraussetzung für eine gänzlich freie Entscheidung der BewohnerInnen, dann auch neue Erfahrungen machen zu können.

Mit dieser Haltung der Achtsamkeit bin ich selbstverständlich auf ihren Wunsch eingegangen, habe ihnen allerdings gleichzeitig erklärt, dass hier in Deutschland Plena meistens gemeinsam durchgeführt werden. Als ich nach fünf Tagen auf sie zukam, um mit ihnen durchzusprechen, wie wir das praktisch umsetzen – zwei getrennte Sitzungen, wie werden unterschiedliche Ergebnisse zu einem Konsens zusammengeführt etc. – haben sie mir lächelnd mitgeteilt, dass wir das Plenum gemeinsam gestalten. Am Anfang saßen die Frauen bei ihren Männern.

An dieser Stelle möchte ich noch darauf aufmerksam machen, dass in der Arbeit mit traumatisierten Menschen Achtsamkeit im Umgang ganz wesentlich ist, damit sie im gegenwärtigen Augenblick ankommen können, ohne bewertet zu werden. Diese Grundhaltung ist auch hilfreich, damit sie einen Umgang mit schwierigen Gefühlen wie zum Beispiel Angst, Wut und Trauer finden können.

Wie selbstorganisierungsfähig sind denn traumatisierte Flüchtlinge?

Ich möchte das nicht pauschalisieren. Ich kann aber wohl berichten, welche Erfahrungen ich mit den BewohnerInnen vor Ort gemacht habe.

Die Menschen, die ich erlebt habe, hatten sehr traumatisierende Erlebnisse. Meiner Wahrnehmung nach hat das Plenum und die dahinter stehende Haltung den BewohnerInnen gerade gut getan. Erstens gab es – neben dem Deutschunterricht für Erwachsene – einen weiteren regelmäßigen Termin. Und Struktur ist in Krisenzeiten sehr hilfreich. Zweitens haben die BewohnerInnen bereits im ersten Plenum und im Konsens, die Verantwortung für ihre Wohnungen und in der Folge auch für das Haus übernommen. Da die Übernahme von Verantwortung eine vorwiegend stärkende Komponente hat, halte ich Selbstorganisation für elementar wichtig, gerade bei traumatisierten Menschen. Die dritte Auswirkung, die deutlich zu spüren war: Die BewohnerInnen haben sich füreinander eingesetzt. Gelebte Solidarität ist ebenso stärkend.

Des Weiteren leben die Flüchtlinge in einer derart existentiell fremdbestimmten Situation (Asylverfahren), dass es notwendig ist, möglichst selbstbestimmt leben zu können.

Gab es auch Überforderungen von BewohnerInnen durch die Erfordernisse der Selbstorganisation? Und falls ja – wie seid Ihr damit umgegangen?

Es sind nicht zu jedem Termin alle Leute erschienen. Das könnte man situativ und individuell als Überforderung ansehen. Da möchte ich mich allerdings nicht festlegen. Es gab zum Beispiel einen Zeitpunkt, wo die Frauen weniger kamen. Ich habe sie dann aufgesucht und nochmals an das Plenum erinnert, woraufhin sie wieder kamen. Danach saßen dann Männer und Frauen getrennt. Aber sie haben gemeinsam entschieden.

Wie lief denn so ein typisches Plenum ab?

Ich hatte eine „To-do-Liste" im Büro. Dort habe ich unter der Rubrik „Plenum" alles aufgeschrieben, was in der Woche durch die BewohnerInnen, die Verwaltung oder andere Personen an mich herangetragen wurde. Das waren Tagesordnungspunkte. Wir haben uns zum Termin alle im Gemeinschaftsraum mit der Sprachmittlerin getroffen. Ich habe die Moderation übernommen. Das hätte ich im Laufe der Zeit gerne mehr und mehr an die BewohnerInnen abgegeben.

Zuerst stand dann immer die Frage im Raum, ob die BewohnerInnen wichtige aktuelle Themen hatten. Diese wurden dann besprochen und entschieden. Danach wurden die anderen TOPs der Woche durchgesprochen. Die dort getroffenen Entscheidungen waren immer Konsensentscheidungen.

Du hast ein Konzept für dieses Haus geschrieben, in dem steht: „Die Entscheidung des Plenums ist bindend für alle, auch für die Heimleitung" – das gibt den BewohnerInnen eine starke Position. Ließ sich das durchgängig umsetzen oder seid Ihr auch an Grenzen gestoßen?

Im ersten Plenum habe ich die BewohnerInnen gefragt, welche Struktur sie sich wünschen. Soll ich alle anstehenden Aufgaben erledigen und Entscheidungen treffen, damit sie ihre Ruhe haben, brauchen sie eine geschlossene Hauseingangstür usw. Natürlich gehört zu der Übernahme der Verantwortung auch, dass es zum Beispiel finanzielle oder gesetzliche Rahmenbedingungen gibt. Auch darüber haben wir gesprochen. Ich hatte zu keinem Zeitpunkt das Gefühl, dass die BewohnerInnen ihre starke Position genutzt haben. Ich hatte ebenso zu keinem Zeitpunkt das Gefühl, dass sie sich in einer starken Position gefühlt haben, sondern die BewohnerInnen haben sich verantwortlich gefühlt. Es ist schade, dass wir das nicht weiter ausbauen konnten. Ich gehe davon aus, dass es Schwierigkeiten gegeben hätte. Aber die hätten wir dann gemeinsam gelöst.

Womit hattet ihr die größten Probleme?

Es gab keine wirklichen Probleme bis zu dem Tag, als eine Kollegin anfing, bei uns zu arbeiten. Innerhalb von einer Woche war mit meinem Chef kein persönliches Gespräch mehr möglich - bis zu diesem Zeitpunkt war unser Kontakt außerordentlich kooperativ, professionell und fröhlich gewesen. Plötzlich hatte ich täglich mit Problemen zu tun, fühlte mich von meiner Kollegin nicht unterstützt sondern boykottiert. Auch von meinem Arbeitgeber bekam ich nicht die erbetene Unterstützung. Was genau passiert ist, kann ich nur ahnen. Ich habe lange versucht, eine Klärung herbei zu führen. Es war nicht lösbar.

Dir wurde dann vom Landkreis gekündigt, und Du hast dagegen geklagt – worum ging es dabei genau?

Im Rahmen der Kündigung wurden unhaltbare, verleumderische Vorwürfe gegen mich erhoben. Insofern habe ich gegen die Kündigung geklagt. Denn auch eine Kündigung in der Probezeit bedarf einer einzuhaltenden Form. Hier wurden gravierende Formfehler begangen. Mir ging es aber in der Hauptsache darum, dass die Sachverhalte, die mir mündlich in einem einzigen Gespräch zum Vorwurf gemacht wurden, schriftlich vorgelegt werden, damit ich mich dazu äußern kann. Meine Hoffnung war, nachdem meine Gesprächsangebote an die Verwaltung alle nicht gehört worden waren, in den Vergleichsverhandlungen eine Klärung herbeizuführen und eine klare Entschuldigung vom Landkreis zu erhalten – aber weit gefehlt, die kam nicht. Mein realistisches Ziel habe ich aber erreicht: Der Landkreis musste alle gegen mich erhobenen Vorwürfe zurücknehmen und darf diese Dritten und MitarbeiterInnen der Verwaltung gegenüber nie wieder behaupten.

Nochmal zurück zu Eurer Selbstorganisation im Heim: Was ist dabei aus Deiner Sicht besonders wichtig oder gut gelungen?

Da möchte ich fünf Punkte nennen:

Erstens: Das Selbstbestimmungskonzept hinsichtlich der eigenen Wohnung und des Hauses. Das bedeutet nicht Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung halte ich in einer Übergangseinrichtung für eine Überforderung. Erstens sollten Flüchtlinge so schnell, wie sie wollen, in eine Wohnung ziehen können und zweitens können sie nicht hier ankommen und bürokratische Aufgaben erledigen, deren Struktur sie nicht einmal kennen. Flüchtlinge brauchen Zeit, um anzukommen und um sich um ihre persönliche Situation zu kümmern.

Zweitens: Die Offenheit nach außen. Die Unterstützung der Luckenwalder BürgerInnen habe ich sehr dankbar angenommen. Durch ehrenamtliche Unterstützung haben die Flüchtlinge bereits nach einer Woche Deutschunterricht gehabt, viele sehr gute Dinge geschenkt bekommen, sie hätten – wenn ich weiter dort gearbeitet hätte – Computer und Internetanschluss erhalten und vieles mehr.

Drittens: Die Stimmung im Haus war eine stärkende, sogar fröhliche und solidarische. In Anbetracht der Situation, aus der die Flüchtlinge kamen, ist das nicht selbstverständlich.

Viertens: Das Netzwerk von UnterstützerInnen, Integrationsbeauftragten, Initiativen, Verbänden und Vereinen hatte bereits nach zwei Monaten eine Tragfähigkeit, die uns allen Kraft gegeben hat.

Fünftens: Ich hatte einen Raum für Psychotherapie eingerichtet, die Finanzierung geklärt und Psychotherapeutinnen gewonnen, die direkt nach Luckenwalde ins Haus kommen wollten. Obwohl ich gegangen bin, haben die therapeutischen Einrichtungen nicht locker gelassen, und jetzt können wenigsten einige Flüchtlinge Therapie in Anspruch nehmen.

Welchen Rat gibst Du anderen, die sich – von innen oder außen – darum bemühen, im Rahmen der bestehenden Heim-/Lagerunterbringung würdige Bedingungen für Flüchtlinge zu schaffen?

Schaut Euch die Übergangseinrichtung in Potsdam an. Dort funktioniert es.

Aus heutiger Sicht würde ich nur für den Fall die Trägerschaft eines Landkreises akzeptieren, wenn der Landkreis sich ausdrücklich positioniert und schriftlich würdige Bedingungen für Flüchtlinge formuliert. Eigentlich sollte kein Landkreis die Trägerschaft für ein solches Haus übernehmen. Genauso wenig, wie ein Schulamt SchulsozialarbeiterInnen einstellt. SchulsozialarbeiterInnen werden von unabhängigen Trägern angestellt, damit es keine direkte Abhängigkeit zwischen der Arbeit mit den SchülerInnen und den Ämtern gibt.

Wie ist es nach Deinem Rausschmiss für die Flüchtlinge weitergegangen? Wie wird die Einrichtung jetzt betrieben? Hast Du noch Kontakte zu den Flüchtlingen?

Nach den mir vorliegenden Informationen ist ein Teil der Flüchtlinge wieder in ihr Ersteinreiseland, also nach Polen, zurückgebracht worden. Ich habe die BewohnerInnen einmal im Juni gesehen, um mich zu verabschieden. Ansonsten wollte ich sie aus dem ganzen Stress mit der Verwaltung raus halten. Alle BewohnerInnen wollten mehrmals einen Brief an die Verwaltung schreiben. Sie sind ins Amt und zur Flüchtlingsberatung gegangen und wollten, dass ich wiederkomme.

Ich weiß nicht viel darüber, was jetzt im Heim läuft. Nach Aussagen einiger Flüchtlinge geht es ihnen dort gar nicht gut. Sie haben mir erzählt, dass sie Angst haben und unterschiedlich behandelt werden. Ich werde – auch auf eigenen Wunsch hin – aus Recherchen rausgehalten und möchte mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter dazu äußern.

Du hast Deinen Arbeitsgerichtsprozess gewonnen, aber auf Weiterbeschäftigung verzichtet. Warum?

Ich habe mir nur vorgestellt, dass ich am nächsten Morgen in das Haus zurückgehe. Es hat dort so viele Änderungen in eine autoritäre Richtung gegeben, dagegen hätte ich mich auflehnen müssen. Und genau das bringt den Menschen, die dort wohnen, gar nichts. Sie brauchen Ruhe und keinen undurchschaubaren Stress. Und ich habe diese Festanstellung im öffentlichen Dienst abgelehnt, weil ich nicht für Menschen arbeite, die derart mit mir umgehen, wie es meine Vorgesetzten gemacht haben.

Außerdem kann ich nach dem Ablauf der ganzen Geschichte und dem, was mir zu Ohren gekommen ist, mittlerweile nur noch denken, dass der Landkreis ein autoritär, streng reglementiertes, respektlos geführtes Heim haben will. Und in so einem Heim werde ich nicht arbeiten.

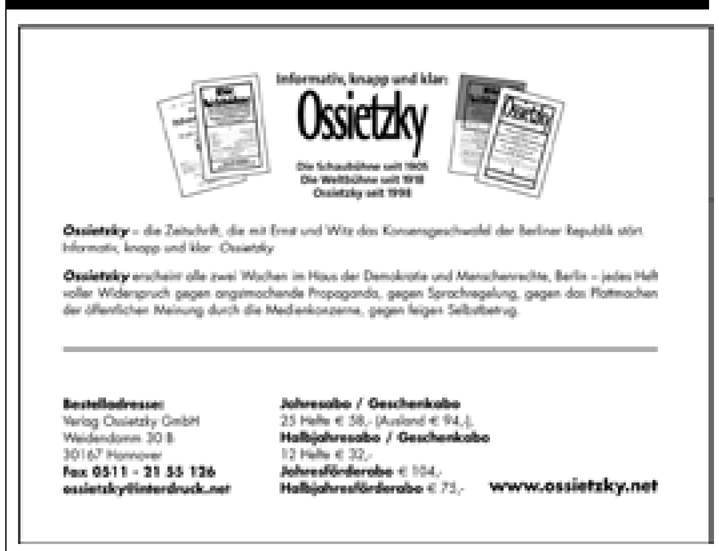
Und wie geht es für Dich nun weiter?

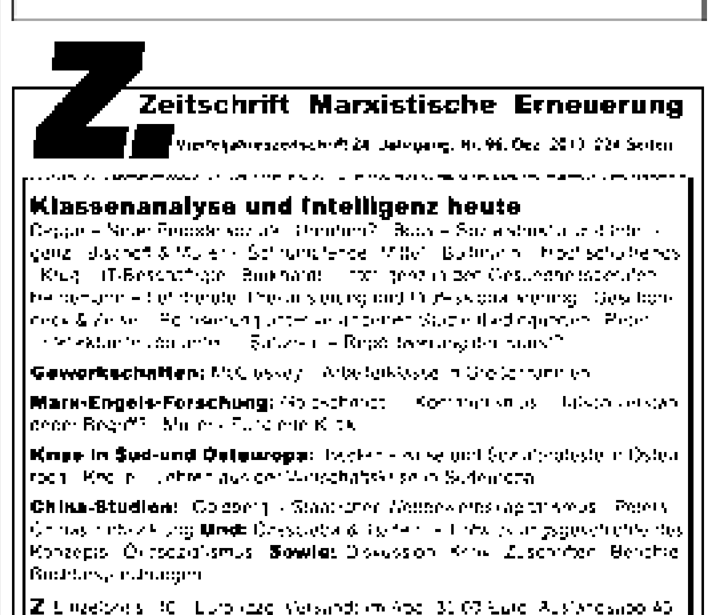
Mein Traum ist es, einen Ort zu schaffen, an dem Flüchtlinge ankommen, durchatmen und erst mal zur Ruhe kommen können. Einen Ort, an dem sie angenommen werden wie sie sind, und ihre persönliche Situation ordnen können. Einen Ort, an dem sie selbst darüber entscheiden können, wie sie dort zusammenleben möchten ●

▶ Nina Schmitz

Foto: privat

ANZEIGEN





KLEINANZEIGEN

Menschen gesucht, die die Welt ohne Ausbeutung und Herrschaft wollen.
Neue Gruppe in **Gemeinschaftsprojekt Wukania bei Berlin**. Solidarisch, nichtkommerziell, öko, politisch aktiv, gem. ökonomie, DIY. Baustelle. Platz für deine Ideen: werkstätten, politarbeit, kollektivbetriebe, garten, teilw. selbstversorgung...
(01 51) 15 40 52 59
betti@wukania.net

GESCHICHTE(N) BEWAHREN
ein Generationen verbindendes
Projekt: Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
☞ *www.werkstatt-fuer-memoiren.de*
(02 21) 31 57 83
arianedettloff@ina-koeln.org

Möchtet Ihr mehr wissen?
Vorträge, Workshops und Seminare zu **Themen rund um Solidarische Ökonomien:**
Genossenschaften, Hausprojekte, Rechtsform und Finanzierung, Kultur der Kooperation, Mondragón im spanischen Baskenland, Bedingungsloses Grundeinkommen, Geschichte alternativer Ökonomien, Idee und Praxis Solidarischer Ökonomien.
Elisabeth Voß:
post@elisabeth-voss.de
0049 – (0) 30 – 216 91 05
www.elisabeth-voss.de

Paris – jenseits touristischer Klischees erleben. Maurice Schuhmann bietet alternative Paris-Touren auf den Spuren von SozialistInnen, AnarchistInnen und PhilosophInnen sowie durch die Viertel der Boheme an. Nähere Informationen auf Anfrage -
maurice.schuhmann@yahoo.fr.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 20 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung, Vertriebsvorbereitung und Rechnungstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
☞ *www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm*
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter:
☞ *www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm*

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. **Redaktionsschluss** ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen:

01099 Dresden, **Redaktion Dresden**, Reinhard Lichtenhahn, E-Mail: reinhard.lichtenhahn@contraste.org / **06420 Könnern**, **Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, (03 46 91) 25 91 93 o. (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin**, **Redaktion Berlin**, Print: Antonia Schui, E-Mail: antonia.schui@contraste.org, Elisabeth Voß, (0 30) 216 91 05, E-Mail: elisabeth.voss@contraste.org, Internet: www.elisabeth-voss.de, Christoph Chang, E-Mail: christoph.chang@riseup.net, Karl-Heinz Bächstädt, E-Mail: karl-heinz.baechstaedt@contraste.org, Radio: Elisabeth Voß und Johannes Dietrich, E-Mail: johannes.dietrich@contraste.org / **22769 Hamburg**, **Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16, (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen**, **Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bernd.huettner@contraste.org / **30167 Hannover**, **Redaktion Hannover**, Ulrike Kumpe, E-Mail: ulrike.kumpe@contraste.org / **34117 Kassel**, **Redaktion Kassel**, Sabine Conti. E-Mail: info@sconti-projektberatung.de / **37085 Göttingen**, **Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@contraste.org / **39624 Badel**, **Redaktion Badel**, Steffen und Vadim, E-Mail: kontakt@netz.coop / **51063 Köln**, **Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, (01 70) 59 38 900, E-Mail: heinz.weinhausen@contraste.org und Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, 50678 Köln, (02 21) 31 57 83, E-Mail: ariane.dettloff@contraste.org / **71729 Erdmannhausen**, **Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, 0043-699 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, 0043-46 34 18 590, E-Mail: hans.wieser@contraste.org / **F-75018 Paris**, Maurice Schuhmann, 0033 – 611 46 30 46, E-Mail: maurice.schuhmann@contraste.org

Nach dem Tod von Dieter Poschen hat CONTRASTE die Arbeiten und Aufgaben, die er übernommen hatte, neu verteilt. Vieles wird von den Redaktionen in Berlin und Kassel übernommen. Wir werden Dieter und alles, was er für CONTRASTE getan hat, nie vergessen. Die Redaktion führt trotz des unersetzlichen Verlustes die Vereins- und Netzwerk-Arbeit fort und bringt CONTRASTE weiterhin als Monatszeitung heraus.

Fachredaktionen:

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, (07 61) 70 90 23, Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaften@t-online.de / **Kritik der Geldlogik:** 45549 Sprockhövel, Uli Frank, Wittener Straße 169, E-Mail: ulifrank@unverdient.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 Berlin, Th-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de

V.I.S.D.P.: Antonia Schui und Ulrike Kumpe über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei den AutorInnen, Kontakt über CONTRASTE e.V., Heidelberg

Anzeigenverwaltung: CONTRASTE e.V., E-Mail: anzeigen@contraste.org, Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste%202011.pdf

Herstellung:

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: bildredaktion@contraste.org, Giovanni Lo Curto
IT-Betreuung: Vadim und Steffen von netz.coop eG,
http://netz.coop,
webmaster@contraste.org
Layout: layout@contraste.org, Adrien (Taz)
Druck: Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Kontakt::

Allgemeine Anfragen: info@contraste.org
Abonnieren: abos@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
Buchbesprechungen: rezensionen@contraste.org
Termine: termine@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org

Internet:

www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
☞ *http://lists.contraste.org/cgi-bin/mailman/listinfo/contraste-liste*

junge Welt — Die Tageszeitung

rosa luxemburg Konferenz

XIX. Internationale

Samstag, 11. Januar 2014
URANIA-Haus, An der Urania 17, 10787 Berlin,
Einlaß ab 10.00 Uhr

MANIFESTATION
GEGEN IMPERIALISTISCHE
KRIEGE

VORTRÄGE UND PODIUMSDISKUSSIONEN AB 11 UHR UNTER ANDEREM MIT:
Jörg Kronauer, Sozialwissenschaftler; **Denis Goldberg,** südafrikanischer Bürgerrechtler; **Anders Kaergaard,** dänischer Whistleblower; **Michel Chossudovsky,** kanadischer Professor der Wirtschaftswissenschaften; **Živadin Jovanovic,** ehem. Außenminister der BR Jugoslawien; **Maria do Socorro Gomes Coelho,** Präsidentin Weltfriedensrat, Brasilien; **Rainer Rupp,** Geheimdienst-Spezialist; **Karin Leukefeld,** jW-Autorin; **Bernd Riexinger,** Vorsitzender der Partei Die Linke; **Monty Schädel,** politischer Geschäftsführer DFG-VK.

ABENDPROGRAMM »LIEDER GEGEN DEN KRIEG« MIT:
Erich Schmeckenbecher, **Grup Yorum,** Türkei;
Strom & Wasser; Luis Galríto, António Hilário, Portugal

Änderungen vorbehalten!

Tickets und weitere Informationen unter www.rosa-luxemburg-konferenz.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 11/13 u.a.:
- Anton Kobel: »Weihnachten steht vor der Tür – Wir auch!«, über den Arbeitskampf im Einzelhandel
- Hessischer Landbote 2013: »Aufruf zur Auflehnung«, Auszug aus der gleichnamigen Broschüre
- Jens Berger: »Wünsch Dir was!«, über eine Studie des ifo-Instituts zum geplanten Freihandelsabkommen
- »Schöne neue Freihandelswelt«, das »Seattle to Brussels-Network« analysiert die absehbaren Auswirkungen der Freihandelsagenda auf Arbeitsrechte
- Hagen Kopp: »Freiheit statt Frontex«, zu den Kämpfen von Flüchtlingen um globale Bewegungsfreiheit
- Steve Early/Jeff Crosby und Bill Fletcher/Peter Olney: »Hütchenspiel in La-La-Land?«, drei Kommentare zur strategischen Ausrichtung des US-Verbandes AFL-CIO

O Ich möchte den express kennenlernen und bestelle die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

Mehr als fair: Kaffee aus solidarischem Handel
FAIRBINDUNG

- 100% Arabica-Hochlandkaffee
- aus biologischem Anbau
- Café Crema oder Espresso
- Direkt importiert
- enge Zusammenarbeit mit der Kooperative AMNSI aus Guatemala
- Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen
- solidarische Preisbildung

FairBindung e.V. - Altenbraker Straße 26 - 12051 Berlin - Tel. 030/25040164
www.fairbindung.org - info@fairbindung.org

Die Morde des NSU

Von 2000 bis 2006 ermordeten die NSU-Nazis zehn Menschen, neun Einwanderer und eine Polizistin. Wer sind die Täter? Wer sind die Opfer? Was taten die „Sicherheitsbehörden", warum mussten sie nach der NSU-Aufdeckung Akten vernichten? Was mussten sie vertuschen? Wer sind die Helfer der Täter, und wie ist das politische Klima in diesem Land? Denn die Täter konnten nicht nur unbehelligt von den Sicherheitsbehörden morden, auch Presse und Öffentlichkeit drängten nicht besonders, die schon früh erkannte Mordserie endlich aufzuklären.

Reinhard Pohl: **Die Morde des NSU.**
2012, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: **www.brd-dritte-welt.de**

KLEINANZEIGEN

Kosten:
- Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
- Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)

Wichtig: alle Preise zzgl. 19% MWSt.
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR

Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muss allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!**

Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich 'ne Rechnung.

Termin: jeweils zum 15. des Monats

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Einsenden an:
CONTRASTE e.V. • Postfach 10 45 20 • D-69035 Heidelberg

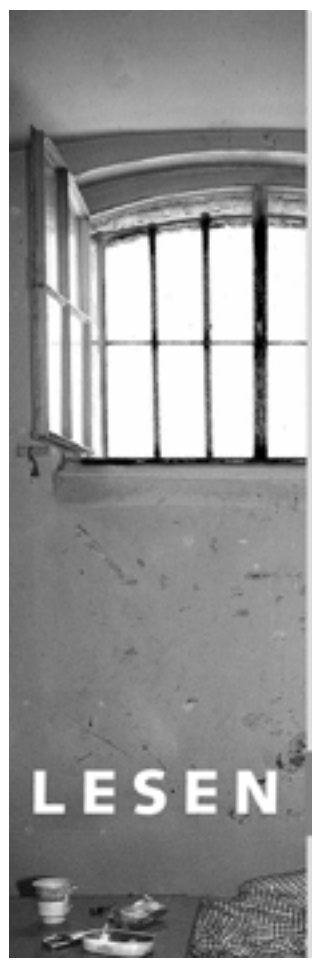
LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN
// DIE MONATSZEITSCHRIFT

Aktuelle Berichte, Reportagen, Kommentare und Interviews zu Politik, Gesellschaft und Kultur in Lateinamerika

Weitere Infos zur Zeitschrift und ein umfangreiches Archiv unter
www.lateinamerika-nachrichten.de

Querstellen statt querlesen

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de



Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Kennwort: »Contraste«

LESEN HILFT
www.freiabos.de

GEMEINSCHAFTEN

Wochenend-Seminar: Wir können auch anders! - Leben in der Kommune

13.12. - 15.12.2013

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 25 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 80 Personen. An den Wochenenden wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse - und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie - Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Die Wochenenden werden von KommunardInnen durchgeführt. ReferentInnen: Birgit Zellmer, Volker Groß, Uli Barth, Jacqueline Bernardi.

☞ *http://www.kommune-niederkaufungen.de/*

Seminar „Offene Räume - Theorie und Praxis“

20.12.-22.12.2013

Als "offener Raum" wird ein Aktionsfeld bezeichnet, in dem es keine Beschränkungen gibt, diesen zu nutzen und zu füllen. Bei Interessenkollision (z.B. Nutzung der gleichen Infrastruktur, Flächen u.ä. zur gleichen Zeit, Übergriffe) werden mit anderen AkteurInnen direkte Vereinbarungen geschlossen. Ein Raum und seine Ausstattung (Technik, Räume, Wissen, Handlungsmöglichkeiten usw.) ist dann offen, d.h. gleichberechtigt für alle nutzbar, wenn die Beschränkungen formal und praktisch nicht bestehen, d.h. der Zugang zu den Handlungsmöglichkeiten darf weder durch verschlossene Türen, Vorbehalte, Passwörter usw. verwehrt werden können noch dürfen Wissensbarrieren hingenommen werden, die Einzelne von der Nutzung des offenen Raumes und seiner Teile ausschließen. Dieses bedarf in der Regel eines aktiven Handelns, um Transparenz herzustellen, Zugänge zu Informationen zu ermöglichen und Erklärungen z.B. für technische Geräte bereitzustellen. Die Idee offener Räume tritt als Gegenkultur zu Haus- und Eigentumsrechten auf.

Sie stößt dabei auf Probleme. Im Seminar sollen Idee, Funktionsweisen, Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden.

Am Samstag den 21.12. 14-17 Uhr gibt es eine Führung durch die Projektwerkstatt mit Fragemöglichkeiten und mehr.

☞ *http://www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/termine.html*

Workshop: ZusammenSEIN (frei nach Scott Peck)

31.1. - 2.2.2014, Beginn: 19:00, Ende: 15:30 Uhr

Stell dir vor, du sitzt mit anderen ein Wochenende zusammen. Stell dir vor, kein Mensch sagt dir was zu tun, was zu sagen ist. Aufbauend auf einigen Kommunikationsempfehlungen besteht das Seminar aus dem ZusammenSEIN ohne (Beg-) Leitung sowie Reflexionsrunden, in denen der persönliche als auch der Gruppenprozess betrachtet werden kann. Andrea, Brigitte, Gerwin und Matthias stellen euch den Rahmen zur Verfügung, in dem sich Alles entwickeln kann.

In diesem Workshop geht es darum meine Individualität im ZusammenSEIN mit Anderen zu finden, zu spüren und auszudrücken. Eine spannende und offenbarende Forschungsreise zu einem neuen Miteinander.

Ort: SachaHaus, Amtshof 6-8, 29462 Wustrow

Beitrag für Organisation und Raummiete: 90 Euro zzgl. Kosten für zwei warme Mittagessen.

Übernachtungsmöglichkeit im SachaHaus, Preis nach großzügiger Selbsteinschätzung. Übernachtungsgäste bringen bitte Zutaten für 2 x Frühstück und 1 x Abendessen mit.

☞ *www.sachahaus.de*

LEBEN

Dokumentarfilm: Der Aufstand der Würde

20.12.2013, 19 Uhr

Ein Dokumentarfilm über zapatistische Organisationsformen in Chiapas. Mit ihrer Revolte von 1994 wehrten sich die Zapatistas gegen Diskriminierung und Ausbeutung, sie besetzten Ländereien von Großgrundbesitzern und bauten dort eigene Strukturen auf. Gut zehn Jahre später reiste ein Filmteam für 5 Monate durch Südmexiko und Mittelamerika, besuchte zapatistische Gemeinden und sprach mit den Menschen an der Basis. Der Film 'Aufstand der Würde' bietet anschauliche Einblicke in selbstverwaltete Gesundheits-, Bildungs- und Landwirtschaftsprojekte, das zapatistische Politikverständnis und die internationale Bedeutung der Bewegung. (Teil 2 unserer Reihe über den Jahrestag der zapatistische Revolte von 1994, Filmvorführung und Diskussion)

Ort: Bibliothek der Freien, Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Berlin, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin - Prenzlauer Berg.

Dokumentarfilm: Zapatistas – Chronik einer Rebellion / Crónica de una Rebelión

26.12.2013, 20:30 Uhr

Zum 20. Jahrestag des Aufstands der Zapatistas am 1.1.1994: Der Film schildert die Entwicklungen der Bewegung zwischen 1994 und 2003. Er zeigt die Erhebung im Morgengrauen des 1. Januar, die Repression des mexikanischen Militärs und die vielfältigen Aktionen, mit denen die Zapatistas versuchten, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen.

Ort: Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

☞ *http://alertaduesseldorf.blogsport.de/category/termine/*

Happy Birthday, Zapatistischer Aufstand! / ¡Feliz Cumpleaños, Rebelión Zapatista! (Silvesterparty)

31.12.2013, 22 Uhr

Begrüßt mit uns das neue Jahr und feiert 20 Jahre Aufstand der Zapatistas, denen wir mit einer kleinen Aktion von Düsseldorf aus gratulieren wollen.

Ort: Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

☞ *http://alertaduesseldorf.blogsport.de/category/termine/*

Workshop: ¡Otro Mundo es posible! / Eine andere Welt ist möglich! - 20 Jahre erfolgreicher Kampf der Zapatistas und wir

12.1.2014, 13-19 Uhr

Mit Filmausschnitten, Geschichten, Texten, Inputs und Diskussionen wollen wir uns genauer mit den Zapatistas und ihrer/n Geschichte(n) der letzten 20 Jahre auseinandersetzen. Durch ihre eigenen Worte versuchen wir, ihr Denken und ihre Praxis besser kennenlernen. Dabei diskutieren wir auch, was wir daraus für unsere eigenen Kämpfe lernen können.

Ort: Linkes Zentrum, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

☞ *http://alertaduesseldorf.blogsport.de/category/termine/*

WIRTSCHAFTEN

Commoning in the Cities? Ideen und Wege zur teilenden Stadt

7.-8.12.2013, 11 Uhr

Wir werden etwas über die Idee und Theorie des Commoning und des Teilens, bzw. gemeinschaftlichen Nutzens erfahren und erste Ansätze für eine teilende, ressourcenschonende Stadt diskutieren.

Folgende Fragen werden uns beschäftigen:
- Wie kommen wir weg von dem rein konsumorientierten Wirtschaftsmodell, hin zu einer gemeinschaftlichen, bedürfnisorientierten Wirtschaftsweise?
- Was bedeutet "Commoning", welche Theorie steht dahinter?
- Welche Möglichkeiten haben wir, das Verfügbare gemeinsam sinnvoller zu nutzen?
- Welche Regeln braucht das gemeinsame Nutzen?
- Welche Probleme und Hindernisse müssen wir überwinden?

Mit: Silke Helfrich (Commons Strategies Group, Aktivistin und Publizistin), Thomas Dönnebrinck (QuiShare, Connector-Netzwerker).

Ort: Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Wissmannstraße 32, 12047 Berlin
Nähe U-Bahnhof Hermannplatz.

☞ *http://commonsblog.wordpress.com/2013/11/22/7325/*

Der Genossenschaftsverbund Mondragón im spanischen Baskenland

18.12.2013, 19 Uhr

In Diskussionen um anderes, alternatives, solidarisches Wirtschaften geht es meist um kleine Projekte, die mit hohen Ansprüchen in Nischen mühsam über die Runden kommen. Der baskische Genossenschaftsverbund Mondragón beschäftigt weltweit mehr als 80.000 Menschen in Industriebetrieben und Supermärkten, mit einer eigenen Bank und einer Universität. Als mittlerweile internationaler Konzern scheint Mondragón der Krise recht erfolgreich zu trotzen. Allerdings hat in diesem Jahr eine große Genossenschaft des Verbundes Insolvenz angemeldet. Die genossenschaftliche Solidarität musste vor der Konkurrenz am Weltmarkt kapitulieren.

Vor welchen Herausforderungen steht der Genossenschaftsverbund Mondragón in der aktuellen Krise? Welche Widersprüche und Ambivalenzen ergeben sich aus der Notwenigkeit, an globalisierten Märkten zu bestehen, und gleichzeitig genossenschaftliche Werte und Solidarität zu erhalten? Wie kann verantwortliches und solidarisches Wirtschaften in Krisenzeiten realisiert werden? Und welche Abstriche an den Idealen fordert der Kampf um die wirtschaftliche Existenz und den Erhalt der Arbeitsplätze? Vortrag und Diskussion mit WissenschaftlerInnen der Universität Mondragón:
*Ainara Udaondo Alberdi (Leiterin des LANKI-Institut für Genossenschaftswesen) und
*Frederick Freundlich (Fakultät für Betriebswirtschaft)
Moderation: Elisabeth Voß

Spanisch mit Übersetzung ins Deutsche.

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung *http://www.rosalux.de/* in Kooperation mit dem NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-Brandenburg *http://www.netz-bb.de/.*

Am 19.12.2013 findet von 10 – 17h ein vertiefendes Tagesseminarmit Ainara Udaondo und Fred Freundlich statt.

Ort: Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a (2. Hof, Aufgang 3),10961 Berlin (U-Bhf. Mehringdamm)
Information und Anmeldung: elisabeth.voss@netz-bb.de

☞ *www.mondragon.solioeko.de*

LANDWIRTSCHAFT

Seminar „Ziele, Theorie & offene Fragen im Veganismus“

26.-28.12.2013

Widerstand gegen Mastanlagen, Veganismus, Tierrechte, Tierbefreiungsaktionen - diese uns viele andere Themen reizen zum Widerstand gegen eine Kultur der Gleichgültigkeit gegenüber nicht-menschlichen Tieren. Spektakuläre Aktionen vor Tierfabriken bringen das Thema in die Öffent-lichkeit. Aber steht hinter der Empörung über Ausbeutung, Quälerei und Nutzbarmachung von Tieren mehr an Überlegungen oder gar Theorien? Das soll auf dem Seminar durchleuchtet und, wo nötig, geschärft werden. In einem Wechsel aus Input-Referaten, Diskussionen in Kleingruppen und Fish-Bowl-Runden wollen wir den spannenden Fragen nachgehen - und neue finden. Kostproben (willkürliche Auswahl aus vielen Fragen): Was passiert mit Weißstorch und Laubfrosch, wenn keine Wiesen mehr gebraucht werden? Sind Erbsen wirklich vegan, wo doch auf dem Acker viele

Tiere getötet oder zumindest vertrieben werden? Was ist mit den Fliegen auf der Windschutzscheibe von Autos, deren Leichen auch viele VeganerInnen gedankenlos mit einem Druck auf die Spülmittelspritze zur Seite wischen? Wie müsste eine Kreislauflandwirtschaft ohne Tiere aussehen?

Beginn: 26.12. um 18 Uhr mit einem freegan-veganen Buffet, dann um 20 Uhr ein Film über perverse Jagdsafaris.

☞ *http://www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/termine.html*

Infotag: World-wide Opportunities on Organic Farms (WWOOF)

11.12.2013, 15-19 Uhr

Wir stehen euch bei Infotag für Informationen, zum Abholen der Hofliste, zum Kennenlernen und Wiedersehen zur Verfügung.
Ort: Freiraum im Restaurant Dreiklang, Wasagasse 28, 1090 Wien (U2 Schottentor/Universität)
Kontakt: Bitte telefonisch anmelden +43 (676) 5051639 (18-20 Uhr)
Weitere Infos ☞ *www.wwoof.at*

GERECHTIGKEIT

Seminar: EA - wie geht Rechtshilfe bei Aktionen?

6.-8.12.2013

Auftakt Freitag 20 Uhr: Vortrag „Fiese Tricks von Polizei und Justiz“. Bei vielen Aktionen und Demonstrationen gibt es im Hintergrund Menschen, die sich darum kümmern, dass von Repression Betroffene nicht allein gegen Polizei, Justiz usw. ankämpfen müssen. Sie versuchen, den Überblick zu behalten, überwachen die Behörden und/oder vermitteln VerteidigerInnen. Genannt wird eine solche Gruppe meist Ermittlungsausschuss, kurz EA. Viele Menschen schreiben sich deren Telefonnummer auf den Unterarm oder (schlauer) an unbekanntere Orte am Körper, um z.B. nach einer Verhaftung dort Bescheid geben zu können. Mit dieser Schulung soll das nötige Grundwissen der EA-Arbeit vermittelt werden. Ziel ist neben der Stärkung bestehender EA-Strukturen der Auf-bau eines Netzwerkes (eventuell im Rahmen der Selbst- und Laienverteidigung vor Polizei und Gericht), um auch bei spontanen Aktionen sowie in gegenseitiger Hilfe zur Selbsthilfe aktiv werden zu können (z.B.: Gruppe A macht Aktion und bittet Gruppe B, im Hintergrund "EA" zu sein ... die helfen wieder Gruppe C bei einer anderen Gelegenheit usw.).

☞ *http://www.projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/termine.html*

Seminar

15.12.-20.12.2013

Die Erde läuft heiß: Ist der Klimawandel bei globalem Wirtschaftswachstum überhaupt beherrschbar?

ExpertInnen sind sich einig: der ungebremste Klimawandel wirkt sich zerstörerisch auf die Lebensbedingungen der Menschen aus. Intakte Lebensräume schwinden, Gesellschaften geraten aus dem Gleichgewicht, Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern treten auf: um Wasser, um Land, um die Bewältigung gewaltiger Ströme von “Klimaflüchtlingen” oder um Ausgleichszahlungen zwischen den Verursachern des Klimawandels und den betroffenen Ländern. Es ist abwegig darauf zu vertrauen, dass alles schon irgendwie gut geht. Vielmehr zeigen das Ausmaß der klimabedingten Probleme und die neu gestellten Fragen nach Verantwortung, Gerechtigkeit und Sicherheit, wie endlich unser Lebensstil ist. Sind die Demokratien des Westens fähig, eine zukunftsfähige Form des Wirtschaftens und Lebens zu entwickeln?

Veranstaltet vom Deutschen Gewerkschaftsbund.
Kostenbeteiligung: 140,00 €.

Ort: DGB Tagungszentrum, Am Homberg 44-50, 45529 Hattingen

☞ *http://www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/313093044*

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto!

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am .....
die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb,
Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg